

16. Jahrgang

4/89

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Jürgen Hagel

Alte Stadtkarten als Quellen

Johann Jessen

Aus den Großsiedlungen lernen?

Wolfgang
Sittel-Czypionka

Stadtplanung im
Zeichen des Baumarktes

Volker Roscher

Nachtrag zum
Hamburger Hafengeburtstag

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 07 11 / 28 26 83 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27 C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (07 11) 35 76 70.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 7 86 31. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

16. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 4/1989

INHALT

ABHANDLUNGEN

- JÜRGEN HAGEL, Alte Stadtkarten als Quellen 555
JOHANN JESSEN, Aus den Großsiedlungen lernen? Das Scheitern eines Modells 568
WOLFGANG SITTEL-CZYPIONKA, Stadtplanung im Zeichen des Baumarktes. 582

KLEINE BEITRÄGE

- VOLKER ROSCHER, Hamburg, der Hafen, die Wirtschaft... und?... 592
DIRK SCHUBERT, 800jähriger Hafengeburtstag in Hamburg – Neue Bücher 599
ERICH KONTER, Zur mehrdimensionalen Analyse des »Städtischen«. Ein Buchpaket aus Frankfurt. 603
WILMA R. ALBRECHT, New York – Phönix in der Asche? 607

DIE AUTOREN. 610

ZUR BESPRECHUNG EINGEGANGENE BÜCHER. 611

BESPRECHUNGEN

Siedlungsbau und Stadtentwicklung

- DETLEV VONDE, Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet (*Paul Nolte*) 615
CÄCILIA SCHMITZ, Bergbau und Verstädterung im Ruhrgebiet (*Wolfgang R. Krabbe*) 616
JUAN RODRIGUEZ-LORES / GERHARD FEHL, Die Kleinwohnungsfrage. Zu den Ursprüngen des sozialen Wohnungsbaus in Europa (*Jürgen Reulecke*) 617
TILMANN HARLANDER / KATRIN HATER / FRANZ MEIERS, Siedeln in Not. Umbruch von Wohnungspolitik und Siedlungsbau am Ende der Weimarer Republik (*Dirk Schubert*) 618
URSULA HENN, Die Mustersiedlung Ramersdorf in München (*Hans Schmalscheidt*) 619

WERNER DURTH / NIELS GUTSCHOW, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands (<i>Gert Käbler</i>)	620
OLAF GIBBINGS, Großsiedlungen. Bestandspflege – Weiterentwicklung (<i>Dirk Schubert</i>).	622
VERONIKA DARIUS, Der Architekt Gottfried Böhm. Bauten der sechziger Jahre (<i>Gert Käbler</i>) . .	623
STADTENTWICKLUNG UND STRUKTURWANDEL, hrsg. von Edwin von Böventer (<i>Heiko Haumann</i>).	624
MEDET TEYMUR u. a., Rehumanizing Housing (<i>Dirk Schubert</i>).	625
<i>Städtische Gesellschaftsgeschichte</i>	
AARON TÄNZER, Die Geschichte der Juden in Jebenhausen und Göppingen. Mit erweiternden Beiträgen über Schicksal und Ende der Göppinger Judengemeinde 1927–1945, hrsg. von Karl-Heinz Rueß (<i>Gerhard F. Volkmer</i>)	626
<i>Historische Stadtgeographie</i>	
SIEGFRIED GERLACH, Das Warenhaus in Deutschland. Seine Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg in historisch-geographischer Sicht (<i>Burkhard Hofmeister</i>)	628
ÖSTERREICHISCHES STÄDTEBUCH. Die Städte Niederösterreichs, 1. Teil (A–G), hrsg. von Othmar Pickl (<i>Daniela Parenzan</i>)	629

Alte Stadtkarten als Quellen

1. Alte Karten gewinnen an Bedeutung. – 2. Quellenwert in Spezialgebieten. – 3. Altkarten als Quellen in der historisch-geographischen Strukturforchung. – 4. Altkarten in der historisch-geographischen Prozeßforschung. – 5. Einblicke in die Wasserbautechnik. – 6. Frühere Probleme der Ver- und Entsorgung. – 7. Altkarten als Belege für Ideen der Stadtgestaltung. – 8. Mental maps. – 9. Quellenkritik. – 10. Inventarisierung. – 11. Schluß

1. Alte Karten gewinnen an Bedeutung

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Die Alte Stadt“ vor 25 Jahren bezeugt ein Wiedererstarken des Interesses an der Vergangenheit und an dem auf uns überkommenen historischen Erbe. Aus demselben Grunde hat im abgelaufenen Vierteljahrhundert auch die Historische Kartographie eine starke Belebung erfahren; die beachtliche Zahl einschlägiger Ausstellungen wie auch die vielen Nachdrucke einzelner alter Karten oder sogar ganzer Kartenwerke, insbesondere von nur handgezeichneten und deshalb bislang wenig bekannten Vorlagen sind hierfür Beweis.¹ Insbesondere soll hier der von Heinz Stoob seit 1973 herausgebrachte Deutsche Städteatlas genannt sein, der einmal der vergleichenden geschichtlichen Städteforschung und zum anderen als Grundlage der Planung und Denkmalpflege dienen soll.²

Der Wert alter Karten und Pläne dürfte heute unbestritten sein; sie sind Dokumente ihrer Zeit, zum Teil sogar Schriftstücke mit Urkundencharakter³ und enthalten mancherlei Informationen, die sonst nicht fixiert sind. Es kann schon deshalb nicht auf Altkarten verzichtet werden, weil nur über sie Flächen unterschiedlicher Nutzung oder verschiedener Besitzer sowie andere Objekte hinsichtlich ihrer Lage im Raum bestimmt werden können. Das sollte sie auch für Vorbereitende Untersuchungen, wie

¹ Zu den Ausstellungen vgl. die Angaben bei *Th. F. Faber* und *H. P. Neuheuser*, Auswahl-Bibliographie zum Landkartenwesen, in: Landkarten als Geschichtsquellen, Archivberatungsstelle Rheinland, Archivheft 16, Köln 1985, S. 213–215, und bei *K. Lindner*, Die Stadt im Bild alter Karten und Pläne, in: Siedlungsforschung 3, 1985, S. 135–149. – Von den Nachdrucken sei als Beispiel nur die unter Leitung des Generalquartiermeisters Heinrich von Schmitt 1797 erstellte Karte von Südwestdeutschland (Original im Kriegsarchiv Wien) genannt, die seit einiger Zeit von mehreren Landesvermessungsämtern nach und nach veröffentlicht wird.

² Vgl. *W. Ehbrecht*, Fallstudie und Vergleich. Zur Möglichkeit sozialgeschichtlicher Arbeit mit Stadtatlanten, in: Die alte Stadt 10 (1983), S. 138–164.

³ *G. Aymans*, Die preußische Katasteraufnahme im Herzogtum Kleve der Jahre 1731–38, in: Erdkunde 40, 1986, S. 15.

sie einer Sanierung vorausgehen, interessant machen, wenngleich sie für die historisch ausgerichteten Zweige der Stadtforschung eine größere Bedeutung haben dürften und diese hier deshalb stärker herausgestellt werden muß. Ihre Auswertung setzt allerdings Grundkenntnisse in Geographie und Kartographie voraus oder – anders ausgedrückt – Erfahrung im Umgang mit Karten.⁴ Es liegt auch auf der Hand, daß nicht alle Karten gleiche Aussagekraft haben und daß sich für Untersuchungen zur Landschaftsgeschichte einheitlich aufgenommene, flächendeckende Darstellungen wie zum Beispiel die Karten von Andreas Kieser 1680–1686 in Württemberg und die Landesaufnahmen des 18. Jahrhunderts besonders gut eignen⁵ und für die Stadtforschung vor allem Karten größeren Maßstabs und Pläne in Frage kommen.

2. Quellenwert in Spezialgebieten

Je nach Inhalt und Aussagekraft können historische Karten in mehreren Forschungsgebieten und zudem häufig für mehrere verschiedene zugleich ausgewertet werden.⁶ In der *Rechtsgeschichte* zum Beispiel können sie herangezogen werden zur Bestimmung früherer Grenzverläufe und Landwehren, Besitzverhältnisse (Zugehörigkeit, Größe) und zu leistender Abgaben und der Lage von Gerichtsstätten. Die *Kriegsgeschichte* kann an ihnen Strategien der Kriegsführung, die Belagerungstechnik und die Entwicklung der Festungsbaukunst untersuchen. Die *Technikgeschichte* findet in ihnen vor allem Material zu Fragen des Wasserbaus. Für die *Volkskunde* sind einmal einzelne Inhalte wie Bildstöcke, Brunnen und Flurnamen von Interesse oder beispielsweise der in der Beschriftung zum Ausdruck kommende Wandel des Raumbewußtseins;⁷ zum anderen geben die früher in Karte und Kartusche beigefügten bildhaften Darstellungen Auskunft über Kleidung, Geräte und Arbeitsweisen, zum Beispiel zur Jagd, zur Feldmeßkunst, zur Flößerei. Die *Geschichte der Kartographie* kann die

⁴ Vgl. K. Fehn, Auswertungsmöglichkeiten von Altkarten unter besonderer Berücksichtigung der Historischen Geographie, in: Auswertung und Erschließung historischer Landkarten, Archivberatungsstelle Rheinland, Archivheft 18, Köln 1988, S. 147–173. – G. Aymans, Historische Karten und Kartenwerke aus der Sicht eines Geographen, in: ebd. S. 203–221.

⁵ H.-M. Maurer / S. Schiek (Hrsg.), Alt-Württemberg in Ortsansichten und Landkarten 1680–1687. Stuttgart 1985 (mit Bildern und Karten von A. Kieser). – H. H. Seedorf, Der Wert historisch-topographischer Karten für die Landeskunde in Niedersachsen, in: Neues Archiv für Niedersachsen 31 (1982), S. 408–423.

⁶ Aus Platzgründen muß auf die Abbildung der erwähnten Altkarten verzichtet werden. Soweit Karten aus Stuttgart oder Württemberg nicht durch Anmerkungen näher belegt werden, sind sie abgebildet und/oder besprochen in den beiden Katalogen des Hauptstaatsarchivs Stuttgart von J. Hagel, Stuttgart im Spiegel alter Karten und Pläne, Stuttgart 1984, und J. Hagel, Mensch und Wasser in der Geschichte, Stuttgart 1989.

⁷ W.-D. Sick, Der alemannisch-schwäbische Sprachraum im historischen Kartenbild, in: P. Fried / W.-D. Sick (Hrsg.), Die historische Landschaft zwischen Lech und Vogesen, Augsburg 1988, S. 137–163.

Entwicklung der Kartenherstellung und der Darstellungstechnik untersuchen, die *Kunstgeschichte* die Karte als Kunstwerk betrachten.

3. Altkarten als Quellen in der historisch-geographischen Strukturforchung

Für eine Arbeitsgemeinschaft, die sich »Die Alte Stadt« nennt, stehen freilich andere Themen im Vordergrund, nämlich solche der Historischen Geographie, das heißt der historischen Umwelt-, Landschafts- und Siedlungs-, insbesondere der Stadtforschung. Zum Stichwort »Siedlungsforschung« sollte man dabei im Auge behalten, daß sich der Begriff »Siedlung« nicht nur auf einen Wohnplatz bezieht, sondern auch die Arbeitsflächen (von Landwirtschaft, Industrie, Verkehr, Militär usw.) mit einschließt, also die gesamte Gemarkung umfaßt.

In der Strukturforchung geht es einmal um die Landnutzung und ihre Veränderung, das heißt um die Verteilung von Wald und Feld, Wiese und Heide, Wein- und Hopfengärten, Krautgärten und Fischteichen. Manche Darstellungen unterscheiden sogar zwischen Laub- und Nadelwald, andere zeigen – wie Johann Lambert Kolleffel in seinem Blatt Leipzig um 1750 – die Hopfengärten mit solcher Genauigkeit, daß sie deutlich lokalisiert werden können.⁸ Augenscheinkarten wie jene von Hans Kretzmayer von 1610 mit den Fischteichen bei Waldenburg in Hohenlohe sind in ihrer Abgrenzung zwar nicht so exakt, vermitteln aber trotzdem einen guten Eindruck von der räumlichen Struktur. Gelegentlich sind auch Steinbrüche, Lehmgruben, Kalköfen und Ziegeleien dargestellt und ist die unterschiedliche Qualität der Wege und Landstraßen angegeben. In der Karte von Neubulach, die Johann Heinrich Moyses von Kyrrberg 1719 gezeichnet hat,⁹ ist die Lage alter Stollen und Halden des Bergbaus erkennbar. Eine solche Aussage, die vielleicht auch durch geologische Untersuchungen belegt ist, kann für die heutige Planung unter zwei Gesichtspunkten von Interesse sein: Einmal unter dem Stichwort der »Altlast«, die besondere Maßnahmen erfordert, zum anderen unter dem Aspekt des Schutzes als historische Landschaft. Die hier genannten Beispiele zeigen, daß sich unter günstigen Umständen anhand von Altkarten der Landschaftszustand eines Gebietes für einen bestimmten Zeitabschnitt rekonstruieren läßt und sich dabei persistente Strukturen bzw. überkommene Elemente erkennen lassen, die vielleicht besonders geschützt werden sollten.

Bezüglich der Städte interessieren neben Größe, Form und Bild des Baukörpers und der Befestigung besonders die sozialökonomische Struktur und die Lokalisierung der einzelnen Funktionen, auch derjenigen vor den Mauern (Stadttrand-Funktionen) wie Schießbahn, Balle-Malle-Bahn (Palmaille), Bleiche, Seilerbahn, Gärten usw. Was auf

⁸ J. L. Kolleffel, Schwäbische Dörfer und Städte um 1750, hrsg. v. R. Pfau, Weissenhorn 1974 (mit 522 Ortsplänen).

⁹ J. H. Moyses, Accurate Ausmeß- und Grundlegung des alten Bergstättleins Bulach, 1719, verkleinerter Nachdruck des LVA Baden-Württemberg 1983.

diesem Gebiet unter günstigen Umständen und mit Hinzuziehung gedruckter Verzeichnisse zu leisten ist, hat Elisabeth Lichtenberger mit der Rekonstruktion der sozialräumlichen und funktionellen Gliederung Wiens um 1770 gezeigt.¹⁰ Sie stellte nicht nur die Bausubstanz in starker Differenzierung dar, sondern zeigte auch die gewerbliche Nutzung der Gebäude und die Nutzung der Flur zusammengefaßt in einer komplex-analytischen Karte.

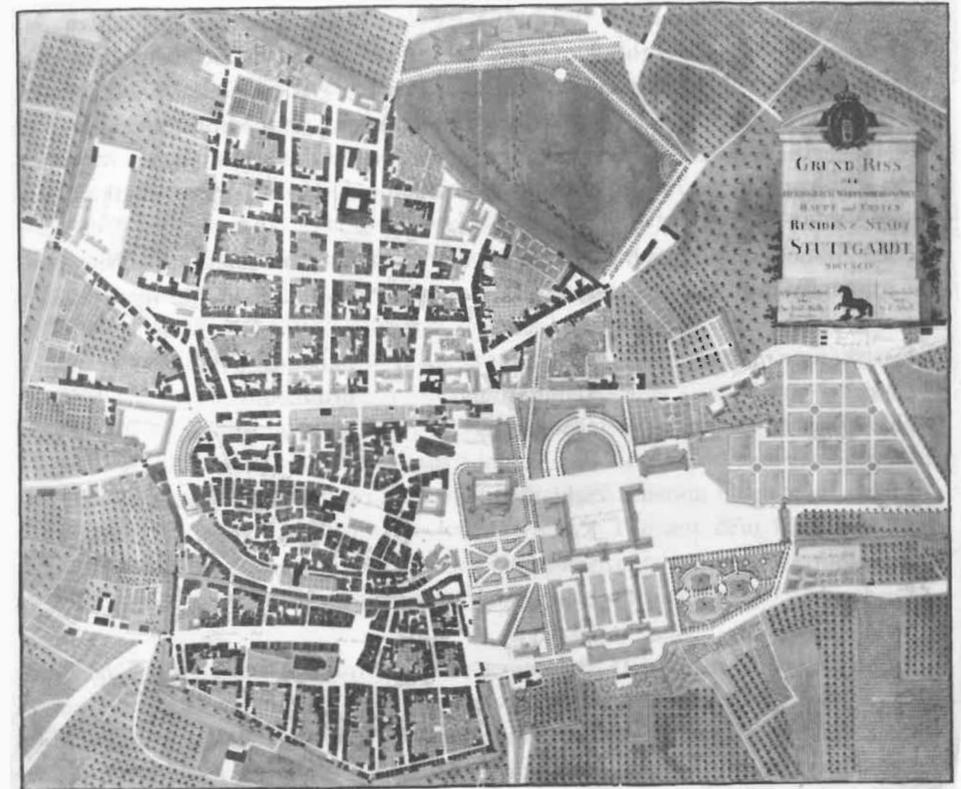
Sicherlich ist die Quellenlage nicht überall so gut wie in diesem Fall. Deshalb müssen wir die in der Historischen Kartographie bisher etwas vernachlässigten Pläne bzw. Risse von kleineren Teilen der Stadt unbedingt mit einbeziehen, zumal sie oft zusätzliche Informationen bieten. Auch wenn sich aus ihnen keine flächendeckenden Strukturpläne ableiten lassen, können wir doch am Beispiel einzelner Häuserblöcke wesentliche Züge erkennen. Entscheidend dabei ist, daß uns die Archivare sagen, wo in den Akten wir derartige Pläne als Beilagen finden.

Seltener als reine Grundrißpläne sind Bildpläne, in denen die Hausfronten im Aufriß oder perspektivisch dargestellt sind. Aus ihnen können wir nicht nur die Anzahl der Stockwerke erkennen, sondern unter Umständen auch Hinweise für die Restaurierung des Straßenbildes erhalten. Meist ist die dritte Dimension jedoch nicht berücksichtigt und muß aus bildlichen Darstellungen abgeleitet werden. Mancher Plan zeigt ferner die Hofgebäude im Grundriß und die teilweise beachtlichen Gartenflächen im Innern der Häuserblöcke, so z. B. der Stadtplan von Stuttgart von 1794. In ihm wird zudem deutlich, daß die Verteilung der Gartenflächen über die drei Stadtteile unterschiedlich ist. Die Innere Stadt entbehrt, vom Bereich des Stadtgrabens abgesehen, völlig solcher Gärten; in der Esslinger Vorstadt fehlen sie in den Blöcken am Holzmarkt, in der Reichen Vorstadt in den zum ehemaligen Graben hin gelegenen Komplexen, wogegen Gärten sonst in beiden Vorstädten weit verbreitet sind. Kann man in solchen Eintragungen Entscheidungshilfen für die Straßenbegrünung oder -Nichtbegrünung und für Entkernungsvorhaben sehen?

Da der genannte Stuttgarter Stadtplan von 1794 sämtliche Hausnummern enthält und zu ihm ein Verzeichnis der Hausbesitzer mit der Angabe ihrer Berufe und der Hausnummern existiert, können wir in ihm – und nur mit ihm – die Hausbesitzer nach ihren Berufen lokalisieren und damit die sozialökonomische Struktur der Stadt aufzeigen.¹¹ Die Weingärtner zum Beispiel konzentrieren sich in drei getrennten Bereichen. Bei den Geheimen, Hof-, Regierungs-, Kammer- und anderen Räten ist die räumliche Konzentration noch deutlicher ausgeprägt, und man versteht, warum der

¹⁰ E. Lichtenberger, Sozialräumliche und funktionelle Gliederung Wiens um 1770, in: Atlas von Niederösterreich, Blatt 121, Wien 1958. – Vgl. E. Lichtenberger, Historische Stadtforschung und Kartographie. Die sozialräumliche und funktionelle Gliederung von Wien um 1770, in: Kartographie der Gegenwart in Österreich, Wien 1984, S. 170–192.

¹¹ J. Hagel, Zur sozialen und funktionalen Viertelsgliederung in Stuttgart um 1795, in Stuttgartar Geogr. Stud. 110 (1989) (im Druck).



Stadtplan von Stuttgart aus dem Jahre 1794, aufgenommen und gezeichnet von *Christian Fridrich Roth*, gestochen von G. F. Abel. Die Oberkante weist nach NW zu W. Die Stadt gliedert sich in die Innere Stadt (etwa oval), die Esslinger Vorstadt (unten) und die Reiche Vorstadt (oben). Vorlage und Aufnahme HStA Stuttgart N 200 P 46.

westliche Teil Stuttgarts den Namen »Reiche Vorstadt« bekommen hat. Die Bedeutung der Residenzfunktion wird ebenfalls deutlich, weil die herrschaftlichen Gebäude durch besondere Signatur bzw. Farbe hervorgehoben sind.

Allein aus einem Plan heraus ist auch die Bedeutung des Stuttgarter Vorortes Berg als Mühlenzentrum und Floßholzplatz zu belegen. Fast alle Mühlen sind aus verschiedenen Plänen nachzuweisen, Floßkanal, Holzrechen und Holzlagerplatz sind zu bestimmen. Ein anderes Beispiel bietet der Plan des Stuttgarter Brandgebiets von 1761, aus dem hervorgeht, daß es damals auch in der Inneren Stadt noch etliche Scheunen gab. Ein Plan des Stuttgarter Marktplatzes von 1775 (zur Vorbereitung der sog. Venetianischen Messe) nennt sämtliche Anrainer mit ihren Berufen und zeigt uns eine Häufung von Kaufleuten, Kürschnern und Apothekern. Aus einem weiteren Plan von

den Anliegern des Nesenbachs von 1761 ist eine Konzentration von Färbern und Gerbern ersichtlich. Wohl eher als Glücksfall kann man die Unterscheidung der Häuser von Christen und Juden in den bereits erwähnten Plänen Kolleffels bezeichnen, aus denen man die Judengassen bzw. -viertel erkennen kann. Mitunter sind bei den Ortsnamen die Zahlen der Herdstellen angegeben wie in der Schmitt'schen Karte von Südwestdeutschland 1797 oder in der Kurhannoverschen Landesaufnahme von 1764–1786.

Die Funktionen lassen sich aufgrund der Beschriftung oder Signatur lokalisieren. So hat Johann Adam Riediger in seinem 1745 angefertigten Plan von Stuttgart bezeichnet:

Wirtshäuser (mit Namen)	Schulhaus	Badhaus
Café	Gymnasium	Brunnen
Tabakhaus	Opernhaus	Bleiche
Werkhäuser	Posthaus	Feuer- (Lösch-) See
Mühle	Schießhaus	Balle Malle (Palmaille)
Seidenfabrik	Kasernen	Galgen
Ziegelhütte	Siechenhaus	Kutterhaufen (Müll)
Sandgrube	Hospital	u. a. m.
Steinbrüche	Lazarett	

Aufgrund einer Karte von 1678 können wir für Stuttgart sogar zwei Vogelherde einigermaßen lokalisieren. Freilich sind wir weit davon entfernt, wieder aufbauen zu wollen, was längst abgegangen ist, doch kann die Kenntnis davon, was einmal an einem bestimmten Platz vorhanden war, nicht nur bei der Suche nach Straßen- oder Platzbenennungen hilfreich sein, sondern vielleicht auch bei einer Sanierung eine bezugnehmende Lösung der Stadtgestaltung anregen. Und wenn in Landshut beim Abbruch einer Fabrik der einzige noch erhaltene Turm der Stadtmauer mit einem Stück derselben gefunden¹² und wenn auch in Stuttgart bei einer Baumaßnahme unerwartet ein Rest der Stadtmauer freigelegt wurde, so mag das Anregung sein, vor Bauarbeiten in verdächtig erscheinenden Bereichen zuvor historische Karten heranzuziehen.

4. Altkarten in der historisch-geographischen Prozeßforschung

Aus dem Vergleich verschieden alter Karten und Stadtpläne in ihrer chronologischen Reihenfolge lassen sich die Veränderungen in der Zeit ablesen. Dies gilt einmal für die Verteilung von Wald, Feld, Heide und Spezialkulturen wie auch für die Veränderungen von Gewässern und für die Entwicklung von Städten. Was die Städte betrifft, so

¹² W. Schwaiger-Herrschmann, Altstadtsanierung: zum Beispiel Landshut, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 208.

hat man sich bisher stark mit der Frage nach den baulichen Veränderungen befaßt, das heißt mit dem räumlichen Wachstum bzw. der Veränderung in der Überbauung. Es stellt sich aber auch die Frage nach den Freiflächen in der Stadt und ihrer Umnutzung, nach der Nutzung der erweiterten Fläche, nach den Änderungen vor der Mauer, etwa der Bildung von Lustgärten, die einen Wandel in der Lebensweise andeuten.

Ein Geograph wird allerdings auch schon aus einem einzelnen Plan versuchen, die Dynamik eines Ortes zu erkennen. Vergleicht man beispielsweise in dem Stuttgarter Stadtplan von 1794 den Grundriß der Inneren Stadt mit dem der Esslinger Vorstadt, so springt der Unterschied in der Straßenführung sofort ins Auge und zeigt verschiedene alte Stadtteile an. Auch hebt sich das 1761 abgebrannte und anschließend in neuem Grundriß wieder aufgebaute Gebiet in der Altstadt (= erste Stadtsanierung) deutlich ab. Durch einen Vergleich mit neueren Karten läßt sich zeigen, daß etwa in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Überbauung auch der Gartenflächen im Innern der Häuserblöcke einsetzte. Die von Klaus Lindner und Lothar Zögner veröffentlichte Kartenfolge von Berlin zeigt deutlich, daß sich das Wachstum einer Stadt besser in Karten darstellen als in Worten beschreiben läßt.¹³ Die aus dem Kartenvergleich abgeleitete Abgrenzung von Vierteln verschiedenen Alters kann eventuell eine Entscheidungshilfe für die Abgrenzung von Sanierungsbereichen bieten.

5. Einblicke in die Wasserbautechnik

Reich ist das kartographische Material von Gewässern. Wegen der naturbedingten Veränderungen an den Ufern, wegen besonderer Baumaßnahmen zum Uferschutz und wegen vieler Streitfälle, die sich dabei ergaben, sind zahlreiche, meist nicht veröffentlichte Pläne angefertigt worden. Gerade Flußverlagerungen und -korrekturen sind – wie auch Hochwasserfolgen – anders nun einmal nicht so gut darzustellen. So zeigt uns eine Zeichnung von Albrecht Dretsch von 1573 nicht nur die Hochwasserschäden am Neckarwehr in (Stuttgart-) Berg, sondern gibt auch einen Einblick in die Wasserbautechnik jener Zeit. Die beiden Mühlen sind zumindest in ihrer relativen Größe zu erkennen. Allerdings stimmen in derartigen Darstellungen die Zahlen der eingezeichneten und die der wirklich vorhanden gewesenen Mühlräder nicht immer überein.

Daß der Neckar damals zwischen Stuttgart und Heilbronn nur eine Tiefe von 1–2 Metern besaß, zeigt eine Karte von Heinrich Schickhardt aus dem Jahre 1598, als die Schiffbarmachung des Flusses erwogen würde. Aus zwei weiteren solchen Karten sind außerdem sämtliche Fahren und Wehre jener Zeit ersichtlich. Wie man die Wehre damals baute, zeigt eine Skizze von 1590 in einfacher, aber anschaulicher Darstellung: Man kombinierte ein Fachwerk mit Faschinen, Zweigen und Steinen. Der Riß

¹³ K. Lindner u. L. Zögner, Berlin im Kartenbild. Zur Entwicklung der Stadt 1650–1950. Berlin 1981.

eines Wehrs aus der Zeit um 1768 zeigt dagegen eine reine Fachwerkkonstruktion und läßt zugleich die Auswirkung des Wehrbaus auf die Sedimentation erkennen.¹⁴

Die durch Hochwässer bedingten Verlagerungen des Neckars oberhalb von Berg seit 1773 und die ihretwegen vorgenommene Begradigung stellt eine Karte von 1828 dar. Hier werden sowohl die natürliche Dynamik in der Landschaft als auch wasserbautechnische Details deutlich. Ähnliche Karten sind besonders von der Begradigung des Oberrheins bekannt. Die Probleme des Hochwasserstaus innerhalb der Stadt Stuttgart werden in Karten von 1652 und 1740 sichtbar, von denen die letztere mit ihren Angaben über die Durchflußöffnungen der Brücken und bewässerte Gärten besonders interessant erscheint.¹⁵

6. Frühere Probleme der Ver- und Entsorgung

Überraschend gut dokumentiert ist die frühere Ver- und Entsorgung.¹⁶ In dem Vogelschaubild von Rohrdorf von 1575 ist nicht nur die Lage, sondern auch die Form der Brunnen deutlich erkennbar.¹⁷ Wir sehen, daß es sich um den Typ des Ziehbrunnens handelt, der ähnlich auch auf Ansichten von Aalen und Schwäbisch Hall erscheint^{17a} und demnach weiter verbreitet gewesen sein dürfte, als man vielleicht annehmen möchte. In manchen Städten existieren auch Pläne der Rohrleitungen, welche die Laufbrunnen mit Wasser versorgten. Als Beispiel sei der Plan der städtischen Leitungen von Stuttgart von 1699 angeführt, der in seiner Erläuterung noch ergänzende Angaben über die Zahl der Brunnenstuben und der benutzten Holzteichel u. a. m. enthält. Ähnliche Pläne für die herrschaftlichen Leitungen nach Stuttgart liegen von 1622 und 1630 vor. Aus diesen Quellen ergibt sich, daß die Stuttgarter Wasserleitungen außerhalb der Stadt gegen Ende des 17. Jahrhunderts mindestens 9000 Teichel umfaßten. Von Heilbronn gibt es Pläne von 1640, die das Leitungssystem innerhalb der Stadt darstellen; aus ihnen sind die Lage der Teichel und der Brunnen ebenso ersichtlich wie die Längen der einzelnen Abschnitte und die Zugangsstellen. Die einzelnen Brunnen sind jeweils bezeichnet, die privaten mit den Namen der Nutzungsberechtigten beschriftet. Der Plan gibt uns damit zugleich Hinweise zur Sozialtopographie, aber auch für archäologische Sicherungsarbeiten bei Tiefbaumaßnahmen.

Ein bislang in den Akten versteckt gewesener Plan aus der Zeit um 1800 zeigt die Versorgung Stuttgarts mit fließendem Wasser durch das herrschaftliche und das städtische Teichelsystem. Schon bei grobem Überblick fällt auf, daß die Reiche Vorstadt

¹⁴ HStA Stuttgart A 335 Bü 18 /4b und A 248 Bü 1951:

¹⁵ Vgl. J. Hagel, Stuttgarter Wasser- und Umweltprobleme in der frühen Neuzeit im Spiegel alter Karten und Pläne des Nesen- und Dobelbachs, in: Z. f. württ. Landesgesch. 42 (1983), S. 217–254.

¹⁶ Siehe auch J. Hagel, Mensch und Wasser in der alten Stadt, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 126–139.

¹⁷ + ^{17a} J. Hagel 1989 (s. A 6).

gut mit Laufbrunnen versehen ist, die beiden anderen Stadtteile aber nur über wenige solche Brunnen verfügen. Hier drängt sich die Frage auf, warum das so ist: wegen des jüngeren Alters dieser Vorstadt, wegen unterschiedlicher Grundwasserhältnisse oder wegen sozialer Unterschiede. Ein ebenfalls aus einem Aktenbüschel entnommener Plan zu einem Brunnenstreit von 1716 läßt vermuten, daß die Esslinger Vorstadt (in Stuttgart) zwar weniger Lauf-, aber dafür mehr Schöpfbrunnen besaß; denn es sind bei neun Grundstücken ein Schöpf- und fünf Pumpbrunnen verzeichnet, die alle im Innern des Blocks liegen. Gerade solche Pläne sind vor einer etwa ins Auge gefaßten Totalsanierung wichtig, weil sie Hinweise geben, wo bei Ausbaggerungen Vorsicht geboten ist und wo eventuell stadttarchäologische Arbeiten sinnvoll sind. Auf jeden Fall sollte die Lage von Brunnenresten bei Bauarbeiten gründlich dokumentiert werden.

Das System der Abwasserleitungen ist für Stuttgart erstmals 1634 von dem Baumeister Heinrich Schickhardt kartographisch dargestellt worden, wenn auch nur für die Innere Stadt. Da zu dieser Karte auch eine Beschreibung existiert, sind wir über die Situation relativ gut informiert. Das an diesen Plan nach links anschließende Gebiet zeigt ein weiterer Plan aus der Zeit um 1720/50, dessen Fischgrätenmuster die Ableitungen aus den einzelnen Häusern darstellt. Leider ist der Anlaß für die Anfertigung dieses Plans bislang unbekannt und eine tiefergehende Auswertung damit nicht möglich.

Von einer Maßnahme zur Umweltvorsorge durch den Stuttgarter Magistrat zeugt ein Lageplan der Färberei Kloz von 1673. Bereits etwas früher hatte der Magistrat einem anderen Färber die Genehmigung, hier oberhalb der Pferdeschwemme eine Färberei einzurichten, verweigert und dies damit begründet, daß die zu erwartende Verschmutzung die zur Schwemme geführten Pferde krankmachen würde. Als nun 1673 der Färber Kloz versprach, das Schmutzwasser in der in dem Plan dargestellten Weise unter dem Bach hindurch in das Kanalisationsnetz zu leiten, durfte er den Betrieb eröffnen.

In diesen Themenkreis der Ver- und Entsorgung gehören auch die Darstellung der Feuerseen und ihrer Zuleitungen sowie der Nachweis von Deponien, wie er sich in dem Riediger'schen Plan von 1745 findet.

7. Altkarten als Beleg für Ideen der Stadtgestaltung

Als wertvolle Quelle können uns die Stadtpläne ferner dienen, um zu verfolgen, wie die Ideen der Stadtgestaltung weiterentwickelt worden sind. Am besten eignet sich hierzu ein Vergleich verschieden alter Vorlagen, wie sie zum Beispiel von Lindner und Zögner für Berlin vorgestellt wurden.¹⁸ Doch auch Einzelpläne können sehr auf-

¹⁸ (s. A 13).

schlußreich sein, zumal wenn die neue Planung in einen alten Grundrißplan eingetragen worden ist. Das ist zum Beispiel der Fall bei einem um 1750 von Georg Raisch gezeichneten Plan von Stuttgart, der um 1780 benutzt wurde, um eine geplante Stadterweiterung einzuzichnen. Man sah dabei vor, eine wohl als störend empfundene Unregelmäßigkeit in der Straßenanlage zu beseitigen und den Ausbau mit gleichmäßigem Grundriß vorzunehmen. Verwirklicht wurde dieser Gedanke nie. Das stört bei der Auswertung jedoch keineswegs, zeigen doch gerade solche Entwürfe ideengeschichtlich mitunter mehr als die in die Tat umgesetzten Pläne, bei denen dann doch so manche Rücksicht auf Überkommenes genommen werden mußte.

Noch deutlicher wird das in dem Residenzbauplan, den Nikolaus von Thouret Anfang 1818 dem württembergischen König vorlegte. Geradlinige Straßen, Plätze verschiedener Gestalt, eine lange, die Stadt säumende Allee und eine völlig für sich wie ein Castrum angelegte Garnison erscheinen hier als neue Wesenszüge. Auch dieser Plan wurde nicht verwirklicht, doch die Ideen lebten teilweise weiter, und das, was man in Stuttgart heute als die Kulturmeile bezeichnet (Konrad-Adenauer-Straße), hat ideengeschichtlich seine Wurzel in diesem Plan.

Auch die Ideen zur Durchgrünung der Stadt lassen sich anhand früherer Stadtbaupläne und Detailpläne darstellen; diese Thematik scheint bisher etwas vernachlässigt worden zu sein. Andere Pläne (in Stuttgart 1807) zeugen von den Überlegungen, für durchziehende Truppen eine Umgehungsstraße anzulegen. Freilich sind die örtlichen Pläne auch in die überörtliche Entwicklung der Stadtgestaltung einzuordnen, um jeweils zu erkennen, was im Zuge der allgemeinen Entwicklung liegt und was neues Gedankengut ist.

8. Mental maps

Unter den alten Karten und Plänen finden sich so manche, die als »mental maps« angesehen werden können, die also den Raum so darstellen, wie ihn der Zeichner wahrnahm oder sich vorstellte. Altkarten können damit Ansatzpunkte für Untersuchungen zur historischen Wahrnehmungsgeographie sein. Diese Thematik soll hier jedoch ebensowenig verfolgt werden¹⁹ wie der Quellenwert der Altkarten für die Flurnamenforschung.

9. Quellenkritik

Die Arbeit mit historischen Karten und Plänen ist nicht ohne gründliche Quellenkritik möglich, zeigt doch die Erfahrung, daß in den Karten und auch bei ihrer Auswertung mit erheblichen Mängeln und Fehlern zu rechnen ist.

¹⁹ Siehe hierzu J. Lafrenz, Historische Ortspläne als kognitive Repräsentationen, in: Kartographie-hist. Colloquium Lüneburg '84, Berlin 1985, S. 73–86.

Zunächst sind bei der Beschäftigung mit historischen Karten Grund und Zeitpunkt der Anfertigung zu bestimmen, soweit sie nicht aus den vom Autor selbst gemachten Angaben hervorgehen. Der *Grund oder Zweck* der Kartenerstellung bestimmt den Inhalt und maßgebend auch die Genauigkeit, möglicherweise auch eine absichtliche Verfälschung (z. B. eines Grenzverlaufs). Die Darstellung Stuttgarts im Forstkartenwerk des Andreas Kieser von 1680 zum Beispiel ist zwar reizvoll, aber weder maßstabsgerecht noch inhaltlich exakt. Die Aufgabe für Kieser lautete ja, die Forste zu vermessen und darzustellen; die Orte zeichnete er in sein Kartenwerk als Vedouten ein, wobei er Stuttgart als Landeshauptstadt zwar etwas größer, aber trotzdem keineswegs genauer abbildete.

Vom *Zeitpunkt* der Kartenerstellung hängen einmal die Darstellungstechnik, zum anderen die Genauigkeit ab, die ab dem 18. Jahrhundert deutlich zunimmt. Allerdings ist festzuhalten, daß eine Fülle von vielleicht weniger genauen Eintragungen für die Beschreibung von Alt-Strukturen wertvoller sein kann als eine sehr exakte Darstellung mit inhaltlicher Leere.

Abzuklären ist ferner, ob der *Inhalt* vom Autor selbst erhoben oder – vielleicht auch nur zum Teil – aus anderen Vorlagen übernommen worden ist. So ist bekannt, daß viele Darstellungen von Städten ungenau oder nur Nachzeichnungen sind.²⁰ Man erkennt dies unschwer auch am Beispiel von Stuttgart, wenn man den Stich von Matthäus Merian von 1638 mit der Darstellung von Matthäus Seutter um 1720 vergleicht. Ferner können die Zeitpunkte von Aufnahme und Anfertigung einer Karte durchaus differieren; mitunter war eine Eintragung bereits überholt, als die Karte gezeichnet wurde. Das schmälert den Wert der Darstellung jedoch nicht, denn Altkarten sind in erster Linie Dokumente eines Raumes, nicht der Zeit.²¹

Ferner ist der *Maßstab* festzustellen und ist zu klären, ob die Darstellung in sich maßstabsgetreu ist oder nicht. Häufig fehlt eine Maßstabsangabe und muß über Streckenmessungen berechnet werden. Auch ist keineswegs sicher, ob eine angegebene Längeneinheit die an dem betreffenden Ort gültige oder aber eine andere, dem Autor geläufigere ist. Aus eigener Erfahrung muß der Verfasser hier zur Vorsicht mahnen. Wo nicht oder nur ungenau vermessen wurde, ist selbstverständlich keine Lagetreue zu erwarten.

Bei der Bestimmung der *Nordrichtung* ist zu bedenken, daß nicht alle Kirchen genau ost-westlich ausgerichtet sind. Der Chor der Stuttgarter Kirchen zum Beispiel zeigt nach Nordosten, was zur Folge hatte, daß manche Autoren, die übliche Ausrichtung annehmend, durchweg falsche Himmelsrichtungen angeben. Geht man von einer

²⁰ Siehe z. B. M. Schmitt u. J. Luckhardt, Realität und Abbild in Stadtdarstellungen des 16. bis 19. Jahrhunderts, Münster 1982. – M. Schmitt, Vorbild, Abbild und Kopie, in: H. Jäger / F. Petri / H. Quirin (Hrsg.), Civitatum Communitas, I, Städteforschung A 21, Köln / Wien 1984, S. 322–354.

²¹ G. Aymans (s. A 4), S. 220.

eingezeichneten Kompaßrose aus, so ist zu berücksichtigen, daß sich die magnetische Mißweisung im Laufe der Zeit erheblich geändert hat. So weist beispielsweise die heutige Königstraße in Stuttgart in Riedigers Plan von 1745 zur Nordrichtung einen Winkel von 47–48°, tatsächlich aber einen solchen von 32° auf.²²

Schließlich können nachträglich vorgenommene *Eintragungen* oder die Einzeichnung nie verwirklichter *Planungen* die Datierung erschweren. In Stuttgart wurde zum Beispiel um 1780–82 viel geplant und in Karten dargestellt (siehe oben), dann aber doch nicht ausgeführt.

Gerade für Zeiten starken Wandels ist zu bedenken, daß sich die Funktion eines Gebäudes ändern kann, ohne daß sein Äußeres sich wandelt. Veränderungen in der Nutzung von Gebäuden einerseits und von den Grundrissen andererseits können also zeitlich weit auseinanderklaffen.

10. Inventarisierung

Der Wert, den Altkarten heute als Quelle besitzen, macht es notwendig, sie hinreichend in Katalogen bzw. Findbüchern nachzuweisen. Dabei sollten neben den gedruckten auch die handgezeichneten Karten sowie nicht zuletzt die in den Akten vorhandenen Pläne und Risse erfaßt werden. Querverweise von Akte zu Plan und umgekehrt sind dabei unerlässlich, sind doch viele Stücke früher voneinander getrennt und ohne solche Verweise gelassen worden, so daß man viel Zeit durch Suchen verliert.

Wünschenswert sind aber nicht nur Kataloge bzw. Findbücher für jedes einzelne Archiv bzw. jede Sammlung, sondern auch Inventare, die alle für ein und dieselbe Stadt nachweisbaren Karten und Pläne für sämtliche Lagerorte, auch die auswärtigen, mit den wichtigsten Daten (insbes. Autor, Titel, Datum, Maßstab, Orientierung, Format, Ausführungsart, dargestelltes Gebiet, Inhalt, Lagerort mit Signatur, korrespondierende Akten) aufführen, wie in den letzten Jahren eines für Stuttgart erstellt worden ist.²³ Daß dabei ein aufgeschlüsseltes Register nicht fehlen darf, braucht sicherlich nicht besonders betont zu werden. Findkarten, das heißt Übersichtskarten, in denen die Altkarten nach ihrer räumlichen Lage und Begrenzung verzeichnet sind, sollten zeigen, für welche Gebiete historische Karten verfügbar sind. Selbstverständlich müssen auch heutige Karten und Pläne mit gleicher Sorgfalt und mit den nötigen Hinweisen auf zugehöriges Schriftgut archiviert werden. Gerhard Aymans äußerte 1985, die Kartenbestände werden so wenig genutzt, weil sie nicht richtig erschlossen

²² J. Hagel, Johann Adam Riediger und der älteste Grundrißplan von Stuttgart, in: Schwäbische Heimat 40 (1989), S. 11–21.

²³ Bislang unveröffentlicht, Manuskript im Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

sind, und sie sind nicht richtig erschlossen, weil sie zu wenig genutzt werden²⁴ – ein *circulus vitiosus*.

Freilich ist der Bestand an Altkarten nicht überall gleich groß und gleich gut erhalten. In jedem Fall aber dürfte – soweit nicht schon geschehen – die Durchsicht des Schriftguts auf ihm beigegebene Kartenunterlagen sich lohnen, insbesondere bei Akten über Streitfälle, Wasserbau, Stadtplanung und Bergbau. Man kann sich dabei nicht auf das eigene Stadtarchiv beschränken, sondern muß zumindest auch Regierungsarchive mit auswerten. Ich bin mir bewußt, von welcher Arbeit ich rede.

Eine solche Inventarisierung kann zugleich eine gute Gelegenheit sein, einmal zu prüfen, welche historischen Karten und Pläne zu einem historischen Stadtatlas zusammenzufassen und nach und nach zu drucken sich lohnt. Frühe Katasterkarten des Stadtgebiets sollten dabei – wie beim Deutschen Städteatlas – das Grundgerüst bilden. Moderne Karten der heutigen Stadtforschung können dazu eine gute Ergänzung sein. Derart gedruckte Karten sind leichter zugänglich und dürften deshalb für Planungs- und Sanierungsvorhaben auch häufiger herangezogen werden als jene, die in den Aktenbüscheln ruhen. Sie können helfen, eine Brücke zwischen Archivaren und Stadtplanern zu schlagen.

11. Schluß

Mit den aufgeführten Beispielen sollte gezeigt werden, daß Altkarten und -pläne für den Stadtplaner Anregungen bieten und Entscheidungshilfen sein können, sofern sie ihm bekannt sind. Vor allem aber sind sie im Bereich der historisch-geographischen Stadtforschung unersetzliche Quellen. Deshalb ist eine gute archivalische Erschließung unerlässlich. Selbstverständlich kann auf die Auswertung auch anderer Quellen nicht verzichtet werden, denn Karten und anderes Schriftgut müssen einander ergänzen.

²⁴ G. Aymans, Die handschriftliche Karte als Quelle geographischer Studien, in: Landkarten als Geschichtsquellen, Archivberatungsstelle Rheinland, Archivheft 16, Köln 1985, S. 21–46.

Johann Jessen

Aus den Großsiedlungen lernen?

*Das Scheitern eines Modells**

Neue Städte, Großsiedlungen oder Großwohnanlagen haben die Stadtentwicklung und den Städtebau der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik und damit die berufliche Tätigkeit von Stadtplanern entscheidend geprägt. Sie sind inzwischen ein Stück moderne Stadtbaugeschichte. Zurecht spricht man vom Ende des Massenwohnungsbaus.¹ Der Beitrag konzentriert sich auf die Phase des Massenwohnungsbaus, dessen städtebauliches Leitbild gern mit dem Schlagwort »Urbanität durch Dichte« umschrieben wird, also auf die häufig und heftig kritisierten hochverdichteten, hochgeschossigen und großmaßstäblichen Stadterweiterungen der 60er und 70er Jahre wie Märkisches Viertel in Berlin, Osterholz-Tenever in Bremen, Mettenhof in Kiel, Chorweiler in Köln u. ä.:² Diese Siedlungen werden inzwischen allgemein als Fehler und Schritt in die falsche Richtung angesehen, und viele von ihnen sind inzwischen zu Sanierungsfällen geworden.³

Beides sollte Stadtplaner in der Tat auch deshalb beunruhigen, weil es die Fähigkeit und die Möglichkeit des Berufsstandes zu rationaler, zukunftssicherer Planung und damit den eigenen Anspruch grundsätzlich in Frage stellt: Die Großsiedlungen sind als dritter Problemgebietstypus in der Stadterneuerung weder wie ihre Vorgänger, die mittelalterlichen Altstädte und innenstadtnahen Wohngebiete aus der Gründerzeit, Zeugen vergangener Gesellschaftsepochen bzw. Produkte ungehemmter Bauspekulation, noch sind sie Kinder der nackten Not wie der Wohnungsbau in der Wiederauf-

* Der Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages auf der 12. Fachtagung »Perspektiven für Wohnungswesen und Städtebau« vom 26.–28. Sept. 1988 am Institut für Städtebau und Wohnungswesen in München. Für Kritik und Anregungen danke ich Robert Lemmen, Walter Siebel und Uwe-Jens Walther.

¹ Vgl. U. Herlyn / A. von Saldern / W. Tessin, Anfang und Ende des Massenwohnungsbaus, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 26 (1987) S. 34–51.

² Der Beitrag stützt sich in Teilen auf Ergebnisse eines von der DFG finanzierten Forschungsprojektes über den »Wandel des Wohnverhaltens«, das von der Arbeitsgruppe Stadtforschung an der Universität Oldenburg außerdem noch von U. Schneider, W. Siebel, und H. Voegen bearbeitet wird.

³ Zu den »städtebaulichen Mißständen« in diesen Siedlungen und Vorschlägen zu ihrer Behebung vgl. zuletzt umfassend O. Gibbins, Großsiedlungen, Bestandspflege und Weiterentwicklung, München 1988 und Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Städtebaulicher Bericht. Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre. Probleme und Lösungswege, Bonn-Bad Godesberg 1988.

bauphase. Vielmehr sind sie unter vergleichsweise günstigen Bedingungen gebaut worden. In den 60er und 70er Jahren genoß Wohnungspolitik hohe Priorität, standen öffentliche Mittel für den Wohnungsbau in vorher wie nachher nicht gekannter Höhe zur Verfügung, konnte bereits auf 40 Jahre Erfahrungen im sozialen Wohnungsbau im In- und Ausland zurückgegriffen werden, und der Gestaltungs- und Planungsspielraum des Städtebauers war sehr groß. Viele Siedlungen, gerade unter den sog. »spektakulären Einzelfällen«, sind das im Kern umgesetzte Ergebnis von städtebaulichen Wettbewerben und viele sind Demonstrativbauvorhaben des Bundes.

Wie ist es zu dieser die Effektivität und die Glaubwürdigkeit von Stadtplanung so in Frage stellenden Situation gekommen? Meine Antwort versucht die Großsiedlungen aus heutiger Perspektive, d. h. aus den seit ihrem Bau beobachtbaren Veränderungen in der Stadtentwicklung, im städtischen Leben und in der Stadtplanungspraxis der Bundesrepublik zu interpretieren. Es wird zunächst das Wohnmodell kritisiert, das den Planungen der Großsiedlungen zugrundegelegt wurde. Dieses Wohnkonzept war schon immer einseitig. Es beruhte aber auch auf Annahmen über gesellschaftliche Entwicklung, die sich inzwischen als falsch erwiesen haben (1.). Im zweiten Teil wird die Art und Weise thematisiert, wie geplant und gebaut wurde. Die Errichtungen der Großsiedlungen, von der Zielformulierung bis zur Durchführung, war fast ausschließlich eine Angelegenheit der professionell damit Befassten. Die Produzenten-seite, von den kommunalen Planern bis zu den Vertretern der Wohnungsunternehmen, hatte sich gegenüber dem Konsumenten der Wohnungen zunehmend verselbständigt. Es fehlten wirkungsvolle Korrekturmechanismen, weder gab es einen funktionierenden Markt, noch boten sich institutionell abgesicherte Möglichkeiten der Planungsbeteiligung, noch wurde während der Planung und Durchführung mit einer möglicherweise später notwendigen Korrektur gerechnet (2.).

1. Das Wohnmodell

Mietwohnungsbau ist im Gegensatz zum Planen und Bauen für den individuellen Bauherrn bekanntlich Planung für den anonymen Nutzer. Der Bau von Wohnungen und ganzen Wohnquartieren ist nicht nur an ökonomische, finanzielle, rechtliche und organisatorische Vorgaben gebunden, sondern auch auf Annahmen über die Nutzergruppe und ihre Wohnanforderungen und Wohnwünsche angewiesen. Dies gilt im besonderen Maße für den sozialen Wohnungsbau. Gerade Architekten und Stadtplaner haben seit Beginn des Reformwohnungsbaus die Formulierung solcher Idealvorstellungen als eine ihrer vornehmsten Aufgaben verstanden. Von Beginn an war sozialer Wohnungsbau weit mehr als nur ein Notprogramm zur Beseitigung von Wohnungsmangel, sondern immer schon geprägt von sozialreformerischen, sogar pädagogischen Ansprüchen. So hat fraglos der Reformwohnungsbaus der 20er Jahre erheblich dazu beigetragen, die uns heute geläufige Form des modernen Familienwohnens

erfolgreich durchzusetzen.⁴ Dieses geläufige »idealtypische Bild des Wohnens« ist charakterisiert:⁵

- in der personellen Zusammensetzung durch das Zusammenleben der Zwei-Generationen-Kleinfamilie
- in der funktionalen Organisation durch die Trennung von Wohnen und Arbeiten. Die Wohnung ist gedacht als Ort der Entspannung, der Erholung und des Konsums, des Rückzugs ins Private, mit Ausnahme der Hausarbeit, die in der Küche ihren rationalisierten, häufig aber nur schlecht ausgestatteten und belichteten Ort hat
- durch die strikte soziale und rechtliche Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit, also durch das Gegenüber von räumlich abgeschlossener, rechtlich geschützter Wohnung einerseits und dem öffentlichen Bereich jenseits der Wohnungstür andererseits.

Bei aller Unschärfe hat dieser Idealtypus des Wohnens in der Vergangenheit Wohnungspolitik und Wohnungsprogramme beherrscht und sich in Förderrichtlinien des sozialen Wohnungsbaus und in Wohnungsbaunormen niedergeschlagen. Er ist in Millionen von Sozialwohnungen realisiert worden und in über 60 Jahren sozialen Wohnungsbaus weithin konstant geblieben. Den heftig ausschlagenden Pendelschlägen der städtischen Leitbilder des sozialen Wohnungsbaus nach dem Kriege steht diese Konstanz des Wohnmodells gegenüber.⁶ Es hat in den Großsiedlungen seine klarste und vollständigste Formulierung gefunden. Will man dies in den Großsiedlungen fixierte Bild des idealen Haushalts einer neuen Stadt plastisch skizzieren, so gelangt man zu folgendem Ergebnis:

Die idealtypische Familie besteht aus dem berufstätigen Ehemann mit stabilem mittlerem Einkommen und festem Arbeitsplatz, der Ehefrau, die zwar zuständig für Haushalt und Kinder ist, aber auch in wohnungsnahen Betrieben zumindest halbtags berufstätig sein kann, und zwei bis drei Kindern, die je nach Bedarf und Alter in Kindergärten, Kindertagesstätten, Gesamtschulen, Jugendzentren usw. ganztägig betreut werden können. Die Wohnung selbst soll der Familie den von äußeren Anforder-

⁴ Vgl. A. von Saldern, Entstehungsbedingungen der Neubauviertel in den 20er Jahren, in: U. Herlyn / A. von Saldern / W. Tessin, Die Großsiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich, Frankfurt / New York 1987, S. 67 f., außerdem kritisch G. Stahl, Von der Hauswirtschaft zum Haushalt und wie man vom Haus zur Wohnung kommt, in: *Neue Gesellschaft für Bildende Kunst* (Hrsg.), Wem gehört die Welt – Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik, Berlin 1977, S. 87–108.

⁵ Vgl. W. Siebel, Wohnen und Familie, in: R. Nave-Herz / M. Markefka (Hrsg.), Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band I: Familienforschung, Neuwied 1989.

⁶ Vgl. zur Entwicklung und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder in der Bundesrepublik H. Berndt, Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern, Stuttgart 1968; W. Durth, Verschwiegene Geschichte, Probleme der Kontinuität in der Stadtplanung 1940–1960, in: Die alte Stadt 14 (1987) und G. Köhler / B. Schäfers, Leitbilder der Stadtentwicklung in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 15. Nov. 1986.

rungen ungestörten Rückzug ins Private erlauben, die einzelnen Familienmitglieder, insbesondere die Frau, von zusätzlicher Arbeit entlasten, damit hinreichend Zeit für Erholung und Entspannung und Kräfte für Kultur, Sport oder politisches Engagement frei bleiben. Beitragen sollen dazu moderner Wohnungskomfort von der Zentralheizung bis zum Müllschlucker, kurze und schnelle Wege vom U-Bahn- oder Autobahnanschluß über Tiefgarage und Fahrstuhl in die Wohnung, ein pflegeleichtes Wohnumfeld, ein breites privates und öffentliches Angebot an Versorgungseinrichtungen vom Supermarkt bis zum Gesamtschulzentrum, von der Kindertagesstätte bis zum Bürgerhaus, und schließlich die engbegrenzten Mieterrechte und -pflichten bezüglich Unterhaltung und Gestaltung der eigenen Wohnumgebung.

Der positive Kern dieses stark idealisierten Wohnmodells in den Großsiedlungen hat zum Ziel, das Wohnen von überflüssiger Arbeit zu befreien, so Gelegenheit für individuell und gesellschaftlich gewichtige Tätigkeiten in Beruf, Kultur, Freizeit und Politik zu schaffen und schließlich Schutz und Intimität zu gewähren.⁷

Dieses Wohnmodell konnte sich im Einklang wähen mit den in den 60er Jahren sich abzeichnenden gesellschaftlichen Entwicklungen, mit einer Gesellschaft der Vollbeschäftigung, des immer leistungsfähigeren Wohlfahrtsstaats, der steten Ausweitung des Massenkonsums und der bürgerlichen Kernfamilie, die sich nahezu vollständig über den Markt versorgt und auf ein breites staatliches Infrastrukturangebot zurückgreifen kann und deshalb auf kleinräumige soziale Netze der Nachbarschaft, Verwandtschaft usw. nicht mehr angewiesen ist. Die Planer konnten nicht nur annehmen, daß sie auf der Höhe der Zeit waren, sondern mehr noch, daß sie ihrer Zeit voraus waren und eine Realutopie gebaut hatten.⁸

Diesem Anspruch steht die Realität des Scheiterns gegenüber, im dreifachen Sinne:

... hinter den eigenen Ansprüchen zurückgefallen

Nur selten haben die gebauten Großsiedlungen dem oben skizzierten Idealbild entsprochen. Anspruch und Wirklichkeit klafften auseinander. Wurden auch Grundrisse und Ausstattung der Wohnung häufig als enorme Verbesserung empfunden, so gaben steigende Mieten, unzureichender Lärmschutz, unwirtliches Wohnumfeld, lieblos er-

⁷ Ein Aspekt, der in der gängigen Kritik an den Großsiedlungen gern unterschlagen wird. Als typisches Beispiel einer solchen Kritik, die diese positiven Momente nicht erkennen und deshalb auch die ambivalente Bewertung der Siedlungen durch die Bewohner selbst gar nicht erklären kann, vgl. R. Gronemeyer, Neubausiedlungen – Bausteine der Versorgungskultur, in: R. Gronemeyer / H.-E. Bahr (Hrsg.), Nachbarschaft im Neubaublock, Weinheim und Basel 1977, S. 43 f.

⁸ Vgl. die ähnliche Argumentation bei F. Schmoll, Das Image der Großsiedlungen. Thesen zum allmählichen Aufstieg und rapiden Verfall eines funktionalistischen Leitbildes, in: H. Harms / D. Schubert / B. Tornow / M. Ferner, Zukunft der Großsiedlungen. Bestand, Probleme, Perspektiven. Ein Tagungsbericht, Technische Universität Hamburg-Harburg, 1988, S. 8–24.

richtete Kinderspielplätze, fehlende Teilzeitarbeitsplätze für Frauen, nur mangelhaft auf die Ansprüche und Wünsche von Kindern und Jugendlichen ausgerichtete Freizeitinfrasturktur sowie unzureichende und zu späte Ausstattung mit öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen oft genug Anlaß für Kritik und Protest.

... zentrale Wohnanforderungen verfehlt

Der Anspruch des Wohnungsmodells ging schon damals an sehr wichtigen Wohnanforderungen von Familien vorbei. Dies gilt zum einen für den zugrundegelegten Familientypus, zum anderen für die Bedeutung, die der Arbeit in der Familie schon immer zukam:

Die Planung war auf einen Familienhaushalt zugeschnitten, der schon damals eher die Ausnahme war: Der Normalfall war und ist, daß die Ehefrau phasenweise als Hausfrau die Kinder hütete und die Kinder einen großen Teil des Tages zuhause verbrachten. Nie war die Schlafstadt wirklich Schlafstadt, sondern immer auch Arbeitsplatz für die Frauen, Spielplatz für die Kinder und zumindest auch Besuchsort für Großväter und -mütter. Schlichte Sachverhalte, denen das Wohnmodell im programmatischen Überschwung so gar nicht Rechnung trug und auf die Wohnung und Wohnumfeld der Siedlungen auch nicht eingerichtet waren.⁹

Ähnliches gilt für die Rolle der Arbeit in den Haushalten. Auch sie sollte möglichst auf ein Minimum reduziert werden. So sind denn in den Großsiedlungen die Möglichkeiten, sich Wohnung und Wohnumfeld »produktiv anzueignen«, in voller Absicht verbannt worden: kein Garten und keine Wohnumgebung, die man sich nach eigenen Wünschen gestalten kann, kein Platz in der Wohnung oder in Gemeinschaftsräumen, die ausreichend Platz für Eigenarbeit bieten. Schließlich schieben Hausordnung und Mietvertrag Wünschen, die Wohnumgebung nach eigenen Vorstellungen umzugestalten, erfolgreich einen Riegel vor. Von großen Teilen der Haushalte sind solche Möglichkeiten jedoch immer schon schmerzhaft vermißt worden.

... und von der gesellschaftlichen Entwicklung überholt

Die Annahmen, die für das Wohnmodell über die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung zugrundegelegt wurden, haben sich teilweise als falsch herausgestellt. Um dies an zwei dieser Annahmen deutlich zu machen:

– Der Familienhaushalt mit Kindern ist nicht die dominante Haushaltsform geblieben. Zu beobachten ist eine wachsende Vielfalt von Haushaltstypen. Der Familienhaushalt ist nur noch eine sich verringernde Haushaltsform unter anderen. In der

⁹ Diese Kritikpunkte sind in aller Schärfe vor allen Dingen von der feministischen Architekturkritik vorgebracht worden, vgl. zuletzt die Beiträge in *K. Dörhofer / U. Terlinden* (Hrsg.), *Verbaute Räume*, Köln 1987.

Bundesrepublik betrug er 1982 32%. In den Großstädten, den Standorten der Großsiedlungen, dürfte die Zahl erheblich niedriger liegen. Demgegenüber ist die der kleinen Haushalte bekanntlich ständig gewachsen. Z. B. sind in Bremen 70% der Haushalte Ein- bis Zwei-Personenhaushalte, in Stockholm sind es schon 90%. Dahinter verbergen sich bekanntlich sehr unterschiedliche Haushaltsformen: die wachsende Zahl alter Menschen, deren Anteil infolge Geburtenrückgang und wachsender Lebenserwartung ständig steigt, junge Menschen, die früher als zuvor das Elternhaus verlassen, die sog. »Neuen Haushaltstypen« wie Wohngemeinschaften, unverheiratet Zusammenlebende oder »Singles« sowie eine wachsende Zahl von Alleinerziehenden als Folge steigender Scheidungsraten. Diese Haushalte stellen durchweg sehr unterschiedliche Anforderungen an Standort, Zuschnitt und Ausstattung der Wohnungen sowie an die Qualität der stadtteilbezogenen Infrastruktur. So ist für die »Neuen Haushaltstypen« der Wohnstandort der Großsiedlungen unattraktiv, während sie gegen die Hochhausbebauung wenig einzuwenden hätten, stünde sie nur im Stadtkern, denn bevorzugt werden zentrale Lagen.¹⁰ Auch für Alleinerziehende wären andere Standorte und andere Wohnbedingungen, in denen lokale soziale Netze leichter in Anspruch genommen werden könnten, günstiger.

– Dauerhafte Vollbeschäftigung hat sich als Illusion erwiesen. Die Arbeitszeitstrukturen haben sich vielmehr außerordentlich gewandelt. Zum einen wächst die Zahl der Haushalte mit Dauerarbeitslosen, zum anderen verändern sich auch die Arbeitszeitstrukturen bei denjenigen, die über einen Arbeitsplatz verfügen, durch Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitflexibilisierung, vorgezogenen Ruhestand, zunehmende Schicht- und Wochenendarbeit, durch wachsende Bedeutung der Weiterbildung usw. Damit steigt aber auch die Zahl derer, die mehr Zeit außerhalb der beruflichen Arbeit zur Verfügung haben und für die zumindest potentiell der Wohnbereich als Aufenthaltsort an Bedeutung zunimmt. Insbesondere für Dauerarbeitslose sowie für alte Menschen, Vorruheständler usw., die allein schon aus ökonomischen Gründen weniger mobil sind, wird der Wohnbereich wichtiger. Aber dafür, daß sich erwachsene Menschen über längere Zeiträume in der Wohnung und im Wohnumfeld der Großsiedlungen aufhalten, sind diese Siedlungen nie geplant worden, etwa im Unterschied zum Kleinsiedlungsbau.

2. Das Planungsverfahren

Den Großsiedlungen lagen sehr ausgeprägte Vorstellungen über das richtige Leben in der modernen Großstadt einer prosperierenden Gesellschaft zugrunde, und diese Vorstellungen haben sich zumindest teilweise als falsch erwiesen. Sieverts hat die Großsiedlungen und die neuen Städte als die bisher letzten »heroischen Versuche« gekenn-

¹⁰ Vgl. *E. Spiegel*, *Neue Haushaltstypen*, Frankfurt / New York 1986.

zeichnet, »die Ganzheitlichkeit des Alltags in einer nicht nur funktionell, sondern auch kulturell ganzheitlich gesehenen städtischen Umwelt zu beheimaten und abzubilden«. ¹¹ Als die Helden, d. h. als die entscheidenden Akteure dürfen sich dabei die beteiligten Stadtplaner, Oberbürgermeister, Bauräte, Baufirmen sowie vor allen Dingen die großen Wohnungsbaugesellschaften verstehen. Man kann es auch anders formulieren: Der Bau der Großsiedlungen, die großmaßstäblichen Stadterweiterungen waren die letzte großstädtische Planungs- und Bauaufgabe, deren Bewältigung, d. h. Zielformulierung, Programmierung und Durchführung beinahe ausschließlich den professionell damit Befassten zufiel. Sie wurde im Kern als eine fachlich zu definierende und zu bewältigende Aufgabe nicht nur von den Beteiligten, sondern auch von der Öffentlichkeit und den späteren Bewohnern begriffen.

Entscheidend jedoch ist nun, daß zu jener Zeit, als diese Idealvorstellungen der Planer vom zukünftigen Nutzer und seiner Wohnumwelt in neue Städte und neue Großsiedlungen umgesetzt wurden, funktionierende Korrekturmechanismen fehlten, die diese Vorstellungen hätten bestätigen oder kritisieren können: Weder gab es den ökonomischen Korrekturmechanismus des Marktes, noch den politischen Mechanismus einer demokratischen Planungsbeteiligung. Hinzu kommt, daß man von der endgültigen Tauglichkeit der Planungskonzepte so überzeugt war, daß die gefundenen städtebaulichen und bautechnischen Lösungen eine nachträgliche planerische Korrektur nie vorsahen und heute außerordentlich erschweren.

... keine Korrektur durch den Wohnungsmarkt

Die Großsiedlungen waren Antwort auf den extremen Wohnungsmangel der Nachkriegszeit, bedingt durch Kriegszerstörung und Flüchtlingszustrom, später in den 60er Jahren vor allem durch das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum der Ballungsräume und die Tertiärisierung der Innenstädte. ¹² Jede neugebaute Wohnung, welchem Leitbild auch immer folgend, wurde den Wohnungsbaugesellschaften aus den Händen gerissen, bzw. sie wurde den Nachfragern zugeteilt. Von Wahlfreiheit der Konsumenten, von einem funktionierenden Wohnungsmarkt konnte überhaupt keine Rede sein. Trotzdem waren, wie die Umfragen aus dieser Zeit zeigen, fast alle Abnehmer einer neuen Wohnung zufrieden, denn jede neugebaute Wohnung war besser ausgestattet, größer, heller und bequemer als die alte. Im Vergleich zur vorherigen Wohnsituation brachten auch die Großsiedlungen eine ungeheure Verbesserung. Dies

¹¹ Vgl. *T. Sieverts*, Die »Neuen Städte« als Experimentierfeld der Moderne, in: *Die alte Stadt* 14 (1987), S. 55f.

¹² Zu den Entstehungsbedingungen der Großsiedlungen vgl. *K. Heil*, Neue Wohnquartiere am Stadtrand, in: *W. Pehnt* (Hrsg.), *Die Stadt in der Bundesrepublik. Lebensbedingungen, Aufgaben, Planung*, Stuttgart 1974, S. 181–200, und *W. Tessin*, Die Entstehungsbedingungen der Großsiedlungen, in: *U. Herlyn u. a.* (s. A 4), S. 75f.

bedeutet aber auch, daß jedes städtebauliche Leitbild sich durch diese Wohnzufriedenheit bestätigt sehen konnte. ¹³

Zwar kann aktuell angesichts der langen Warteschlangen vor den Wohnungsämtern, der überproportional ansteigenden Wohnungsmieten insbesondere in den Ballungsräumen, der Probleme bei der Wohnungsversorgung von Aussiedlern und dem in der Volkszählung festgestellten Fehlbestand von 1 Mio. Wohnungen keineswegs von einem funktionierenden Wohnungsmarkt gesprochen werden, eher von einer »zweiten neuen Wohnungsnot« in diesem Jahrzehnt. Aber dennoch dürfte die heutige Versorgungssituation mit der der 50er und 60er Jahre nicht zu vergleichen sein. Die kurze Phase der Entspannung auf einigen regionalen Wohnungsmärkten Mitte der 80er Jahre, die sich in großen Wohnungsleerständen und in stagnierenden Mietpreisen insbesondere in strukturschwachen Agglomerationen spiegelte und den Anstoß zu den Nachbesserungsstrategien in den Großsiedlungen gab, hatte zum ersten Mal, wenn auch nur für kurze Zeit, auch den »breiten Schichten des Volkes«, für die der soziale Wohnungsbau gedacht war, Wahlmöglichkeiten eröffnet. ¹⁴ Nach der Modernisierung des Altbaubestandes in den 70er und 80er Jahren waren gutausgestattete, besser gelegene Wohnungen zum gleichen Preis auf dem freien Markt oder in den älteren Sozialwohnungsbeständen verfügbar. Das Konzept der Großsiedlungen war zum ersten Mal ernsthaft auf dem Prüfstand, und die Bewohner, die entscheiden konnten, hatten es für zu »leicht« befunden. Die großen Leerstände vor 2 bis 3 Jahren waren dafür genauso ein Beleg, wie die neuen Marketing-Strategien vieler Wohnungsbaugesellschaften, die mit beträchtlichem Aufwand und neuen Methoden um Mieter werben mußten.

... keine Korrektur durch Planungsbeteiligung

Zum Zeitpunkt der Entstehung der Großsiedlungen gab es noch keine »Beteiligungskultur« in der öffentlichen Planung, wie sie heute praktisch jede größere kommunale Planungsaufgabe prägt. Sie hat sich erst in den letzten 15 bis 20 Jahren herausgebildet. So war dann auch bei der Planung und dem Bau von Großsiedlungen zu keiner Zeit und an keiner Stelle ein Einspruch oder Einfluß derjenigen vorgesehen oder gar gewünscht, für die geplant wurde. Im Gegenteil, die Entwicklung im sozialen Wohnungsbau hat eher zu immer bewohnerferneren Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen geführt:

¹³ Zu den methodischen Problemen von Zufriedenheitserhebungen, die solche widersprüchlichen Befunde erklären vgl. *R. Gronemeyer*, ... denn sie wissen nicht, was sie wollen, in: *R. Gronemeyer / H.-E. Bahr* (s. A 7), S. 189 und *W. Siebel*, Überlegungen zum bedürfnisgerechten Planen, in: *V. Roscher* (Hrsg.), *Wohnen. Beiträge zur Planung, Politik und Ökonomie eines alltäglichen Lebensbereiches*, Hamburg 1983, S. 181f.

¹⁴ Vgl. *J. Jessen*, Großsiedlungen in schrumpfenden Stadtregionen, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 26 (1987), S. 52–67.

- die Wohnungswirtschaft ist zu immer größeren, teilweise bundesweit agierenden Einheiten (Stichwort: Neue Heimat) zentralisiert. Wohnungsverwaltung und Unternehmensentscheidungen erfolgten immer weiter von der Mieterschaft entfernt. Andere Formen planerischer, sozialer und ökonomischer Einflußnahme der Nutzer auf den Wohnungsbau und die Wohnungsverwaltung, wie sie in den Wohnungsbaugenossenschaften in den 20er Jahren noch teilweise lebendig waren, haben nach dem Kriege quantitativ kaum Gewicht erlangen können.¹⁵
- die Wohnungsbaufinanzierung ist ebenfalls zentralisiert, der soziale Wohnungsbau immer stärker verrechtlicht und normiert worden. Das hat den Planungs- und Entscheidungsablauf zunehmend bürokratisiert und den kommunalen Planungsspielraum eingeschränkt und damit auch die Möglichkeiten, zu individuellen, auf die lokale Situation zugeschnittenen Lösungen zu gelangen.¹⁶

Daß es keine Bürgerbeteiligung gegeben hat, bedeutet keineswegs, es wären bei der Planung und dem Bau der Großsiedlungen nicht erhebliche Interessensgegensätze und handfeste Konflikte zwischen den Beteiligten, also zwischen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, den Kommunen, den beteiligten Fachplanern, der Bauwirtschaft usw. aufgetreten. Die vorliegenden Einzelfallstudien zur Entstehungsgeschichte von Großsiedlungen belegen das Gegenteil.¹⁷ So sehr auch jede Trabantenstadt ihre eigene Geschichte haben mag und mal dem Bürgermeister, mal dem Stadtbaurat, mal der Wohnungsbaugesellschaft oder einer wie auch immer zusammengesetzten Projektgruppe die zentrale Rolle zugefallen sein mag, in jedem Fall handelte es sich um Auseinandersetzungen und Machtverschiebungen innerhalb der Produzentenseite, also unter den beteiligten Fachleuten.

Ein Teil dieser Auseinandersetzungen wurde über das richtige städtebauliche Leitbild geführt, sogar sehr heftig. Aber auch das war weithin ein innerfachlicher Streit zwischen Planerschulen, Planergenerationen und planungsbezogenen Disziplinen. Zwar reflektieren die Wechsel von Leitbildern Reaktionen auf eine sich verändernde

¹⁵ Vgl. hierzu vor allem K. Novy, Genossenschaftsbewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnungsreform, Berlin 1983.

¹⁶ Vgl. zum Bedeutungsverlust der Kommunen und damit u. a. auch der charismatischen Planungspersönlichkeiten U. Herlyn (s. A 4), S. 37f.

¹⁷ Vgl. die Einzelfallstudien von S. Einsiedel, Idee, Anspruch und Wirklichkeit – Die Nordwest-Stadt in Frankfurt/Main, in: Stadtbauwelt 63 (1979); G. Fehl, Die Legende vom Stadtbaukünstler – Stadtgestalt und Planungsprozeß der Gropius-Stadt in Berlin, in: Stadtbauwelt 63 (1979); T. Dierich, Das überschätzte Leitbild. Zum Stellenwert städtebaulicher Zielsetzungen im Großsiedlungsbau, in: U. Herlyn u. a. (s. A 4); E. Kratzsch, Über das Entstehen einer großstädtischen Wohnsiedlung. TAP-Text 28. Institut für Architektur- und Planungstheorie, Universität Hannover 1987. Vgl. des weiteren die Einzelfallberichte von S. Stracke, Bonn-Tannenbruch-Buschdorf. Planung und Realisierung eines neuen Stadtteils, in: Stadtbauwelt 38 (1973), H. Stumme, Planung einer Trabantenstadt. Beispiel: Darmstadt-Kranichstein, in: Stadtbauwelt 50 (1976).

Umwelt in einer sich rapide entwickelnden Industriegesellschaft. Ganz gewiß ist etwa das Leitbild der »autogerechten Stadt« nur erklärlich aus der Erfahrung der rasanten Motorisierung, zunächst in den USA, später bei uns. Aber man wird kaum sagen können, daß das Leitbild »Urbanität durch Dichte« oder auch irgendein anderes aus jener Zeit durch Interessensartikulation der Wohnungssuchenden entstanden wäre bzw. deren Forderungen entsprochen hätte, im Gegensatz etwa zu dem heutigen Leitbild der »behutsamen Stadterneuerung« oder den Forderungen nach Verkehrsberuhigung in Wohngebieten.¹⁸

Inzwischen hat sich eine vielfältige Praxis der Bürgerbeteiligung in der öffentlichen Planung herausgebildet. Sie ist in den rechtlichen Instrumentarien etabliert und teilweise schon zur Routine erstarrt. Sie erstreckt sich auf so scheinbar entlegene Fachplanungen wie die Müllentsorgung oder Abwasserbeseitigung und beschränkt sich keineswegs nur auf solche Aufgaben wie die Stadterneuerung, in denen die Bewohner häufig unmittelbar von Planungsmaßnahmen betroffen waren und wo die Planungsbeteiligung eine ihrer historischen Wurzeln hat. Im Wohnungsbau reicht sie von den Experimenten bei der Nutzerbeteiligung in der Planung über die Gründung neuer Wohnungsbaugenossenschaften bis hin zu – hier sicher am wichtigsten – einer wachsamem, organisations- und artikulationsfähigen, zugleich oft fachkompetenten Öffentlichkeit, die weit davon entfernt ist, Sachzwangargumente, die mit fachplanerischer Autorität vorgetragen werden, vorbehaltlos zu akzeptieren. Solche wohnungswirtschaftlichen, stadtökonomischen, planungstechnischen Argumente, häufig durch gewaltige Zahlengebäude untermauert, haben bekanntlich bei der Begründung des

¹⁸ Diese »Wurzellosigkeit« der Leitbilddiskussion hat sicher einen ihrer Gründe in der Tatsache, daß es immer auch ein Kampf unter Planern um Auftragsmärkte und Prestige war, bei den in der Tat beträchtlichen Bauvolumina durchaus verständlich. Diese sehr unmittelbaren Interessen dürften wiederum dafür verantwortlich gewesen sein, daß – wie schon vielfach beobachtet worden ist – sich die städtebaulichen Leitbilder immer dichter an die damals dominanten ökonomischen Interessen der Bauwirtschaft und der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft anschmiegten«, nämlich große Stückzahlen in industrieller Fertigung auf grüner Wiese zu realisieren. Allerdings wäre es sicher weit zu kurz gegriffen, etwa das Leitbild »Urbanität durch Dichte« als nur notdürftig kaschierte Kapitulation der Planerprofession vor übermächtig gewordenen ökonomischen Interessen zu interpretieren. Ganz gewiß erfolgte seine Formulierung und Diskussion auf innerfachlichen Kriterien. Es drückte sich in der Dimensionierung, in der Standortwahl, in der baulichen Großform und in der Großzügigkeit der Erschließungsanlagen und Infrastruktureinrichtungen auch die gestalterische Absicht aus, sich erkennbar vom als provinziell, eng und architektonisch anspruchslos empfundenen Nachkriegswohnungsbau abzusetzen und Anschluß zum internationalen Stil zu finden. Vgl. zum Leitbildschwenk zusammenfassend W. Tessin, Die Entstehung der Großsiedlungen (s. A 12), S. 86f. Die Großsiedlungen nach dem Leitbild »Urbanität durch Dichte« waren auch als anspruchsvolle architektonische Antwort auf den Städtebau der 50er Jahre gedacht. Aber es zeichnete diese Antwort nicht nur aus, daß sie ihre Überzeugungskraft vor allem aus der Vogelperspektive auf das Modell im Maßstab 1:1000 entfaltet, sondern daß die Merkmale, in denen sich diese Siedlungen mit dem vollzogenen Maßstabsprung gerade von vorherigen Planungsvorstellungen unterschieden, weit von den Kriterien entfernt waren, in denen die Bewohner ihre Wohnsituation bewerteten.

Leitbildes »Urbanität durch Dichte« durchaus eine große Rolle gespielt.¹⁹ In diesem Sinne waren es anspruchsvolle Steuerungskonzepte, die zugleich hohe Plausibilität beanspruchen konnten. Um einige der damals vorgetragenen Argumente in Stichworten zu nennen:

- Der hohe Bodenpreis erzwingt bauliche Verdichtung, um so insgesamt die Wohnbaukosten zu senken;
- hohe Verdichtung sei effektiv nur in hochgeschossiger Bauweise realisierbar;
- nur hochgeschossige Bauweise bei hoher Dichte führe zu flächensparenden Lösungen und verhindere die Zersiedlung der Landschaft, wie sie bei dem ungesteuerten Bau von Einfamilienhaus-Gebieten zu beklagen sei;
- industrielle Baufertigung, insbesondere die Montagebauweise führe zu preiswerteren Wohnungen, und zwar um so effektiver, je höher gebaut werde;
- die Konzentration von Wohnungen an den Stationen des öffentlichen Nahverkehrs führe zu einer effektiven Auslastung dieser Systeme und könne nachhaltig zur Verminderung des Individualverkehrs beitragen;

Aus zahlreichen Untersuchungen und Erfahrungen wissen alle inzwischen, daß diese plausiblen Zusammenhänge in Wahrheit keineswegs so simpel sind, sondern teilweise falsch, teilweise halbrichtig oder ergänzungsbedürftig. Keinesfalls reichen sie aus, um darauf ein Konzept städtischen Lebens zu gründen. So ist vielfach gezeigt worden, daß bei einer Bebauung von mehr als drei bis vier Geschossen die Flächenersparnis allenfalls bescheiden ist und die industrielle Fertigung keineswegs so durchschlagend zur Senkung der Wohnkosten beigetragen hat, wie es postuliert wurde. Es darf die These gewagt werden, daß diese in Zahlen gekleideten »Mythen« wohl kaum hätten bestehen können, wenn es damals eine Beteiligung gegeben hätte, wie wir sie heute kennen. Dabei ist nicht einmal entscheidend, daß durch stärkeren öffentlichen Druck viele dieser Annahmen sorgfältiger hätten geprüft werden müssen und so möglicherweise noch rechtzeitig als Irrtümer erkannt worden wären. Wichtiger ist wohl noch, daß viele dieser planungstechnischen, wohnungsökologischen und gestalterischen Argumente weit oberhalb der Ebene formuliert sind, auf der Bewohner ihre Wohnanforderungen, ihre Wohnvorstellungen formulieren und ihre Wohnung und ihr Wohnumfeld bewerten.

In diesem Argument schwingt die schlichte Behauptung mit: »Mit Bürgerbeteiligung wäre das nicht passiert!« Keineswegs soll gesagt werden, die »Laisierung« von Planung durch Partizipation bedeute von vornherein bessere Entscheidungen und schütze vor Fehlentscheidungen. Sie führt aber auch keineswegs automatisch zu laienhafter Planung, sondern sie zwingt zu sorgfältigerer Begründung der Konzepte und zur Einbringung von Alternativen. Unter einem solchen Begründungszwang wäre

¹⁹ Vgl. *W. Tessin* (s. A 12).

dem Leitbild »Urbanität durch Dichte« wahrscheinlich nicht so durchschlagender Erfolg beschieden gewesen.

... und nachträgliche Korrektur schwierig

Heute hinterlassen viele Nachbesserungsstrategien in den Großsiedlungen, insbesondere in den »spektakulären Einzelfällen« oft den Eindruck des von vornherein Ausichtslosen. Einigkeit besteht weitgehend darüber, daß die Sanierung dieser Siedlungen die größten Probleme aufwerfe. Demgegenüber seien Nachbesserungsstrategien in den Siedlungen der 50er Jahre vergleichsweise einfach und ließen größeren planerischen Spielraum. Woran liegt das? Denn beide Siedlungsformen unterliegen ja dem oben kritisierten eindimensionalen Modell modernen Wohnens, beide sind ebenfalls Produkte ausschließlich professionell »inspirierter« Planung. Die Unterschiede sind in dieser Hinsicht allenfalls gradueller Art. An den Großsiedlungen ist häufig kritisiert worden, sie seien Produkte »aus der Retorte«, die nicht die gewachsene Struktur früherer Stadterweiterungen aufwiesen und in denen die »Geschichte stillgelegt«, Weiterentwicklung und Anpassung nicht vorgesehen und nicht gewünscht gewesen seien.²⁰ Letzteres dürfte die Großsiedlungen von den Stadterweiterungen des 19. Jahrhunderts keineswegs unterscheiden. Auch die Gründerzeitviertel waren Städte aus der Retorte. Fraglos ließen auch sie in den ersten Jahren nach ihrer Errichtung, als die Bepflanzung noch spärlich war, die Stuckfassaden sich noch wie ein Ei dem andern gleichen, die Aura der Aneignung und des Alterns durch alltägliche Benutzung vermissen. Der entscheidende Punkt, der hier angesprochen ist, ist ein anderer. Gerade die Großsiedlungen der »Urbanität durch Dichte« lassen aufgrund des dezentralen Standorts, der Baudichte, der verwandten Bautechniken, der Gestaltung des Wohnumfeldes u. a. nachträgliche Veränderungen für neue Nutzungen, neue Bewohnergruppen und neue Wohnbedürfnisse nur schwer zu, sehr viel schwerer als die meisten Siedlungen der Gründerzeit oder der 50er Jahre, die dem Leitbild der »aufgelockerten und gegliederten Stadt« folgten. Genau hier haben sie ihre zentrale Schwäche:

- Die Umgestaltung des Wohnumfeldes, etwa als teilweise Privatisierung durch Einrichtung von Mietergärten, wie es jetzt in vielen Siedlungen der Nachkriegszeit geschieht, ist außerordentlich schwierig wegen der geringen verfügbaren Fläche in Relation zur Anzahl der Wohneinheiten. Wegen des oft schlechten Zuschnitts und des hohen Versiegelungsgrades der Freiflächen sind solche Strategien in diesen Siedlungen nur begrenzt aussichtsreich und engen das Repertoire möglicher Umgestaltungsformen stark ein.²¹

²⁰ Vgl. *T. Sieverts* (s. A 11).

²¹ Vgl. *J. Jessen / W. Siebel*, Wohnen und informelle Arbeit. Konzepte zur Förderung, ILS-Schriften 19, Dortmund 1989.

- Der nachträgliche Umbau der Wohnungen ist leichter, wenn Wohnungswände nicht aus Beton sind, sondern aus Mauerwerk, wenn überhaupt die Montageverfahren und die gewählten Baumaterialien nachträglichen Umbau und Reparaturen vorsehen, was – wie heute leidvolle Erfahrungen bei bautechnischen Sanierungsmaßnahmen zeigen – häufig nicht der Fall ist.²²
- die nachträgliche Umgestaltung von unterausgelasteten Sammelstellplatzanlagen ist leichter und erfolgversprechender als ein entsprechender Umbau von Tiefgaragen, Parkpaletten oder Hochgaragen.

Diese Reihe ließe sich fortsetzen. Auf die Großsiedlungen selbst hat ein Planungsverständnis durchgeschlagen, das den möglichen Irrtum, die Notwendigkeit nachträglicher Korrektur sich nicht hat vorstellen können. Nicht die falschen Prognosen, nicht die verfehlten Kalkulationen und nicht die scheinbar rationale Begründung der Konzepte sind den Planern anzulasten, sondern das zu Stein gewordene Selbstverständnis der Unfehlbarkeit. Die gegenwärtigen beträchtlichen Probleme bei der Umgestaltung von Großsiedlungen machen auf einen Bewertungsmaßstab von Planung aufmerksam, der bislang häufig vernachlässigt worden ist, nämlich inwieweit die Lösungsvorschläge nach der Realisierung noch offen bleiben für Veränderungen, deren Richtung und Qualität zum Zeitpunkt der Planung noch gar nicht bekannt sind. Das würde für die Planung mehr verlangen als technische Flexibilität, als das Unterbreiten von Alternativen oder eine möglichst intensive Planungsbeteiligung. Hierzu müßte ein »prinzipieller Irrtumsvorbehalt«, die prinzipielle Revidierbarkeit der Planung berücksichtigt werden oder – etwas pathetisch formuliert – ein eingebauter Selbstzweifel einfließen.²³

Es ließe sich einwenden, dies überfordere Stadtplanung unzulässig und gehe gerade an der besonderen Aufgabe von Stadtplanung, langfristig wirksame Investitionen vorzubereiten, und an der Erfahrung vorbei, daß einmal geschaffene städtische Strukturen in ihrem Grundmuster überdauern. Aber so wenig in der Praxis der Bürgerbeteiligung das Ideal demokratischer Planung tatsächlich erreicht wird, so sehr bleibt es als Maßstab in Geltung. Ähnliches ließe sich auch für das Planungskriterium des »eingebauten Selbstzweifels« sagen. So wenig die gebauten Ergebnisse räumlicher Planung gänzlich ungeschehen gemacht werden können, so sehr lassen sich Planungen danach bewerten, ob und inwieweit sie späterhin revidierbar sind. Damit sei nicht gesagt, Nachbesserungsstrategien in Großsiedlungen seien von vornherein aussichtslos. Es macht aber deutlich, warum Schwierigkeiten, die sich dem Planer bei der Umgestaltung

²² Vgl. O. Gibbins, Gestalterische und bautechnische Nachbesserung von Großsiedlungen, in: Die Stadt, 11/1985, S. 43 ff.

²³ Vgl. dazu grundsätzlich und ausführlich B. Guggenberger, Das Menschenrecht auf Irrtum, Frankfurt 1987.

dieses Wohnungsbestandes stellen, jenen in nichts nachstehen, vor denen die Planer der Großsiedlungen selbst gestanden haben.

Fazit

Die Großsiedlungen waren die letzte städtebauliche Aufgabe der Kommunen, die noch von festen Annahmen über die zukünftige Entwicklung der modernen Gesellschaft und des städtischen Lebens ausgingen. Diesen hier skizzierten Annahmen entsprach das in den Großsiedlungen realisierte Wohnungsmodell.

Das Wohnmodell in den Großsiedlungen ist allerdings nur unvollständig realisiert worden, auch deckte es sich nicht vollständig mit den zentralen Anforderungen, die auch schon damals moderne Familien an ihren Wohnbereich stellten, und schließlich wurde es seit Beginn der 70er Jahre zunehmend aufgrund nicht vorhersehbarer gesellschaftlicher Entwicklungen ausgehöhlt. Damit ist aber auch die Vorstellung eines eindeutigen, geschlossenen, allgemein gültigen Wohnmodells obsolet. Die Wohnanforderungen der Haushalte differenzieren sich aus, entsprechend verbieten sich seither für den Wohnungsbau geschlossene Wohnmodelle. Dies ist besonders zu betonen, da derzeit die Gefahr besteht, daß angesichts von Wohnungsmangel und Zeitknappheit massiv geförderter Wohnungsneubau den alten, überholten, jedoch schnell verfügbaren und vermeintlich billigeren Schnittmustern folgt.

Die Großsiedlungen waren des weiteren die letzte große städtebauliche Aufgabe der Kommunen, deren Bewältigung ausschließlich Sache von Fachleuten sein konnte und als solche auch tatsächlich durchgeführt worden ist. Die professionellen städtebaulichen Leitbilder konnten sich verselbständigen, weil sie weder vom Markt noch durch eine Beteiligung der Bewohner an den Planungsprozessen eine Korrektur erfuhren. Die Politisierung der kommunalen Planung, die Ausbildung einer Kultur der Planungsbeteiligung, die sich inzwischen auf alle öffentlichen Planungsaufgaben erstreckt und teilweise auch rechtlich verankert ist, ist erst im Laufe der 70er Jahre entstanden und hat die Bedingungen für die Planung und Durchführung von Großprojekten verändert. Dies mag man vorteilhaft finden oder eher nachteilig, es wird kein Weg zurück in die Unschuld der Fachplanung geben, die ausschließlich ihren eigenen Maßstäben unterworfen ist.

Das Scheitern der Großsiedlungen belegt die Notwendigkeit eines Bewertungsmaßstabs für räumliche Planung, das unter den Bedingungen von wirtschaftlichem Wachstum und ungebrochenem technologischen Fortschritt nicht hatte gedeihen können, das aber nach den Erfahrungen der Umweltzerstörung, der Risiken des Einsatzes von Großtechnologien und der Dauerarbeitslosigkeit immer unabweisbarer wird: die prinzipielle Revidierbarkeit, die Offenheit für durchgreifende nachträgliche Korrektur auch von nicht absehbaren Folgen.

Wolfgang Sittel-Czypionka

Stadtplanung im Zeichen des Baumarktes

1. Rückblick – 2. Probleme – 3. Ziele – 4. Handlungskonzepte

Gesteuerte Privatinitiative statt Denkmalschutz, so hieß im Jahr 1980 das Motto eines Planungsauftrags, der sich mit dem »Gestaltungswildwuchs« in privat veräußerten Reihenhausquartieren der ehemaligen Reichswerke-Hermann-Göring im heutigen Salzgitter befaßte. Als Planungsergebnis skizzierten die Architekten V. Petersen / M. C. Reinelt / W. Kless (Berlin), wie der eskalierende Bauwille der neuen Hausbesitzer in halbwegs harmonische Gestaltungskonzepte eingegliedert werden könne.

Zugleich war mit diesen Gestaltungsvorschlägen für die auftraggebende Stadt Salzgitter ein Impuls gegeben, sich umfassend mit der planungsrechtlichen Sicherung des privatinitiierten Stadtumbaus zu befassen. Gleichwohl für diese Bestandsüberplanung die Säumnisse der Vergangenheit eine Vielzahl politischer und fachlicher Fixpunkte gesetzt hatten, konnte aber dennoch ein der Situation angepaßter Handlungsrahmen entwickelt werden. Welche Rolle dabei der von den Baumärkten geprägte Heimwerkersinn spielen kann, zeigt der hier beschriebene Entwicklungstrend des Kleinsiedlungsbestandes in Salzgitter.¹

1. Rückblick

Die Ursprünge der Kleinsiedlungen gehen auf die Gründungsgeschichte Salzgitters zurück. Um qualifizierte Arbeitskräfte für den Bergbau und die Eisenerzverhüttung zu gewinnen, wurden seit 1937 am Rande bestehender Ortschaften Gemeinschaftssiedlungen erschlossen. Dabei handelte es sich unter anderem um ein- bis eineinhalbgeschossige Reihen- und Doppelhäuser, die von damals bekannten Architekten, wie W. Kirchner, H. Rimpl oder F. Rechenberger nach den Richtlinien der Reichsheimstättensiedlung geplant wurden.²

Für die städtebauliche Qualität dieser Kleinhaus-Siedlungen war bezeichnend, daß man Quartiere in Form der Nachbarschaft (neighbourhood-union) bildete, eine klare Baukörperanordnung mit harmonischer Fassadenabwicklung wählte und das Sattel-

¹ Für Anregungen zu diesem Thema danke ich Dr.-Ing. H. E. Gruber (Baudezernent) und Dr.-Ing. O. Treude (Stadtplanungsamtsleiter) aus Salzgitter.

² C. Schneider, Stadtgründungen im Dritten Reich – Wolfsburg und Salzgitter, 1979.

dach als unverwechselbares Gestaltungselement mit kleinen Gauben ausbildete. Zudem wurde der Wohnraum mit ca. 60 m² pro Wohneinheit für damalige Verhältnisse nicht gerade knapp bemessen. Und jedes Haus erhielt einen 200–250 m² großen Nutzgarten für die Selbstversorgung.



Restbestand der wenig veränderten Kleinhaus-Siedlungen

Von dieser auch heute wieder ansprechenden »ökologischen« Gestaltungsidee sind derzeit allerdings nur noch Fragmente sichtbar. Denn: In den sechziger Jahren verkaufte die Rechtsnachfolgerin des Wohnungsbauträgers der Reichswerke (Salzgitter Wohnungs AG) die Siedlerhäuser an die Mieter. Und die günstigen Übernahmebedingungen ermöglichten vielen, sich alsbald die lange gehegten Aus- und Umbauwünsche in Eigenarbeit zu erfüllen. Dabei entstanden baurechtlich weitgehend ungesicherte Dachaufbauten, straßenseitige Windfänge, gartenseitige Anbauten sowie Stellplätze in den schmalen Vorgärten.

Das Ergebnis dieser unkoordinierten Bautätigkeit ist eine bisher unbekannt Form-, Farb- und Materialvielfalt, die nicht nur die städtebauliche Einheit der Siedlerhäuser zerrissen hat, sondern verschiedentlich auch zu baurechtlichen Streitigkeiten zwischen Nachbarn, Bauherren und Baugenehmigungsbehörde geführt haben. Unausweichlich stand schließlich zur Diskussion, in welchen Bahnen sich die künftige städtebauliche Entwicklung der Siedlerquartiere weiterhin vollziehen sollte.



Zerstörte Vorgärten und überdimensionierte Dachaufbauten als Zeugen unkoordinierter Bautätigkeit

Daß die planerischen Überlegungen für die weitere Entwicklung der Kleinsiedlungsgebiete nicht in den Hintergrund verdrängt werden konnten, wird allein schon an dem in Abbildung 1 dokumentierten Bestand der rund 1700 Häuser deutlich. Die sich hinter dieser Zahl verbergenden sozialpolitischen und städtebaulichen Probleme verlangen auch heute noch von den Akteuren des kommunalpolitischen Systems lang anhaltenden Atem.

2. Probleme

Der geordneten städtebaulichen Entwicklung stehen in Salzgitters Kleinsiedlungsgebieten durchweg fünf Faktoren entgegen:

1. Selbständiges Planen und Bauen;
2. nicht abgestimmte Baukörpergestaltung;
3. Beeinträchtigung des Ortsbildes;
4. fehlende Unterbringungsmöglichkeiten für den zunehmenden ruhenden Verkehr;
5. enge materiell-rechtliche Grenzen bei der Genehmigung der vielfältigen Aus- und Umbauwünsche.

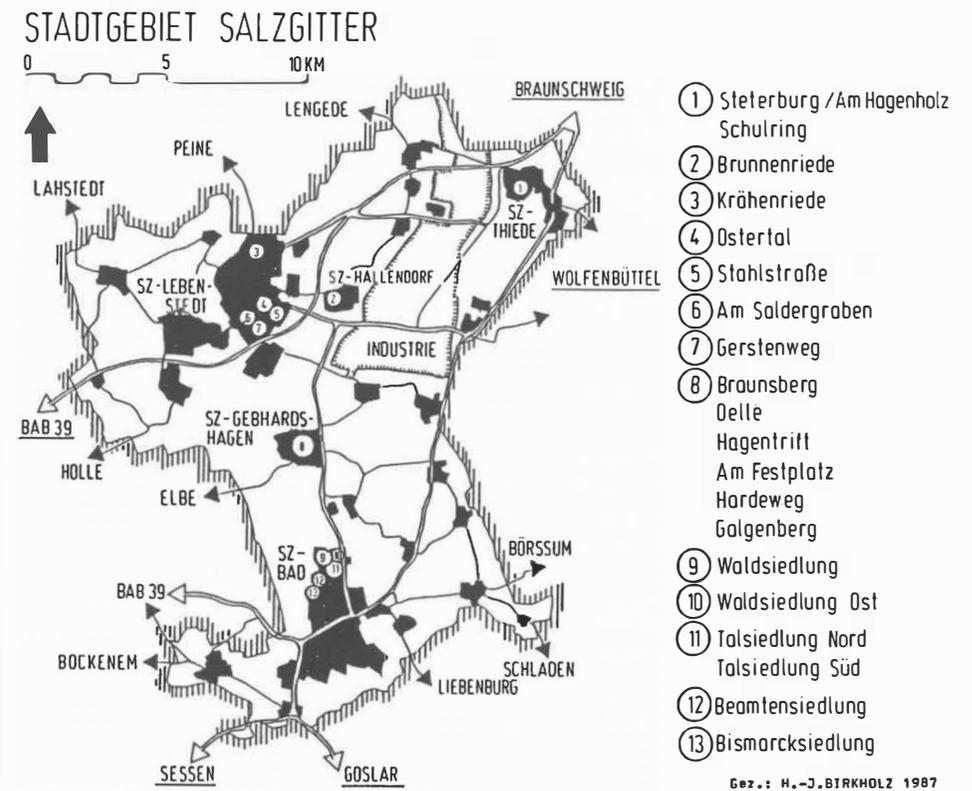


Abb. 1 Kleinhaus-Siedlungen in Salzgitter

Im einzelnen sind dabei folgende Problemzusammenhänge maßgebend:

Das Bauen in Selbsthilfe verstärkt den Trend zur Verwendung vielfältiger Farben, Materialien und Formen, weil:

- das Bedürfnis nach Selbstdarstellung durch eine breite Angebotspalette der Baumärkte oft keine Grenzen mehr findet;
- aus Kostengründen auf das geschulte Auge des Fachmanns verzichtet wird.

Die Baukörpergestaltung wird bei Hauserweiterungen der eingeschossigen Reihen- und Doppelhäuser zum Problem, weil:

- der Ausbau regelmäßig überdimensionierte Dachaufbauten mit sich bringt;
- der Anbau an die bestehenden Baukörper gestalterisches und bautechnisches Geschick erfordert.

Das Ortsbild wird durch vielfältige bauliche Aktivitäten beeinträchtigt, weil:

- die Unterbringung des ruhenden Verkehrs entweder Parkflächen im ungegliederten Straßenraum fordert oder die prägenden Vorgärten dem Stellplatzbedarf geopfert werden;
- die unterschiedlichen Veränderungen an den Baukörpern sowie die ungehemmte Farb- und Materialvielfalt das harmonische Erscheinungsbild der Siedlungseinheiten verzerren.

Der ruhende Verkehr kann häufig nur provisorisch bewältigt werden, weil:

- die Straßenquerschnitte auf den hohen Motorisierungsgrad teilweise nicht abgestimmt sind;
- die kleinteiligen und vor allem schmalen Grundstückszuschnitte für die Errichtung von Garagen oder Stellplätzen oft unzuweckmäßig sind.

Die Vorhabenzulassung stößt in der Regel an baurechtliche Grenzen, weil:

- im unbeplanten Innenbereich sich die Vorhaben bauplanungsrechtlich nicht »einfügen« (§ 34 BauGB);
- bauordnungsrechtliche Abstandsvorschriften (z. B. §§ 7–7b NBauO) eingehalten werden müssen;
- nachbarschützende Regeln bei Grenzbebauung (z. B. § 8 NBauO) beachtet werden müssen;
- die notwendigen Einstellplätze bei Änderungen an den Häusern zwar nachträglich gefordert werden können (z. B. § 47 i. V. m. § 99 Abs. 3 NBauO), aber dem Bauherrn ein Nachweis auf seinem Grundstück kaum möglich ist.

Diese breite Problempalette legte es nahe, über den Regelablauf des Bebauungsplanprozesses hinauszugehen und in Form einer Rahmenplanung³ eine maßnahmenbezogene Situationsanalyse durchzuführen. Gleichwohl eine solche informelle Planung auch nicht unmittelbar auf der Habenseite des stadtplanerischen Erfolgs erscheint, so bietet sie doch Sicherheit bei der Abwicklung des Bebauungsplanes. Und dies vor allem dann, wenn die vorgeschaltete Planungsstufe als Chance für eine problemadäquate Zielformulierung genutzt wird.

3. Ziele

Daß Bestandsüberplanungen stets einen mehrdimensionalen Problemzugang erfordern, wird in dem vorgestellten Beispiel auch an der Komplexität der Zielbezüge deutlich. Das in Abbildung 2 gezeigte Zielsystem gliedert sich in unterschiedliche Zielbereiche, die gemeinsam zur geordneten städtebaulichen Entwicklung in den

³ W. Sittel-Czypionka, Städtebauliche Rahmenplanung für Kleinhaus-Siedlungen in Salzgitter, 1987.

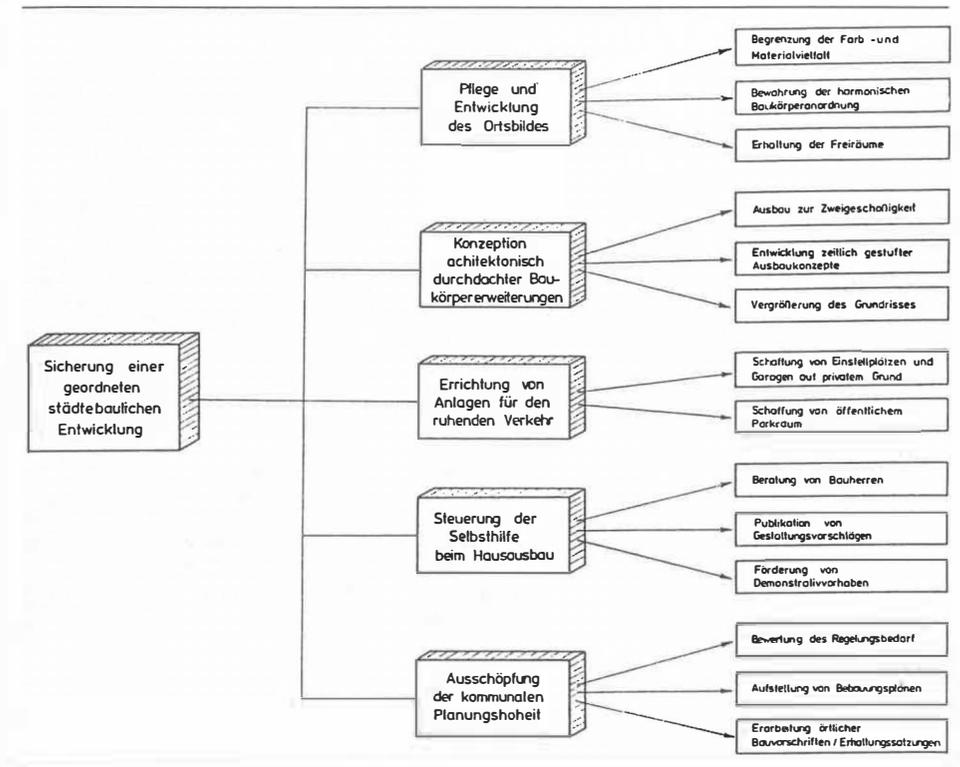


Abb. 2 Städtebauliches Zielsystem für die Entwicklung von Kleinhaus-Siedlungen

Kleinsiedlungen beitragen sollen. In diesem Zielbündel sind folgende Leitideen vertreten:

1. Zur Pflege und Entwicklung des Ortsbildes müssen Maßnahmen überlegt werden, die das architektonische und landschaftliche Gefüge der Quartiere erhalten.
2. Die Konzeption von architektonisch durchdachten Baukörpererweiterungen soll den unterschiedlichen Interessen der Eigentümer gerecht werden, ohne dabei die Gestalt der Siedlung zu zerstören. Für die Hauserweiterungen ist ein Grundkonzept zu entwerfen, das in Abhängigkeit des Bauwillens und des verfügbaren Baugeldes Umbaumaßnahmen zuläßt.
3. Die Errichtung von Anlagen für den ruhenden Verkehr soll grundsätzlich auf den Baugrundstücken erfolgen, wenn die örtliche Situation das erlaubt. Andernfalls sind öffentliche Parkraumkonzepte zu entwickeln.
4. Die Steuerung der Selbsthilfe beim Hausausbau versteht sich als eine Hilfestellung für die Bauherren. Sie kann seitens der Gemeinde durch Bauberatung, Broschüren und Auszeichnung fortschrittlicher oder gelungener Baumaßnahmen erfolgen.

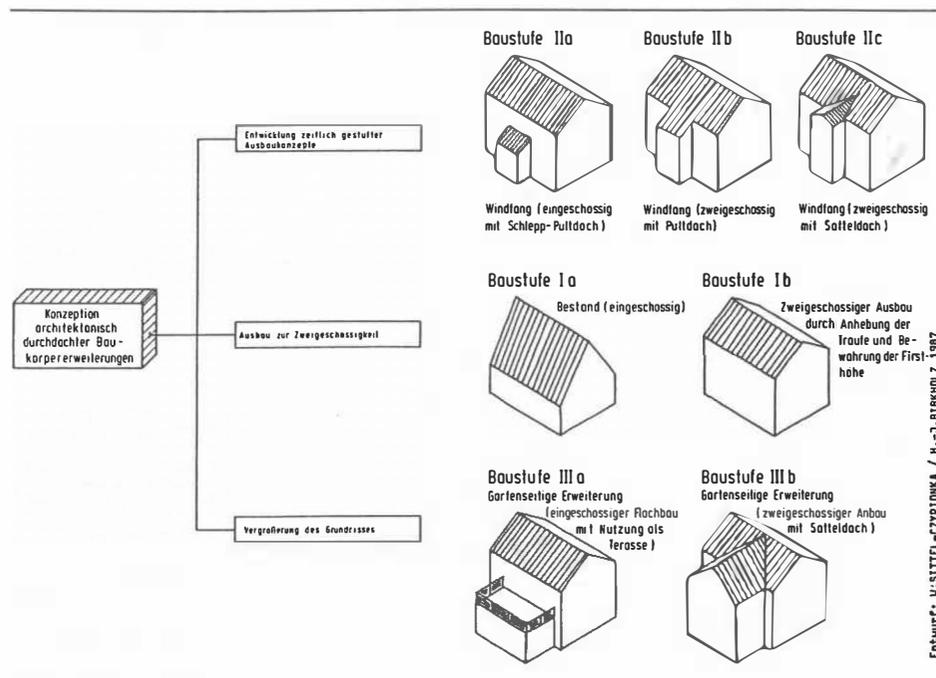


Abb. 3 Handlungskonzept für Baukörpererweiterungen

5. Und was in diesem Zielsystem die kommunale Planungshoheit anbelangt, so ist – abgesehen von dem wohl unstrittigen Planungserfordernis (§ 1 Abs. 3 BauGB) – anzuerkennen, daß die vielbeschworene lokale Identität nicht durch den gesetzlichen Planersatz (§ 34 BauGB) bewahrt werden kann. Vielmehr sind hier differenzierte Steuerungsansätze mit Hilfe von Bebauungsplänen, Gestaltungs- oder Erhaltungssatzungen erforderlich. Das setzt allerdings ein konzeptgeleitetes »Abarbeiten« der aufgezeigten Probleme voraus.

4. Handlungskonzepte

Um bei der Überplanung des Bestandes überhaupt zielführend vorgehen zu können, erscheint zunächst eine Loslösung von Detailfragen unabdingbar. Das ist in Salzburg durch die Entwicklung abstrahierender Handlungskonzepte geschehen. Bezogen auf die unterschiedlichen Zielbereiche der Quartiersentwicklung geben die jeweils speziell erarbeiteten Handlungskonzepte Auskunft über Möglichkeiten und Grenzen der bauleitplanerischen Einflußnahme. Zwei Beispiele dafür zeigen die folgenden Abbildungen.



Die ersten Ergebnisse des systematisierten und planungsrechtlich abgesicherten Stadtumbaus der Kleinsiedlungen

Das in Abbildung 3 gezeigte Handlungskonzept für Baukörpererweiterungen kommt dem gewachsenen Veränderungsdruck in den Kleinhaus-Siedlungen nach und erkennt an, daß die geänderten Wohnbedürfnisse auch Raum für eine »ausbauende Weiterentwicklung« der Kleinsiedlungsgebiete haben müssen.⁴ Dabei sind sowohl die Belange der Ortsbildgestaltung als auch die vielfältigen Bauwünsche der Eigentümer unter Beachtung des Nachbarschutzes zu berücksichtigen.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, kann die Problemlösung nicht an architektonischen Details ansetzen, sondern muß ein Leitbild für die Aus- und Umbaumaßnahmen entwerfen. Richtungsweisend ist dies in der gezeigten Prinzipskizze angedeutet. Sie beruht auf Überlegungen eines Baukastenprinzips, bei dem auch die Bedürfnisse der weniger betuchten Kleinhaus-Siedlungsbesitzer zum Tragen kommen. In Abhängigkeit von Bauwunsch und Baugeld lassen sich damit die Grundrisse erweitern und Aufstockungen durchführen. Als endgültiges Ziel wird eine Anhebung der Traufe mit straßenseitigem Windfang und gartenseitigem Erweiterungsbau angestrebt, um überdimensionierte Dachaufbauten zu vermeiden.

Damit die Baukörper harmonischer als gegenwärtig ausgebildet werden, sind

⁴ O. Treude, Stadtplanung in Salzburg in: Städteforum – Ausgabe Salzburg, 2. Folge 1985, S. 18 ff.

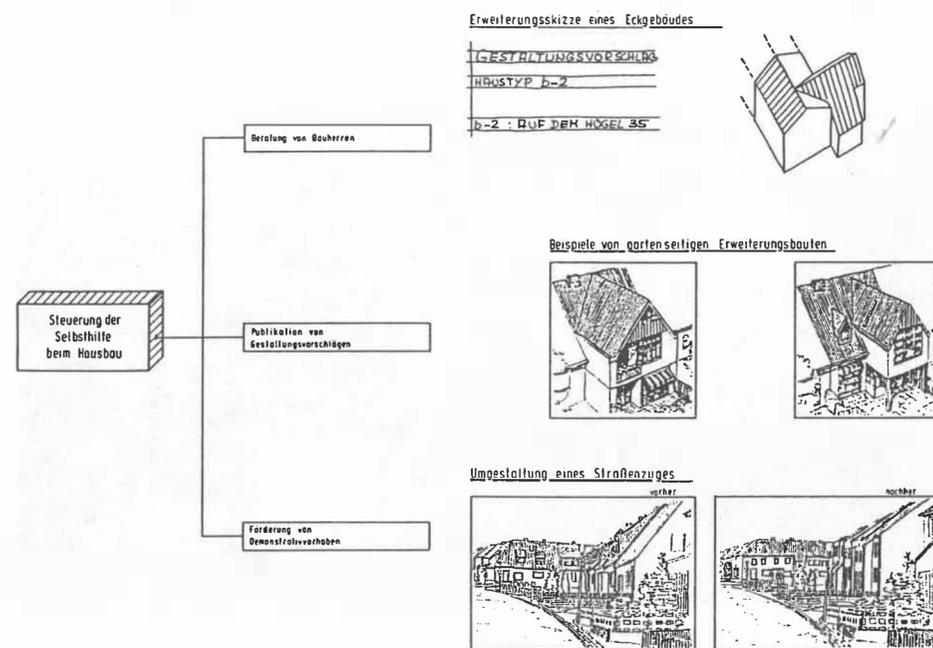


Abb. 4 Handlungskonzept zur Steuerung der Selbsthilfe

grundsätzlich nur Sattel- und Schlepddächer vorgesehen. Eine Ausnahme bildet die eingeschossige gartenseitige Erweiterung: Aus Kosten- und Zweckmäßigkeitsüberlegungen sollte hier ein Flachdach mit Terrassennutzung möglich sein. Dadurch lassen sich spätere Aufstockungen auch preisgünstig realisieren.

Durch die skizzierten Ausbaumodelle kann die ursprüngliche Bruttogeschosßfläche der Reihen- und Doppelhäuser in der Regel verdoppelt – oder in Einzelfällen sogar verdreifacht – werden. Die dann durchschnittlich vorhandene Hausgröße von 120 bis 150 m² Wohnfläche ist durchaus zeitgemäß und wird auch jüngeren Familien gerecht. Somit führt der bereits angelaufene demographische Verjüngungsprozeß in den Quartieren nicht gleich wieder zu Engpässen.

Begleitend zu diesem Ausbauprogramm ist das Problem Selbsthilfe mit Mitteln preiswerter Baustoffangebote zu lösen. Selbstredend sind hier der bauleitplanerischen Einflußnahme Grenzen gesetzt. Gleiches gilt für das zwar auch erarbeitete – aber nur bedingt wirksame – Regelungsprogramm für Gestaltungsvorschriften. Möglicherweise liegen die Erfolge hier eher im Bereich des informellen Verwaltungshandelns.

Die prinzipiellen Ansätze dafür skizziert das in Abbildung 4 gezeigte Handlungskonzept zur Steuerung der Selbsthilfe.⁵

Die städtebauliche Relevanz von Steuerungsansätzen für die Selbsthilfe beim Bauen wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß in der Bundesrepublik der Eigenheimbau zu 25% durch Selbsthilfe getragen wird. Diese Zahl läßt nicht nur Rückschlüsse auf das Einflußpotential zu, sondern zeigt auch, wie eng die Hausbesitzer mit ihrem Eigentum verbunden sind. Das wiederum macht den Einfluß auf das Bauen problematisch. Die Steuerung der Selbsthilfe wird bei Aus- und Umbaumaßnahmen deshalb verschiedene Wege gleichzeitig beschreiten müssen. Für die Stadt Salzgitter kommt hier vor allem die noch stärker zu betreibende kostenlose Bauberaterung in Frage. Mit der Sachkompetenz des Bauordnungsamtes kann im direkten Kontakt mit dem Bauherrn am ehesten Verständnis für Form, Material und Farbe erzielt werden. Dazu kann als stützendes Instrument die Publikation von Gestaltungsvorschlägen dienen und helfen, die zeit- und personalaufwendigen Gespräche zu verkürzen.

Darüber hinausgehend sei letztlich noch die Frage aufgeworfen, ob sich die Städte und Gemeinden nicht ohnehin auch außerhalb der gesetzlichen Städtebauförderung verstärkt engagieren müßten. Denn die Förderung der viel beklagten Baukultur bedarf wohl gerade in der alltäglichen Problembewältigung ein gerüttelt Maß an ideeller und materieller Unterstützung. Speziell in Salzgitter könnten sich kommunalgeförderte Demonstrativvorhaben zielführend auf den privatinitiierten Stadtumbau in den Kleinhaus-Siedlungen auswirken. Möglicherweise wäre das auch beispielgebend für ähnliche Problemstellungen in anderen Gemeinden der Bundesrepublik.

⁵ M. Wünschmann / H.-J. Birkholz, Vorentwurf und Gestaltungsvorschläge für die Bebauungsplanung Talsiedlung, Stadtplanungsamt Salzgitter 1987 (Baukörper- und Straßenzugskizzen), V. Petersen / M. C. Reinelt / W. Kless u. a., Planungskonzept »Opperkamp« – Vorstudie zum Bebauungsplan »Swindonstraße«, i.A.d. Stadt Salzgitter 1979.

Volker Roscher

Hamburg – der Hafen, die Wirtschaft ... und?

Gedanken zu sozialen und ökonomischen Strukturveränderungen in der Stadt und im Bundesgebiet – anlässlich der Feiern zum 800. Hafengeburtstag

Sie waren mehr als eine Million, als sie zum Geburtstagswochenende vor dem 7. Mai (offizieller Geburtstag) über die Würstchenbudenstadt bei den Landungsbrücken herfielen. Das Nordufer der Elbe war kaum noch zu erreichen. Es wird so weitergehen, denn in diesem Jahr feiert man mit vielerlei »Highlights« nicht nur ein Wochenende, sondern ein ganzes Jahr lang Geburtstag. Die 800 Jahre, die es her sein soll, daß Friedrich »Barbarossa« den Freibrief unterschrieb, der exklusive Hafen- und Schifffahrtsrechte auf der Elbe geben sollte, waren für die Feiern ohne jeden Belang. Unterschrieben hatte der Kaiser ohnehin nie, das hatten die Hamburger 40 Jahre nach dessen Unterlassung dann auch eigenhändig für ihn besorgt. Und da der 750. Geburtstag vor 50 Jahren (1939) gefeiert worden war, brauchte man von damals einfach weiterzuzählen. Was zählt, sind – für Stadtwerber und Tourismusmanager – ohnehin nicht genaue Datierungen (die Stadt ist knapp 400 Jahre älter), sondern Stadt-Image für das Investitionsklima einerseits und Tourismuszahlen andererseits; und beides scheint augenblicklich zu stimmen.

Der Hafen, die Produktion und die Stadtwirtschaft waren einst innig miteinander verbunden, jedoch haben beträchtliche Veränderungen in der Sozial- und Wirtschaftsstruktur des Stadtstaates Wirkungen gezeitigt. Das sieht die Millio-nenschar der »Geburtstagsgäste« vom Nordufer der Elbe aus wohl kaum, und auch ein Blick auf die Erfolgsszahlen der Wirtschaftsbehörde hilft nur wenig, denn »Hamburgs Wirtschaft boomt«,¹ so der regionalen Tagespresse der letzten Wochen zu entnehmen. Doch noch vor etwa zweieinhalb Jahren war alles ganz anders, da warf die Opposition im Wahlkampf der Regierungspartei

¹ *Hamburger Abendblatt*, 18. 5. 1989.

in Hamburg vor, durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik den wirtschaftlichen Niedergang des Stadtstaates herbeigeführt zu haben. Neu war die Argumentation nicht, denn bereits vor fünf Jahren hatte die Opposition im Bundesland Nordrhein-Westfalen dieselbige benutzt. Sie zeigte auf den Süden der Republik, der mit wachsender Wirtschaft und vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquoten glänzen konnte. Man konstatierte ein ökonomisches Süd-Nord-Gefälle. Die Stadtforscher-Professoren Häußermann und Siebel überlegten auf einer Fachtagung der Hamburgischen Architektenkammer im Juni 1986 schon Strategien zum »Überwintern« der schrumpfenden Städte und Regionen.²

Hamburg – oder das Kunststück vom gleichzeitigen Wachsen und Schrumpfen

Noch 1980 hat Hamburg eine niedrigere Arbeitslosenrate als der Bundesdurchschnitt. Jedoch, als nach starkem Anstieg des Durchschnitts sowie auch Hamburgs die Rate für die BRD (ca. 9%) ab 1983 zu sinken beginnt, steigt die Hamburgs bis 1987 weiterhin steil an, um den Durchschnitt um etwa die Hälfte zu über-treffen (13,5%), beginnt erst seitdem wieder zu sinken, und erreicht gegenwärtig etwa 11%. Verloren gingen Arbeitsplätze – von 1970 bis 1987 – vornehmlich in zwei Bereichen, dem produzie-renden Gewerbe (–121 600) und im Bereich Handel und Verkehr (–60 800).³ Die Brutto-wertschöpfung stieg jedoch in demselben Zeit-

² *Dies.*, *Krise der Stadtentwicklung? Tendenzen der Stadtentwicklung und Optionen der Kommunalpolitik*, in: *HAK (Hrsg.)*, Hamburg in den 90er Jahren, Hamburg 1986.

³ Vgl. *Handelskammerbericht (Hk)* 1988, S. 171.

raum im produzierenden Gewerbe um beinahe das Doppelte an (von 15,6 auf (1984) 28,2 Mrd. DM) und im Bereich Handel und Verkehr um mehr als das Zweieinhalbfache (von 9,8 auf (1984) 24,9 Mrd. DM).⁴ Der tertiäre Sektor in Hamburg nahm lediglich unter dem Bundes-durchschnitt zu. Der viel beschworene Dienst-leistungssektor »dümpelte« vor sich hin, und die wirtschaftliche Prosperität hatte sich von der Be-schäftigungssituation abgekoppelt; kurz gesagt, die Wirtschaft wuchs und der Arbeitsmarkt schrumpfte. Wie konnte das geschehen?

Nord-Süd-Kontraste

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die wirt-schaftsfreundlichste Situation in der Amerikani-schen Zone anzutreffen. Siemens zog von Berlin nach München, IBM (ehemals DEHOMAG) nach Stuttgart und Großbanken, allen voran die Deutsche Bank, nach Frankfurt/M.⁵ Bis dato gal-ten die Regionen Bayerns und Baden-Württem-bergs eher als unterindustrialisiert und benach-teiligt. Das im Westen verbliebene große Indu-striezentrum war an Rhein und Ruhr, wo Mas-sengutproduktion und Großanlagenbau vorherr-schend waren. Wirtschaftsstrukturell galt Nord-rhein-Westfalen mit seiner Stahl- und Kohlepro-duktion bis Anfang der 60er Jahre als begünstigt. Dieses änderte sich jedoch mit dem Abschluß der wirtschaftlichen Rekonstruktionsphase der Bun-desrepublik.

Zur selben Zeit machte die Entwicklung des Südens schnelle Fortschritte, denn die unterindus-trialisierten Länder forcierten eine beispiellose Modernisierungspolitik. Dabei bildeten die Rüs-tungsaufträge einen wesentlichen Schwerpunkt der Entwicklung. Die Hochtechnologie-Rüstung der NATO half dann weitere Entwicklungen zu beflügeln. Die »vier umsatzstärksten Lieferanten von Kriegsgeräten« haben ihren Sitz im Bereich Augsburg-München: Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) (1983 ca. 37 000 Beschäftigte), Motoren- und Turbinen-Union (MTU) (ca.

⁴ Ebda.

⁵ *H. Häußermann / W. Siebel*, *Champagner und leere Gläser oder: Die Polarisierung der großen Städte*, in: *dies.*, *Neue Urbanität, Frank-furt/M.* 1987, S. 69.

12 000 Beschäftigte), Krauß-Maffei (ca. 4600 Beschäftigte) und schließlich Siemens (mit den meisten Beschäftigten in Westeuropa).⁶

Ganz anders als der Süden war Hamburg schon industrialisiert, als es durch den Zollan-schluß an das Deutsche Reich (1888) einen wei-teren bedeutenden Schub zur Industrialisierung erhielt; es war stark schiffbauorientiert und hatte bereits einen relativ starken Dienstleistungssektor ausgebildet. Nach den Eingemeindungen (Großhamburg-Gesetz 1937) der ehemals selb-ständigen preußischen Städte Altona, Wandsbek und Harburg/Wilhelmsburg kamen Maschinenbau-, Nahrungs- und Genußmittel- sowie grund-stoffverarbeitende Industrien hinzu. Und nach dem Zweiten Weltkrieg konnten Seehafen, Indu-strie und Dienstleistungssektor noch weiter aus-gebaut werden.⁷

Suburbanisierung

Während München den zahlenmäßigen Stand der Bevölkerung noch etwa halten konnte, nimmt die Einwohnerzahl der meisten Städte der BRD deutlich ab. Die Bevölkerung, das ist ein wesentliches Faktum – besonders die jüngere, beruflich aufstrebende mit kleinen Kindern –, zog ins städtische Umland, um im Grünen zu wohnen.⁸ Durchschnittlich waren in den Städten der BRD seit 1970 Bevölkerungsrückgänge von ca. 11% zu beobachten. Hamburg verlor zwi-schen 1970 und 1984 etwa 200 000 Einwohner, sein nördliches Umland gewann etwa 116 000

⁶ Ebda., S. 71.

⁷ *J. Dangschat / Th. Krüger*, *Hamburg im Süd-Nord-Gefälle*, in: *J. Friedrichs / H. Häußermann / W. Siebel (Hrsg.)*, *Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik?*, Opladen 1986, S. 189f.

⁸ Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß diese »Wohnwünsche« nicht immer ganz freiwillig entstehen, denn oftmals stehen auch »veränderte Rahmenbedingungen des Wohnungsmarktes und Zwänge verschiedener Art wie z. B. Mieterhöhungen oder Kündigungen« da-hinter, so *J. Bähr / P. Gans*, *Bevölkerungsveränderungen und Migrationsmuster in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland seit 1970*, in: *J. Friedrichs (Hrsg.)*, *Die Städte in den 80er Jahren*, Opladen 1985, S. 109.

und das südliche knapp 72 000 hinzu.⁹ Viele Betriebe, besonders die, die expandieren und prosperieren konnten, taten es dieser eher wohlhabenderen Bevölkerungsschicht gleich und zogen ebenfalls über die Stadtgrenzen an die Peripherie der Städte. Die Umlandarbeitsplätze von Hamburg nahmen von 1974 bis 1982 um 26 300 zu, die in Hamburg gleichzeitig um 53 200 ab.¹⁰ In den Städten selbst verblieben überproportional viele beruflich geringer qualifizierte Menschen mit niedrigerem Einkommen, Arbeitslose und Ältere. Wirtschaftliche Einbrüche seit Mitte der 60er Jahre setzten den Städten obendrein zu. Den Kosten für Infrastrukturerhalt und den steigenden Kosten der Soziallasten bei ebenfalls steigender Arbeitslosigkeit standen sinkende Einnahmen gegenüber. Jedoch zeigten sich starke regionale Unterschiede in den sozialen Konsequenzen.

Stellt man einmal die durchschnittliche Arbeitslosenquote von 1985 für die Städte Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Bochum, Essen, Mülheim, Oberhausen, Duisburg und Saarbrücken derjenigen von Frankfurt, Stuttgart und München gegenüber, dann ergeben sich für die ersteren 14,3% und für die letzteren 5,9%. Die Dauerarbeitslosigkeit in ersteren Städten wurde mit durchschnittlich viermal und die Jugendarbeitslosigkeit mit mehr als doppelt so hoch ermittelt.¹¹

Strukturveränderung

Untersucht man, in welchen Bereichen Arbeitsplätze verloren gingen, stellt man fest, daß dieses im wesentlichen im produzierenden Gewerbe stattfand. In den Ruhrgebietsstädten sind seit 1960 etwa die Hälfte all dieser Arbeitsplätze verloren gegangen, in Hamburg ca. 35%. Berechnet auf den Durchschnitt aller Städte der Republik handelt es sich um einen Verlust von ca. 25% der

Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe. Jedoch, diese Rechnungen sind trügerisch, suggerieren sie doch, daß es sich primär um branchenspezifische Probleme handelt, was ja auch zur häufigsten Ausdeutung der Politiker wurde (siehe oben).

Es vermag zunächst verblüffend erscheinen, denn die bisher bundesweit geschrumpften Branchen sind nicht im Norden, sondern gerade im Süden weitaus überrepräsentiert, und der gewachsene Dienstleistungssektor hat im Süden geringere Beschäftigungsanteile als in der »Mitte« und im Norden.¹² Beachtenswert ist, daß der sekundäre Sektor im Süden weniger geschrumpft und der Dienstleistungssektor stärker gewachsen ist als im Norden. Es ergeben sich also eher Entwicklungsunterschiede innerhalb derselben Branchen als andere nord-süd-spezifische Unterschiede. Der Sektor- oder Branchenbereich ist folglich nicht die entscheidende Größe, die die Entwicklung einer Region positiv beeinflussen kann. Regionalwirtschaftliche Erfolge, wie Exportanteil der regionalen Wirtschaft, Lohnkosten oder Erwerbsbeteiligung können das beschriebene Phänomen ebenfalls nicht hinreichend klären. Als wichtige Erklärung der Unterschiede innerhalb der Branchen stellt sich der Lebenszyklus der Produkte (auch als Produktreife bezeichnet) und der Produktionstechniken heraus.¹³ Das bedeutet, wird ein Produkt über längere Zeit hergestellt, dann ist davon auszugehen, daß es – im Sinne tayloristischer und fordistischer Massenproduktion¹⁴ – soweit durch Rationalisierung optimiert ist, daß es mit einem Minimum an Arbeitskräften und Produktionsaufwand hergestellt werden kann.

Die Produktreife im »neu-industrialisierten« Süden ist wesentlich geringer – wir haben oben bereits ausgeführt, daß wichtige große Werke ihren Standort dort erst nach 1945 wählten – als

im Norden. Gleichzeitig, und daher basiert die Produktion im Süden weniger auf dem tayloristischen Prinzip der Massenproduktion als eher auf flexiblen und individualisierbaren Produktions- und Distributionsmethoden der sog. »Just-in-time«-Produktion, die auch mit dem Stichwort »Fabrik der Zukunft« umschrieben wird,¹⁵ verbunden mit intensivem Forschungsanteil, den u. a. die Rüstungsproduktion beständig erzwingen hat.

Stadtökonom Dieter Läßle, von der Technischen Universität Hamburg-Harburg, spricht in diesem Zusammenhang von der notwendigen »Entwicklungs- und Innovationsdynamik einer Region«,¹⁶ die für die jeweils »regionsspezifische Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung der Branche« bestimmend ist. Ist diese nicht gegeben, weitet sich die Kluft zwischen der Zunahme der Bruttowertschöpfung einerseits und abnehmender Beschäftigung von Arbeitskräften andererseits. Damit ist ein deutlicher Hinweis auf eine wirtschaftliche Strukturänderung gegeben, die schon jetzt eine deutliche Steigerung sozialen Elends bewirkt hat.¹⁷ Die Auswirkungen dieser Strukturveränderung auf die Städte sind in Hamburg beispielhaft zu beobachten.

Hamburg-Perspektive

1. Stadträumliche Auswirkungen

Der durchschnittliche Anteil der Sozialhilfeempfänger in Hamburg ist von 3,1% für 1978 auf 7,2% gestiegen, besonders hohe Anteile sind in den Ortsamtsbereichen Süderelbe (9,6%), Wilhelmsburg (11,3%) und Billstedt (13,4%) vorzufinden. Die Stadt wendete 1986 je Einwohner 668 DM Sozialhilfe¹⁸ auf, bei einem Bundesdurchschnitt von 297 DM. Schubert zeigt z. B., daß sich die Steigerung des Gesamtbetrages der Einkünfte in Hamburg von 4% zwischen 1980 und 1983 sehr unterschiedlich in der Stadt verteilt: die eher vornehmen Stadtteile Rotherbaum (+84%), Eppendorf (+117%) und Alsterdorf (+99%) weisen starke Zuwächse auf, wohingegen die Raten in den Ortsamtsbereichen Veddel (-181%), Finkenwerder (-101%), Wilhelmsburg und Süderelbe (-30%) negative Werte aufweisen.¹⁹

2. Wohnen im Wandel der Strukturumwälzung

In großen Teilen der inneren Stadt sind die Wohnungen saniert oder modernisiert worden oder im Begriff dies zu werden. In diesem Zuge erfolgten auch stets Wohnumfeldverbesserungen. Die betreffenden Gebiete liegen meist günstig zur inneren Stadt und sind überwiegend von dem unteren Einkommensdrittel der Bevölkerung bewohnt. Gerade dieser Teil der Bevölkerung ist es, der stark von der angestiegenen Arbeitslosigkeit betroffen ist. Verschärfend kommt hinzu, daß viele dieser Wohnungen aus der Mietpreisbindung gefallen sind oder demnächst fallen. Es macht sich nun gerade hier besonders bemerkbar, daß die sozialen Nachfolger der ehemals –

⁹ J. Dangschat / Th. Krüger (s. A 7), S. 192.

¹⁰ Ebda., S. 202.

¹¹ H. Häußermann / W. Siebel, Polariserte Stadtentwicklung. Ökonomische Restrukturierung und industrielle Lebensweisen, in: W. Prigge (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen, Basel / Boston 1987, S. 83.

¹² M. Sinz, Nord-Süd-Kontraste in der Stadtentwicklung, in: Stadtbauwelt 98, S. 1000.

¹³ Ebda.

¹⁴ Vgl. V. Roscher, ... alles so schön bunt hier. Modernisierung zur Verbesserung der Arbeitsplatzqualität, in: bausubstanz 3/89, S. 10ff.

¹⁵ Vgl. V. Roscher, »Fabrik der Zukunft« in Mauern der Vergangenheit, in: bausubstanz 7/88, S. 6 ff.

¹⁶ D. Läßle, Probleme einer regionalen Technologie- und Innovationspolitik, unveröff. Vortragsmanuskript; Dieter Läßle sei hiermit Dank gesagt für die freundliche Überlassung des Manuskriptes, welches viele Anregungen geben konnte.

¹⁷ Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hannover) sah bereits »die sich aus dem Grundgesetz ergebende Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Herstellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen ... angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der Struktur von Gesellschaft und Wirtschaft« gefährdet und gab aus dem Grunde 1986 die Schrift »Anforderungen an die Raumordnung für die Bundesrepublik Deutschland« heraus.

¹⁸ 1987 betrug die Gesamtaufwendung für Sozialhilfe in Hamburg knapp 1,3 Mrd. DM bei einem Haushalt von knapp 13 Mrd. DM; vgl. Handelskammerbericht (s. A 3), S. 25.

¹⁹ Daten nach D. Schubert, Hamburg 2000. Zwischen segregierter Armut und Yuppie-Stadt. Ein stadträumliches Szenario, in: J. Brech (Hrsg.), Neue Wohnformen in Europa. Berichte des 4. internationalen Wohnbundeskongresses, Darmstadt 1989, S. 213.

seit den 70er Jahren – aus der Stadt ziehenden sozialen Schichten die Stadt wiederentdeckt haben und sich besonders diese innerstädtischen Gebiete als Wohnstandort suchen.²⁰ Wegen ihrer hohen Zahlungsfähigkeit »unterwandern« sie somit die (ehemaligen) Wohngebiete der unteren Einkommensgruppen der Bevölkerung.²¹ Bereits 12000 Wohnungen besitzen keine Mietpreisbindungen mehr und jährlich kommen ca. 4000 hinzu.²² Der Wohn- und Immobilienmarkt in Hamburg ist kräftig in Bewegung geraten, die Preise steigen deutlich, und als im Februar dieses Jahres die Zeitschrift *Capital* sich des boomenden Immobilienmarktes in einigen BRD-Großstädten annahm, da war auch Hamburg darunter, und hier wurden als besonders profitabel Wohnimmobilien in den genannten Sanierungs- und Modernisierungsgebieten – in denen zum größten Teil die von der Stadt neu gegründete Stadterneuerungs-GmbH (STEG) tätig werden soll – mit einer jährlichen Rendite von bis zu 29% auf das eingesetzte Eigenkapital empfohlen.²³

Mit Sanierungen, Modernisierungen und Wohnumfeldverbesserungen und »mit erheblichen Investitionen steigern die Städte ihren Wohnwert, ... mit positiven Folgen für die Anleger.«²⁴ Stadtforscher stellen gleichzeitig fest, daß es wesentlicher Effekt ist, daß die ursprünglichen Bewohner aus ihrem Gebiet vertrieben worden sind.²⁵ Ein Konzept gegen dieses Phänomen ist bisher allerdings in der Hamburger Stadtentwicklungspolitik nicht entwickelt worden. Der Oberbaudirektor wünschte sich in einem Vor-

trag für »Hamburg als Wohnstandort« ein »höheres Niveau« (ob Wohnungsqualität oder gesellschaftliche Gruppe bleibt dahingestellt).²⁶ Stadtentwicklungspolitik bezieht sich eher auf City-Erweiterung, Einkaufspassagen, Büroflächen- und Gewerbeansiedlung, für die kaum nennenswerte Auflagen an Sozial- und Umweltverträglichkeit gemacht werden. Ein Grünachsenmodell²⁷ des Umweltsenators z. B. stieß bei seinem Kollegen von der Baubranche auf völliges Unverständnis, es sei »unverantwortlich und fachlich wenig qualifiziert.«²⁸ »Wer investieren will, der kann auch bauen«, ist die Devise.²⁹

3. Wirtschaft – das alte Konzept

Das ansteigende Haushaltsdefizit³⁰ und die zunehmende Arbeitslosigkeit veranlaßten den damaligen ersten Bürgermeister von Dohnanyi zu dem Konzept »Unternehmen Hamburg«. Der Wettbewerb zu konkurrierenden Städten sollte offen aufgenommen und dazu die wirtschaftliche Basis modernisiert werden. Eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft – seit 1985 tätig – wurde eigens zu diesem Zwecke gegründet. Das Schwergewicht wird weiterhin auf »High-Tech«-Industrien und auf Dienstleistung gesetzt und somit auf vermeintliche Wachstumsbranchen, die auch Arbeitsplatzeffekte böten. Das Konzept der

²⁶ Nach *Hamburger Abendblatt* 1/1989; auf dem 4. internationalen Wohnbundkongreß in Hamburg (4.–9. April 1989) bei einem Podiumsgespräch nach einem Maßnahmenkonzept für die Wohnungsverordnung gefragt, bat der Oberbaudirektor für die Konzeptentwicklung um einige Jahre Geduld.

²⁷ Bestandteil des in Arbeit befindlichen Landschaftsplanes, der rechtlich auf gleicher Ebene mit dem Flächennutzungsplan der Stadt steht.

²⁸ TAZ, 26. 4. 89.

²⁹ *Die Welt*, 16. 12. 1988.

³⁰ Dem Haushalt der Stadt von knapp 13 Mrd. DM stand zum Jahresabschluß 1987 ein Schuldenstand von 17 Mrd. DM gegenüber. Die Nettokreditaufnahme betrug ca. 1,1 Mrd. DM, die Pro-Kopf-Verschuldung lag in Hamburg bei 10900 DM hinter Bremen mit 18900 DM; vgl. Handelskammerbericht (s. A 3), S. 25.

Wachstumsbranchensiedlung ist nichts weiter als die ständige Wiederholung der alten Konzepte. Dabei wird zweierlei offenbar nicht zur Kenntnis genommen, 1. daß Hamburg bereits über große High-Tech-Bereiche verfügt: 20% der Chip-Produktion der BRD erfolgt hier, eines der größten Zentren der Luftfahrtindustrie, einer der führenden Kohlendioxidlaser-Hersteller ist hier ansässig, ein Spezialmaschinenbau-Betrieb, der 50% Anteil am Weltmarkt hält usw.,³¹ und 2. die Erkenntnisse der Raumforschung, die darauf hinweisen, daß eher die regionale Einbettung und Strukturierung innerhalb derselben Branchen für deren Entwicklung wichtig zu berücksichtigen sind.³²

4. Hafen – Zurückdrängung des Wassers und der Menschen

Neben seiner Funktion als Industriestandort³³ ist der Hafen ein Warenumschlagplatz, der einige Strukturänderungen hinter sich gebracht hat und stets weiteren unterliegt.³⁴ Problematisch aus (Rest-)Bewohnersicht sind die sog. Hafenerweiterungsgebiete, jetzt Altenwerder³⁵ und ab 2000 Moorburg. Gleichzeitig werden vermehrt Hafenbecken zugeschüttet, um weiteren Stapelplatz für die Containerlagerung zu bekommen. Das – in diesem Sinne – »Zukunftsterminal« im Hafen wird von der Wirtschaftsbehörde mit 1000 m Kailänge und 800 m Geländetiefe angegeben. Rationalisierungen, wie z. B. diese, brachten nicht nur mehr Land in den Hafen, sondern verringerten auch die Anzahl der Hafenbetriebe in den letzten zehn Jahren um ca. ein Drittel³⁶ so-

³¹ D. Läßle (s. A 16).

³² M. Sinz (s. A 12).

³³ Nach der EG »Freizonenfraktion« (1988) ist das sog. »Industrieprivileg« für den alten Freihafen wohl garantiert, jedoch nur für die heute dort ansässigen Unternehmen, vgl. *Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft (BWVL)*, Die Wirtschaft in Hamburg 1988. Lage und Ausblick, Hamburg 15. 1. 1989, S. 61.

³⁴ Vgl. H. Giszas, Hafen im Wandel, in: *Der Architekt* 3/89, S. 139 f.

³⁵ Vgl. *BWVL* (s. A 33), S. 57 und *HK* (s. A 13), S. 20.

wie die Anzahl der Beschäftigten.³⁷ Der nördliche Rand des Freihafens, die Speicherstadt, eine funktionierende Lager- und Verarbeitungsstätte für kleine Firmen, soll mittelfristig aus dem Hafen ausgegrenzt und zur Innenstadt zugeschlagen werden.³⁸ Eher paradox erscheint dabei allerdings, daß die Wirtschaftsbehörde gleichzeitig von »umfangreichem Bedarf an Lager-, Quartiersmann- und Distributionsflächen in stadtnaher Lage« in diesem Bereich spricht.³⁹ Aktuell ist – nach ca. eineinhalb Jahren geheimer Verhandlung – offensichtlich gerade eine spektakuläre Ansiedlung eines großen Kanadischen Developers »gelungen« (der schon in den Londoner »Docklands« aktiv war), dessen Sitz man auf der bisher noch existierenden Freihafenfläche – auf der sog. Kehrweidenspitze – zu errichten beabsichtigt. Zur Durchführung der Ansiedlung muß das Hafengesetz geändert werden, da bisher kein privater Grundbesitz im Hafen zulässig ist. Evtl. – so nehmen Betroffene an – könnte dies die Ausgliederung der gesamten Speicherstadt aus dem Freihafen bedeuten⁴⁰ und damit die bisher gut funktionierenden, dort ansässigen, kleineren Wirtschaftseinheiten gefährden. Grundsätzlich rechnet man mit einem weiteren Ansteigen des Hafenumchlages (1988 wurde wieder der bishe-

³⁶ Vgl. *Hk* (s. A 3), S. 12.

³⁷ Während früher (50er Jahre) 17 Menschen zum Löschen/Laden eines Schiffes am Tag ca. 100 bis 120 Tonnen bewältigten, schaffen heute neun Menschen mit einer Containerbrücke das 15fache. Die Entwicklung in diese Richtung wird forciert. Man geht davon aus, daß von ehemals ca. 15000 Arbeitskräften im Hafen (um 1960) heute hier nur noch ca. 5000 beschäftigt sind (ÖTV). Die Qualifikationsanforderungen sind gestiegen, so daß heute fast nur noch Fachkräfte beschäftigt werden, für Ungelernte gibt es kaum noch Bedarf.

³⁸ Oberbaudirektor E. Kossak, Hamburg – Hafenstadt mit Zukunft – eine Utopie?, in: *Der Architekt* 3/89, S. 137 f.

³⁹ Vgl. *BWVL* (s. A 33), S. 59.

⁴⁰ Was auch Senatsbeschuß ist, jedoch bisher von breiten Schichten der Bevölkerung abgelehnt wurde.

²⁰ J. Dangschat / Th. Krüger (s. A 7), S. 196 f.

²¹ J. Dangschat / J. Friedrichs, Gentrifikation in der inneren Stadt von Hamburg. Eine empirische Untersuchung des Wandels von drei Wohnvierteln, Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Stadtforschung, Hamburg 1988.

²² D. Schubert (s. A 19), S. 211.

²³ So z. B. für die ehemalige Bahnhofsvorstadt, das Sanierungsgebiet von Hamburg-St. Georg, auch St. Pauli und die Neustadt liegen in diesem Trend; vgl. *Capital* 2/89, S. 95 f.

²⁴ Ebda.

²⁵ Vgl. J. Dangschat / J. Friedrichs (s. A 21).

rige Spitzenwert von 1985 erreicht mit ca. 60 Mill. Tonnen) im Rahmen der EG⁴¹ und hofft besonders auf den Umschlag für Skandinavien (Hamburg das »Skan-Link«)⁴² und den sich »hoffentlich bald noch weiter öffnenden« Ostseeraum und Osteuropa (RGW-Länder).⁴³

»Hoffen« – so scheint mir – ist der richtig gewählte Ausdruck, denn ein integriertes Konzept zu einer Hafen-, Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung – und das sei hier gefordert – wurde bisher der Öffentlichkeit noch nicht vorgelegt. Planungen beziehen sich auf separate Einzelmaßnahmen, deren Wirkungen auf andere gesellschaftliche Bereiche lediglich grob hypothetisch erscheinen. Der Hafenenwicklungsplan z. B. wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit aufgestellt (was sogar legitimerweise möglich ist), wenn auch vorerst von der zuständigen Deputation an den Senat zurückverwiesen.

Eine Wirtschaftsentwicklungspolitik allerdings, die Bestandteil eines integrierten Konzeptes für Hamburg sein kann, die der Strukturänderung zumindest insofern Rechnung trägt, daß sie auch Beschäftigungs- und Verteilungseffekte haben und damit den Wohlstand breiter verteilen könnte, darf sich nicht in den ewig alten Trendverlängerungen erschöpfen. Sie müßte mindestens auf der Produktionsseite die »Innovationsdynamik« der vorhandenen Branchen und ein differenziertes Spektrum an kombinier-

ter Technologie (»Kombi-Tech«, so Läßle) bei mittleren und kleinen Firmen fördern, so daß Schnittstellen einer notwendigen Kooperation geschaffen werden können. Erst das Ineinandergreifen differenzierter Produzentengrößen gewährleistet das funktionierende produzierende Gewerbe, welches notwendige Bedingung für die Entwicklung der Dienstleistungsfunktionen ist.⁴⁴ Die soziale Verteilung steht dabei allerdings immer noch aus.

Der augenblickliche Boom könnte fatal über die drastisch geänderte Produktions- und Gesellschaftsstruktur hinwegtäuschen und die ständig weiter aufreißende Kluft zwischen besser- und schlechtergestellten Menschen in unserer Stadt vergessen lassen. Diese Kluft schien bislang keine weiteren Folgen in der politischen Landschaft zu zeitigen, jedoch die letzten Wahlen in Berlin und Frankfurt sowie die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und die Europawahl haben Ergebnisse produziert, die darauf hinweisen, daß bestimmte in der Gesellschaft wenig beachtete Gruppen die demokratischen Parteien zugunsten rechtsradikaler – wohl aus Protest – nicht mehr gewählt haben. Nicht nur in Hamburg weisen die Ergebnisse, besonders in Gebieten mit unteren Einkommensgruppen, geradezu beängstigende Zahlen aus.⁴⁵ Es ist in der Bundesrepublik und in Hamburg offensichtlich wohl doch anders als in Großbritannien, wo etwa ein Drittel der Menschen nicht mehr an der Gesellschaft teilnehmen kann und sich auch weiter kein politisches Gewicht verschafft.⁴⁶ Hier muß es jetzt schon von

⁴⁴ D. Läßle (s. A 16).

⁴⁵ Der Durchschnitt von 6% für die REP in Hamburg wird in diversen Stadtteilen mit überwiegend unteren Einkommensgruppen übertroffen, max. = Wilhelmsburg 10,2% bis Neuenfelde und Hamm-Süd. min. = 8,1%, in einer Großsiedlung im Bereich Harburg lagen die Zahlen bei 20%.

⁴⁶ Vgl. T. Enzweiler, Ein Leben ohne Hoffnung auf Arbeit, Stellungslos im englischen Elendsgebiet – In Nordengland gibt es wenig Jobs, in: *Der Tagesspiegel* (Berlin), 14. 5. 1989; ders., Liverpool – trotz wirtschaftlichen Aufschwungs behält die Stadt zwei Gesichter, in: *Frankfurter Rundschau*, 24. 6. 89, S. 5.

daher vordringlich um ein integriertes Gesamtkonzept zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Stadt gehen, welches gleichberechtigt befriedigende Wohn-, Arbeitsplatz- und

Wirtschaftsergebnisse berücksichtigt, andernfalls könnten zumindest die Wahlen in zwei Jahren einige irreparable Folgen für die Gesellschaft in unserer schönen Stadt mit sich bringen.

Dirk Schubert

800jähriger Hafengeburtstag in Hamburg – Neue Bücher:

JÜRGEN RATH, *Arbeit im Hamburger Hafen. Eine historische Untersuchung, Hamburg: Ergebnisse Verlag 1988, Abb., 378 S., DM 38,- (Hamburger Studien zur Geschichte der Arbeit 1).*

ANNE-MARIE THEDE-OTTOWELL, *Hamburg vom Alsterhafen zur Welthafenstadt, Hamburg: Heinewetter 1988, Abb., 400 S., DM 49,80.*

ARNOLD KLUDAS / DIETER MASS / SUSANNE SABISCH, *Hafen Hamburg, Die Geschichte des Hamburger Freihafens von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hamburg: Kabel 1988, Abb., 400 S., DM 68,-.*

HAMBURGER KONTORHÄUSER, *mit Fotos von X. Meyer-Veden und Texten von Hermann Hipp, Berlin: Ernst u. Sohn 1988, Abb., 192 S., DM 98,-.*

Stadtjubiläen oder in Hamburg der Hafengeburtstag sind Ereignisse, die sich häufig in einer Fülle von publizistischen Erzeugnissen widerspiegeln. Dabei wird einerseits ein zunehmendes Interesse an Stadt- und Stadtteilgeschichte deutlich, andererseits werden Leser durch eine unabsehbare Fülle von Fest- und Jubiläumsschriften geradezu abgeschreckt. Bezogen auf das 800jährige Hafengeburtstag in Hamburg hatte nun der Senat allerdings selbst hohe und höchste Erwartungen geweckt, sollten doch die Berliner 750-

Jahr-Feiern möglichst »übertrumpft« und kulturelle Spitzenleistungen angeboten werden. Nach einer Zeit der Ankündigungen kann man mehr von Absagen lesen, ist doch die Finanzierung einiger Veranstaltungen noch unklar bzw. schon ins Hafenwasser gefallen.

Umstritten ist schon die Jahreszahl des Hafengeburtstages, auf die in vielen Publikationen Bezug genommen wird. Der angebliche Freibrief des Kaisers Friedrich I. Barbarossa vom 7. Mai 1189 entstammte nicht der kaiserlichen Kanzlei, wie der Hamburger Historiker Heinrich Reincke nachwies, sondern aus dem Hamburger Rathaus. Aber jahrhundertlang nahm niemand Anstoß, daß Hamburgs wichtigstes Dokument eine Fälschung war. Heute dient denn auch diese offizielle Zählweise als Anlaß für die Hafengeburtstagsfeiern.

Die Arbeit von J. RATH ist sicherlich keine der »Jubiläums-Eintagsfliegen«, sondern eine, um nicht zu schreiben *die* Studie über die Arbeit im Hamburger Hafen. Was hier auf den ersten Blick als schwere, ungesunde, gefährliche, monotone und dequalifizierende Arbeit erscheinen mag, erweist sich bei genauer Analyse als differenziertes durchaus nicht einfaches Tätigkeitsfeld. Rath beginnt seine Arbeit zeitlich mit der »Suche nach dem ersten Hafearbeiter«, also mit den Anfängen des Schaueremannberufes, und endet 1938, vor dem Zweiten Weltkrieg.

Hafenarbeit ist »spurlose« Arbeit, so der Autor. »Sie ist eine Dienstleistung, die keine unver-

⁴¹ In einem Szenario spielt das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut Empirica auch für Hamburg evtl. negative Effekte der EG durch; wenn diese nach außen »abschotten« würde, dann profitierte Hamburg nur in Randbereichen, die dann wenigen Unternehmensansiedlungen hätten geringe Beschäftigungsimpulse, die Verluste von Arbeitsplätzen, z. B. in der Nahrungsmittelindustrie, nicht ausgleichen könnten. Titel des Szenarios; »Hamburg im Binnenmarkt als Nullsummenspiel«, nach *Hamburger Rundschau*, 15. 6. 89.

⁴² Vgl. *Handelskammer Hamburg*. Analysen. Hamburg – Ein Wirtschaftszentrum der EG, o. J., S. 17.

⁴³ Vgl. *BWVL* (s. A 33), S. 56 und *HK* (s. A 13), S. 22.

gänglichen Arbeitsergebnisse schafft. Sobald Hafendarbeit verrichtet ist, ist sie auch gleichsam verschwunden« (S. 18). Wie ist es möglich, eine derartige Tätigkeit, die keine Spuren hinterläßt, zu dokumentieren, mit welchen Quellen? Rath arbeitet mit Sachquellen, Abbildungen, schriftlichen Quellen, Lebenserinnerungen und Interviews noch lebender Arbeiter, Techniker und Arbeitgeber, um so die Hafendarbeit »einzukreisen«.

Ausgegangen wird von wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen, vom Güterumschlag und seinen Schwankungen, von der Schifffahrt und dem Hafen mit seinen technischen Infrastrukturen. Anschließend werden die Objekte der Hafendarbeit, die Waren, ihre Verpackungen und Formate, die Luken und Ladengeschirre der Schiffe, die Kräne und Hebewerkzeuge und die anderen Arbeitsmittel analysiert. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen anschließend die wichtigsten Hafendarbeiterberufe, also Ewerführer, Schauerleute, Kaiarbeiter, Speicher- und Lagerhausarbeiter. Dabei werden jeweils Berufsbilder, Arbeitsorte, historische Entwicklungen, Ausbildung, Qualifikationen und Arbeitsmittel, Arbeitstechniken untersucht. Es ergibt sich ein differenziertes Bild zunehmender Arbeitsteilung, der Zerlegung der Arbeiten in anspruchsvollere Tätigkeiten und Hilfsarbeiten. Zu den qualifizierten aber ungelerten Arbeitern zählten auch die ehemaligen Seeleute, während sonst die notwendige Berufserfahrung eher durch »learning by doing« angeeignet wurde. Die Hilfsarbeiter erledigten die Teile der Arbeit, für die am wenigsten Kenntnisse, dafür aber Muskelkraft erforderlich war. Eine vorzügliche Bibliographie, eine Erläuterung der wichtigsten Fachbegriffe und eine Typologie von Arbeiten, Aufgaben, Funktionen und Tätigkeiten im Hafen ergänzen die Arbeit, bei der allerdings ein Stichwortverzeichnis hilfreich gewesen wäre.

Die Thematik des Buches von A. THEDE-OTTOWELL ist demgegenüber breiter angelegt, es geht um Hafen, Schifffahrt, Handelshäuser und Reedereien, insofern ist der Buchtitel etwas irreführend. In 5 Zeitabschnitten wird zunächst die Hafengeschichte dargestellt, wobei lexikonartig Stichworte aufgenommen werden. Diese Buch-

konzeption erschwert zusammenhängende Darstellungen und Erklärungen, zumal sehr unterschiedliche Stichworte vom Hamburger Grog über Hafen-Ortsteile und -straßen bis hin zu Firmen und technologischen Innovationen Eingang in das Buch gefunden haben.

Die Hafentwicklung wird von der Hamma-burg zum Alsterhafen – 8.–16. Jahrhundert: vom Alsterhafen zum »natürlichen« Elbehafen, 16.–19. Jahrhundert: vom »natürlichen« Elbehafen zum Ausbau mit Hafenbecken und Kai-mauern, 19.–20. Jahrhundert: von der Freiha-fenstadt zur Hafenstadt mit Freihafen – und schließlich von der Hafenstadt zur »Welthafen-stadt« im 20. Jahrhundert dargestellt.

Etwas verwirrend ist dabei die Aufteilung zwi-schen chronologischer und systematischer Struk-tur, so wird das Groß-Hamburg-Gesetz 1937 im Kapitel vom 16.–19. Jahrhundert erwähnt (S. 72) und die Stadt-Wasserkunst von dem Inge-nieur Lindley 1857 (S. 244) im Kapitel über das 20. Jahrhundert. Schließlich vermißt man beim Abschnitt zur »Welthafenstadt« ein Stichwort zur Containerisierung und ihren Folgen. Litera-tur- und Quellenangaben sind im Text nicht ge-macht worden und die Abbildungen und Pläne sind teilweise sehr klein geraten.

Der 800. Hafengeburtstag und 100 Jahre Frei-hafen 1988 waren auch Anlaß für den Band von A. KLUDAS u. a. Dieses Buch ist in drei Zeitab-schnitte unterteilt, in denen die Bereiche Haf-enentwicklung und Hafenpolitik, Umschlagtechnik sowie Arbeitswelt untersucht werden.

Die ersten Hafenausbauplanungen werden dargestellt, und die Kontroverse Tidehafen ver-sus Dockhafen, die im 19. Jahrhundert lange die Hafentplanungen bestimmt, wird ebenso skizziert wie die Planung der ersten künstlichen Haf-enbecken und der Bau spezieller Speicher. Der Zollanschluß als Triebfeder der weiteren Haf-enentwicklung wird beschrieben, wie auch die zu-nehmende Mechanisierung der Hafendarbeit beim Umschlag und bei der Lagerei. Außerdem: die Arbeitswelt im Hamburger Hafen, die »unregel-mäßig anfallende und oftmals unterschiedlich große Arbeitsmenge« (S. 82), die »Umschau«,

das »Warten« und die spezifischen Arbeitsver-mittlungsformen.

Die Hafentwicklung zwischen den Weltkrie-gen wird im nächsten Hauptteil ausgeführt. Das Groß-Hamburg-Gesetz 1937 ermöglichte wei-tergehende Erweiterungsplanungen für den Ha-fen, und mit den NS-Elbuferplanungen war eine Umorganisation der gesamten stadträumlichen Strukturen intendiert. Neue Zuständigkeiten wurden geschaffen und der Güterumschlag durch Mechanisierung der Hafendarbeit weiter beschleunigt. Die Hafentwicklung der Nach-kriegszeit rückt nach konventionellem Neube-ginn nach 1945 schnell unter den Einfluß der Containerisierung. Spezialhafenbecken für den Containerverkehr werden geschaffen, neue Um-schlagstechnologien entwickelt und der ehemals arbeitsintensive Umschlag wird durch die Tech-nik verdrängt. Die Werftenkrise und der Struk-turwandel des Hafens vom Umschlagplatz zum logistischen Zentrum werden abschließend mit einem Ausblick auf das Jahr 2000 skizziert. Der Band ist gut bebildert, allerdings sind im Text keine Quellen- und Literaturangaben enthalten.

Im Zusammenhang mit Hafentwicklung, Zunahme des Güterumschlages und zunehmen-der Arbeitsteilung entstanden in Hamburg wie auch in anderen Großstädten gegenüber vorin-dustrieller Zeit neue Bauaufgaben wie Mietska-sernen für Hafendarbeiter, Speicher und Kontor-häuser. Ab ca. Mitte des 19. Jahrhunderts finden sich »reine« Kontorhäuser; vor allem aber nach 1900 entwickelte sich ein spezifischer Kontor-haustyp, der in der regionalen Backsteintradition des Hamburger Bauens steht. Die bekanntesten Hamburger Reeder und Kaufleute haben »ihre« Kontorhäuser bauen lassen, in denen die Heer-scharen von Schreibern, Buchhaltern, Kontori-sten, Schreibdamen etc. gearbeitet haben. Die Sa-nierung in Hamburg nach der Choleraepidemie wurde ab ca. 1910 zum Bau eines »Kontorhaus-viertels« in unmittelbarer Nähe zum Hafen und zur Speicherstadt genutzt. Die bekanntesten Hamburger Architekten, wie Fritz Höger, Her-mann Distel, Martin Haller, Hans und Oskar Gerson und nicht zuletzt Fritz Schumacher, ha-ben diesen Bautypus und seine Hamburg-spezifi-

sche Variante geprägt, um den es beim vierten Buchtitel geht.

Der Hauptteil des Buches besteht aus den vor-züglichen Fotos des Photographen H. MEYER-VEDEN, die ausgezeichnet reproduziert sind. Da-bei wurde keine Inventarisierung aller Kontor-häuser versucht, sondern es wurde eine bewußt subjektive Auswahl getroffen. »Aus dem großen Zusammenhang einer ganzen Stadt ist hier nur eine bestimmte Architektur ausgewählt und aus dieser wiederum nur das besondere Detail« (S. 179).

Die Einführung von H. HIPPE will nicht als »wissenschaftliche Aufarbeitung der Bauaufgabe Kontorhaus« verstanden werden, sondern »als Skizze mit Interpretationsangeboten und subjek-tiven Schwerpunktsetzungen« (S. 181). Hipp skizziert die stadtstrukturellen Veränderungs-prozesse, die Dialektik von Stadtwachstum und innerstädtischen Umstrukturierungsprozessen, die »Citybildung«, und beschreibt die Herausbil-dung der neuen Bauaufgabe Kontorhaus im Kontext der bautechnischen Neuerungen. Er geht aber auch auf das »Innere« ein, die Struktu-ren der Büroarbeit, die Kontorausstattung und schließlich die Bürorationalisierung. Er be-schreibt die Architekturen, die Vorder- und Rückseiten der Kontorhäuser, die Hamburger Backsteintradition und stellt die Kontorhäuser in einen Zusammenhang mit der Moderne, der »neuen Sachlichkeit« der 20er Jahre.

Schon 1909 erschien ein erster vom Architek-ten und Ingenieur-Verein herausgegebener Sam-melband über das Hamburger Kontorhaus. Hier hieß es, das Kontorhaus »stellt eine ganz mo-derne Bauaufgabe dar... diese Bauaufgabe ist örtlich beschränkt, ist hamburgisch, denn nir-gend sonst – außer in London und New York – ist sie den Baukünstlern in der Reinheit gestellt worden wie hier«. Und weiter: »Ist es unserer Zeit gelungen, einer Bauaufgabe, die frühere Epochen nicht kannten und für die es historische Beispiele also nicht geben konnte, unbefangenen entgegenzutreten?«

Mit der Citybildung, dem Mönckebergstra-ßendurchbruch und der Sanierung der Altstadt ab ca. 1900 entstanden in Hamburg immer mehr Kontorhäuser, wie der Sprinkenhof, Montanhof,

Mohlenhof und als bekanntestes Beispiel das Chilehaus. Dieses Gebäude mit der einem Schiffsbug nachempfundenen Fassade und seiner Symbolkraft wertet Hipp weniger als expressionistischen Genieblitz des Architekten F. Höger, sondern vielmehr als »Ergebnis einer typisch hamburgischen diskursiven Lösungsfindung, an der viele beteiligt waren« (S. 442). Ca. 200 Kontorhäuser haben in Hamburg den Zweiten Weltkrieg überlebt, teilweise verändert und umgenutzt sind sie heute bei starkem Veränderungsdruck in der City zu Objekten der Denkmalspflege geworden. Leider vermißt man in dem Buch einen Übersichtsplan und ein Verzeichnis der beteiligten Architekten.

Auch im Jahr des 800. Hafengeburtstages scheint in Hamburg der Konsens zu gelten: »Was dem Hafen nützt(e), nützt(e) auch Hamburg«. Der Hafen durfte nie zum Spielball von Einzel- und Gruppeninteressen werden. Heute noch sind die Hafentflächen im Eigentum der Stadt, sie plant, baut, finanziert und verpachtet die Flächen und Infrastrukturen. Bei einem vorläufigen Resumé der publizistischen Erscheinungen zum Hafengeburtstag bleiben damit noch Wünsche offen. Fragen wie Frauenarbeit im und am Hafen, Wohnen, Leben und Freizeit von Hafenarbeitern, Denkmalschutz im Hafen u. ä. sind erst ansatzweise oder noch gar nicht bearbeitet worden.

Erich Konter

Zur mehrdimensionalen Analyse des »Städtischen«. Ein Buchpaket aus Frankfurt.

WALTER PRIGGE (Hrsg.), *Die Materialität des Städtischen*, Basel: Birkhäuser 1987, 255 S., DM 58,- (*Stadtforschung aktuell* 17).

DEUTSCHES ARCHITEKTURMUSEUM FRANKFURT AM MAIN (Hrsg.), *Ernst May und das Neue Frankfurt 1925–1930. Katalog zur Ausstellung vom 13. 12. 1986 – 15. 2. 1987*, Berlin: Ernst und Sohn 1986, zahlr. Abb., 160 S., DM 78,-.

WALTER PRIGGE / HANS-PETER SCHWARZ (Hrsg.), *Das NEUE FRANKFURT. Städtebau und Architektur im Modernisierungsprozeß 1925–1988*, Frankfurt: Vervuert 1988, zahlr. Abb., 294 S., DM 30,-.

WALTER PRIGGE / WILFRIED KAIB (Hrsg.), *Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich*, Frankfurt: Vervuert 1988, 326 S., DM 38,80.

Frankfurt ist nicht nur ein Banken- und Börsenplatz internationalen Ranges, sondern in den letzten Jahren zunehmend zu einem Zentrum des öffentlichen und wissenschaftlichen »Diskurses des Städtischen« geworden. In Auseinandersetzung mit der bis in die jüngste Vergangenheit scheinbar hegemonialen politisch konservativen bis reaktionären Variante dieses »Diskurses« und seiner Materialisierung durch Metropoleninszenierung, Stadtzerstörung und »zerschmückung« – offensichtlich von »dem Bürger« nicht mehr akzeptiert – hat sich in der kritischen Öffentlichkeit eine neue »Streitkultur« um das »Städtische« oder »Urbane« entwickelt. Sie unterscheidet sich nicht nur in ihrer Breite, vielleicht auch in ihrer Breitenwirkung von jenen kritischen »Diskursen des Städtischen« in anderen Großstädten der Bundesrepublik. Während

sich zum Beispiel in West-Berlin die Auseinandersetzungen um die Stadtpolitik und ihre Materialisierungen nur zögernd und widerstrebend von der Innenstadt- und der sogenannten »Kiezperspektive« zu lösen beginnen, sind zumindest in den mir vorliegenden Veröffentlichungen die Versuche, die Gegenwart und die Gewordenheit des »Städtischen« in ihren überlokalen ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen sowie in ihren ökonomischen, sozialen, politischen, kulturellen und physischen Dimensionen zu betrachten und zu analysieren, unverkennbar.

In dem von Prigge herausgegebenen und eingeleiteten Buch, »Die Materialität des Städtischen«, sind die überarbeiteten Vorträge des Helmut-Brede-Kolloquiums veröffentlicht, das im Juni 1986 am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt stattfand; mit diesem Buch wird die wissenschaftliche Arbeit von Helmut Brede – verstorben im Oktober 1985 – gewürdigt. In vier Kapiteln werden die Kontinuitäten und Brüche der »Materialität des Städtischen in der gesellschaftlichen Produktion des kapitalistischen Raumes« (Prigge) problematisiert: »I. Raumstrukturen und säkulare Krise«, »II. Raumentwicklung und gesellschaftliche Restrukturierung«, »III. Urbanität und politische Kulturen«, »IV. Städtische Oppositionspolitik und Planungspraxis«. In welcher Breite und Tiefe hier die »Materialität des Städtischen« diskutiert wird und auf welchem »Terrain historisch-kritischer Stadtsoziologie« sich die 15 Beiträge dieses Sammelbandes bewegen, wird in der Einleitung von Prigge (»Raum und Ort«) nachvollziehbar dargelegt. Folgende Beiträge will ich besonders hervorheben. Zunächst sind es die beiden des ersten Kapitels von Esser/Hirsch (»Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie«) und

Läpple (»Zur Diskussion über ›Lange Wellen‹, ›Raumzyklen‹ und gesellschaftliche Restrukturierung«); sie zeichnen sich im wesentlichen dadurch aus, daß die Autoren eine m. E. zwingend notwendige Reintegration der kritischen Stadtsoziologie in die gesamtgesellschaftliche Theorie und Analyse einfordern, sich von den »linearen« Theorien der kapitalistischen Entwicklung und vom sogenannten »Kontinuitätsparadigma« distanzieren sowie »Überlegungen über den Zusammenhang von Gesellschaftsformation«, Politik und »Raumstruktur« sowie von städtischen Lebensweisen, Kulturen, Opposition/Proteste und lokal-staatlichen Regulationsformen (Esser/Hirsch) vorstellen. Im zweiten Kapitel diskutiert Rodenstein (»Durchstaatlichung der Städte?«) vorrangig zwei Thesen zur Funktion lokal-staatlicher Regulation: »Kommune als Gegenmacht« oder »Durchstaatlichung« der Kommune. An einem »neu entstandenen Feld kommunaler Aktivität« überprüft sie, in welche der beiden Richtungen der »staatliche Zwang zur städtischen Selbsthilfe« wirkt. Einen guten Überblick über die »gegenwärtige Debatte um die innere Urbanisierung der Städte« (Architektur und Städtebau) bietet der Beitrag Prigge (»Hegemonie des urbanistischen Diskurses«) im dritten Kapitel. Mit dem »Konjunkturwandel innerhalb der Stadtplanung« (von der Wachstumsorientierung zur Bestandserhaltung und -erneuerung), mit der Zweideutigkeit der »Urbanität« in der Planungspraxis sowie mit dem Zusammenhang zwischen Macht, Herrschaft und »Stadtplanung« setzt sich im letzten Text des Buches Rodriguez-Lores (»Lust auf Erhaltung – Lust auf Urbanität«) kritisch auseinander. Insgesamt gehört dieser Sammelband meiner Meinung nach zur neueren Grundlagenliteratur für alle, die sich in Praxis, Lehre, Forschung und Studium mit dem »Städtischen«, mit der Stadt und Stadtplanung beschäftigen wollen oder müssen.

Einen historischen Akteur der Materialisierung von »Städtischem« und die unter seinem Einfluß und seiner Leitung entstandene »Materialität des Städtischen« rückte von Dezember 1986 bis Februar 1987 eine Ausstellung des

Deutschen Architekturmuseums Frankfurt am Main wieder ins Bewußtsein der interessierten Öffentlichkeit: »Ernst May und das Neue Frankfurt 1925–1930«. Die Ausstellung zeigte sowohl die Verflechtung von Sozialpolitik, Siedlungsbau und Architektur in der Tätigkeit von Ernst May als auch die »ästhetische Prägnanz und Eigenart« in den damaligen Entwürfen des »Neuen Frankfurt«. Die Textbeiträge des Ausstellungskataloges haben sich zum Ziel gesetzt, das »geschichtliche Bild« des »Neuen Frankfurt«, das »als Synonym für die praktische Verwirklichung des sozialen Anspruches im Neuen Bauen der Weimarer Republik« gilt, zu problematisieren. Die Präsentation der Elemente des »Neuen Frankfurt«, des »Ästhetischen« und des »Sozialpolitischen«, richtet sich bewußt gegen die Vereinnahmung der Siedlungen durch den Denkmalschutz sowie die Tendenz der Diskriminierung dieser Art sozialer Architektur und will durch »Beschränkung der Analyse auf die im Titel genannte Beziehung ... mit einer kontinuierlich fixierten Geschichtsschreibung brechen« (vgl. Einleitung von Höpfner und Prigge). Der Textteil ist in vier Kapitel unterteilt: »Ernst May und die Spezialisten des Städtischen«, »Das Neue Frankfurt im sozial-demokratischen Klima«, »Moderne Kultur des Wohnens« und »Städtebau am Stadtrand«. Die drei ersten Themenschwerpunkte werden von Prigge eingeleitet; der Autor versteht seine »soziologisch verallgemeinerten« Abhandlungen zur »Verflechtung« von »städtebaulicher Arbeit, politischer Macht und kulturellen Milieus«, zur »Regulierung« städtischer Vergesellschaftung über die städtische Wohnungsproduktion und zur »Durchdringung« von Raum, Zeit und Architektur als erste Annäherungen an »das historisch besondere Material«. Dem historisch interessierten Leser wird mit diesem Katalog einiges geboten: eine Fülle von Informationen und Analysen bis ins Detail, die ihn sicherlich zum Nachdenken anregen und vielleicht auch zum Überdenken eigener Vorurteile zwingen. Hervorheben möchte ich besonders den Beitrag von Andernacht/Kuhn über den »Frankfurter Fordismus«, seine Anstrengungen, Maßnahmen, Schwierigkeiten und Konflikte bei der Verwirklichung des Wohnungsbaupro-

gramms, die »Notizen und Gedanken« von Herterich zur »Aneignung« des »Neuen Frankfurt« durch die Bewohner und vor allem die Betrachtungen von Kramer über die sogenannte »Frankfurter Küche« und die zeitgenössische Kritik an ihr unter der Fragestellung »Rationalisierung des Haushalts und Frauenfrage«. Für Uhlig sind die »Geschichten zu den Siedlungen der 20er Jahre gleichzeitig die Geschichte(n) der Interpreten...«, die ihre eigene Biographie und ihr Erkenntnisbedürfnis im historischen Material eingeschrieben haben. Wie sollte es auch anders sein? Geschichtsschreibung ist immer Interpretation, in die immer auch – verdeckt oder offensichtlich – der sogenannte »subjektive Faktor« des Interpreten eingeschrieben ist. Entscheidender ist – worauf Prigge zurecht rekurriert –, inwieweit die Geschichtsschreibung »die konstituierende Bedingung ihrer eigenen Praxis« reflektiert: »nämlich in der Gegenwart Geschichte zu schreiben und im Blick auf Vergangenheiten an der Aufklärung oder Verschleierung der gegenwärtigen Situation zu arbeiten«.

In der Veröffentlichung »das NEUE FRANKFURT« wird die Thematik des Neuen Frankfurt der späten 20er Jahre als städtebauliches »Modell rationalisierter Vergesellschaftung« (Prigge / Schwarz) weitergeführt bis zu der »Konzeption des neuesten Frankfurt«. Anlaß waren der »gegenwärtige Bruch mit der modernen Großstadtkultur« und die Kontroverse um den Bedeutungsgehalt von »Urbanität«; letztere wurde vom Deutschen Architekturmuseum und von der stadtpolitischen Gruppe »urbi et orbi« anläßlich eines gemeinsam veranstalteten Ernst-May-Kolloquiums geführt. Der Sammelband gliedert sich in drei Kapitel, die die »drei Phasen eines ›neuen‹ Frankfurt und ihre Umbrüche« kennzeichnen: »Formierung der Großstadtkultur« (Aneignung der Siedlungen der 20er Jahre bis heute), »Veralltäglichere der Moderne« (Trabantenstädte der 50er bis Ende der 60er Jahre) und »Urbanität nach der Postmoderne« (Internationalisierung der Innenstadt seit Ende der 70er Jahre). Obgleich es so erscheint, ist dieses Buch nicht nur die Geschichte der baulich- und sozialräumlichen Entwicklung einer Stadt, es ist zugleich die

Geschichte der Disziplin Stadtplanung und Städtebau im gesellschaftlichen »Modernisierungsprozeß« am Beispiel der im »Lichtkegel« der Geschichte stehenden Akteure.

Nicht erst die Volks- und Wohnungszählung 87 haben es in das Licht der Öffentlichkeit gebracht: »Wohnungs-Nöte« herrschen insbesondere in den unteren Wohnungsteilmärkten der Großstädte und Ballungsräume schon seit längerer Zeit; sie sind nicht erst durch den steigenden Druck auf die Wohnungsbestände infolge des steigenden Aussiedlerzustroms verschärft worden. In kritischen Studien zur Wohnungsversorgung vor allem der sogenannten »einkommensschwachen Schichten« sowie der sogenannten »jungen Haushalte« sind eine ganze Reihe von Gründen für die sich ausbreitende »neue Wohnungsnot« genannt. Die Politik und Praxis der »Liberalisierung« der Wohnungsversorgung und der Privatisierung der Stadterneuerung sowie das »Ende des Projekts ›Sozialer Wohnungsbau‹ (Kaib / Prigge) seit der politischen »Wende« Anfang der 80er Jahre werden als wesentliche Ursachen diagnostiziert. Das in vielen Ländern zu konstatierende »Ende des Projekts ›Sozialer Wohnungsbau‹« war Gegenstand und zugleich Anlaß eines von H. Brede und P. Marcuse geleiteten Symposiums zur international vergleichenden Stadtforschung; es fand im Herbst 1984 unter dem Titel »Wohnungspolitik zwischen Staat und Markt« in Königstein statt. Die dort präsentierten Untersuchungen zur Wohnungspolitik und -versorgung in westlichen Industrieländern sind nun in überarbeiteter Form in dem von Prigge und Kaib herausgegebenen Buch »Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich« veröffentlicht. Den Länderberichten sind im ersten Teil Beiträge vorangestellt, die einen informativen Einstieg in die Thematik Wohnungsbau und Stadtentwicklung und einen Überblick über den Stand der Stadt- und Wohnungsbauforschung bieten sowie auf die Fragen nach der Krise des Sozialen Wohnungsbaus, nach den wohnungspolitischen Konjunktoren seit dem Kriege und nach denkbaren alternativen Träger-, Verwaltungs- und Finanzierungsformen im Wohnungsbau Antworten zu geben suchen. Lei-

der werden die Texte nur teilweise der begründeten Forderung Bredes gerecht, daß »eine Theorie der Wohnungspolitik die empirisch feststellbaren Veränderungen der Wohnungspolitik mit Veränderungen in der Struktur der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse verknüpfen« müsse. Die Qualität des Sammelbandes liegt meines Erachtens vor allem in den Länderberichten, in denen die nationalen Besonderheiten der Entwicklung und des Standes der Wohnungsversorgung, der Wohnungspolitik, ihrer Durchsetzung und Instrumente, Trägerformen sowie ihrer sozialen und sozialräumlichen Wirkungen beschrieben und analysiert werden: Länderberichte BRD (Ulbrich, Becker, Kujath, Glasauer / Ipsen / Lasch), Österreich (Kainrath), England (Martens / Bullock / Harms), Italien (Marson / Folin) und USA (Marcuse / Hartman). Trotz dieser Besonderheiten offenbart sich dem aufmerksamen Leser eine wesentliche Gemeinsamkeit: »die erstaunlich einheitliche Tendenz« (Häußermann) zur Lockerung der »Intensität staatlicher Intervention« und zur »Liberalisierung« des Wohnungssektors. Häußermann beschreibt und begründet in seiner Zusammenfassung der »Ergebnisse des internationalen Vergleichs« die unterschiedlich starke und verschieden organisierte Art staatlicher Interventionen in den genannten Ländern sowie die »sehr verschiedenen sozialpolitischen Orientierungen, Finanzierungssysteme und Trägerformen«, die mit dem Begriff »sozialer Wohnungsbau« gefaßt werden. Die Einheitlichkeit der gegenwärtigen Tendenzen in der

Wohnungspolitik und in der Praxis staatlicher Intervention in die Wohnungsversorgung führt der Autor auf interne gesellschaftliche Umbrüche in der »Entwicklung der hochindustrialisierten kapitalistischen Länder« zurück. Zurecht verweist Prigge in seiner Einleitung auch auf die »supranationalen Effekte« aufgrund internationaler Verflechtungen dieser Länder über »Weltmarktbeziehungen und politische Konfigurationen«. Niethammer fragt in seinem »Rückblick« nach den »historischen Signaturen« des »Projekts ›Sozialer Wohnungsbau‹«, das »offenbar nicht mehr modellbildend« wirke; obgleich die »Staatsintervention am Wohnungsmarkt« nie sozial, sondern gesellschaftspolitisch motiviert gewesen und eine »Neuaufgabe des Sozialen Wohnungsbaus« für die »heutige Formen des Wohnungsmangels« unwahrscheinlich sei, könne derjenige, der »heute über bessere Formen des Zusammenlebens nachdenke«, nicht vom »Erbe« der Gemeinwirtschaft absehen. Prigge betont in der Einleitung die Notwendigkeit einer »international zu führenden Reformdebatte von Wohnungs- und Stadtpolitiken im gegenwärtigen Übergang zu postfordistischen Formen von Gesellschaft«; der internationale Vergleich biete die »Möglichkeit, die nationale Sehweise und ihre politisch-ideologischen Blockierungen durch den Blick über die Grenzen zu überwinden«. Dieser Sammelband öffnet die nationale Perspektive und gewährt einen weiten »Blick über die Grenzen«.

Wilma R. Albrecht

New York – Phönix in der Asche?

Daß Städte sich ständig wandeln und daß dieser Wandel Niedergang wie Blüte und Veränderung der räumlichen Nutzungsstruktur einschließt, kann als Gemeinplatz der Stadtgeschichtsforschung gelten; ebenso die Erklärung, daß diesen Wandlungerscheinungen sozioökonomische Strukturveränderungen unterliegen.

Öffentliches und politisches Interesse findet dieser Wandlungsprozeß jedoch zumeist erst dann, wenn soziale Krisen ihn begleiten, wie etwa Hausbesetzungen, Stadtteilkämpfe, Brände. Sie entzündeten sich immer dann und immer wieder, wenn der sogenannte »sekundäre Kapitalkreislauf« (D. Harvey),¹ d. h. die Neustrukturierung der baulichen Umwelt, in Gang gesetzt wird, um Raum für neue Akkumulation zu schaffen. In den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten zeigten sich diese städtischen Krisen besonders Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre,² vereinzelt und verzögert auch noch heute.

In der Zwischenzeit nun haben sich Form und Gestalt einer neuen Stadtstruktur in einzelnen Metropolen deutlicher herausgebildet. Sie entwickeln sich auf der Grundlage einer »tertiären Restrukturierung« im Gefolge neuer Techniken, veränderter Qualifikationsanforderungen, flexiblerer Strategien von Arbeits- und Kapitaleinsatz und sich daraus ergebender neuer Sozialbeziehungen und Lebensverhältnisse;³ einher gehen

damit neue stadträumliche Differenzierungen und Dualismen.

Als ein avanciertes Beispiel gilt New York, das Klaus Brake in seiner Fallstudie »Phönix in der Asche – New York verändert seine Stadtstruktur«⁴ untersucht hat. Seine wichtigsten Untersuchungsfragen lauten:

»– ist eine tertiäre Restrukturierung auf Basis mittelbar produktionsorientierter Dienstleistungen feststellbar und kann New York als Typ einer »global city« bezeichnet werden?

– sind ökonomische und soziale Polarisierungstendenzen vor allem auch als geographische feststellbar und kann New York als eine »dual city« charakterisiert werden?

– welches veränderte städtische Nutzungsstruktur-Muster bildet sich damit heraus? Und wie ist es historisch einzuordnen?

– unter welchen – insbesondere auch politischen – Rahmenbedingungen ist die aktuelle Entwicklung verlaufen?« (S. 22).

Als Hauptmerkmal, um die »tertiäre Restrukturierung« zu erfassen, nimmt Brake Kennziffern zur Veränderung der Baustruktur und Bautennutzung. Dabei zeigt sich zunächst, daß sich das Bauvolumen der Region New Yorks in den letzten 10 Jahren zugunsten von New York-City verändert hat (von 32,5% 1977 auf 42% 1987),

¹ D. Harvey, Die Entwicklung der städtisch-baulichen Umwelt im Kapitalismus. Theoretisches Rüstzeug für eine Analyse, in: J. Krämer / R. Neef (Hrsg.), Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus, Stuttgart 1985, S. 49–71.

² Vgl. M. Mayer / R. Roth / V. Brandes (Hrsg.), Stadtkrise und soziale Bewegungen. Texte zur internationalen Entwicklung. Frankfurt/M. 1978, Teil II; P. Grottian / W. Nelles (Hrsg.), Großstadt und soziale Bewegungen Stuttgart 1983.

³ Und wird zumeist mit dem Konzept des Postindustrialismus/ Postfordismus beschrieben und erklärt, vgl. E. Hahn, Zukunft der Städte. Chancen urbaner Entwicklung. Frankfurt 1985; vgl. auch J. Friedrichs (Hrsg.), Die Städte in den 80er Jahren. Demographische, ökonomische und technologische Entwicklungen. Opladen 1985.

⁴ K. Brake, Phönix in der Asche – New York verändert seine Stadtstruktur; in: Beiträge der Universität Oldenburg zur Stadt- und Regionalplanung 5, Oldenburg 1988. Die folgenden Seitenangaben hiernach.

wobei die Gewerbe- und Geschäftsbauten 1987 mit 2,2 Mrd. Dollar von 4,2 Mrd. Dollar Bau-summe für New York-City den höchsten Anteil hielten. Bei der Verteilung der Nutzflächen, die Arbeitsplätzen dienen, nehmen Büroflächen vor Industrieflächen (347 Mill. sqf zu 324 Mill. sqf) den höchsten Rang ein. Diese Büroflächen konzentrieren sich zu rd. 90% in Manhattan und innerhalb Manhattans in Midtown und Downtown und weisen eine etwa 10%ige Leerstandsrate auf, die jedoch im Vergleich zu anderen US-Städten noch als moderat gilt und das hohe Mietpreisniveau nicht drücken kann. Genutzt werden diese Büroflächen Manhattans hauptsächlich von Banken, Versicherungen und nicht-haushaltsbezogenen Dienstleistungsträgern, wie Wirtschaftsberater, EDV-Dienstleister, Werbeagenturen.

Die Bauflächennutzung korrespondiert mit einer Arbeitsplatzentwicklung und -verteilung (3,58 Mio 1987 in New York-City), die sich in den letzten Jahrzehnten vom Industriesektor weg zu Dienstleistungen insgesamt und zum Finanz-, Immobilien- sowie Versicherungswesen speziell hin entwickelt hat: »Allein in den letzten 10 Jahren gewinnt New York-City etwas über 400 000 Arbeitsplätze per Saldo dazu, und von den seitdem 609 000 neugeschaffenen Arbeitsplätzen sind allein 76% in nur zwei Bereichen: Finanzen / Versicherungen / Immobilien und in den Dienstleistungen i. e. S.« (S. 34).

Diese Entwicklung führte dazu, daß gegenwärtig die Bereiche Finanzen und Dienstleistungen fast die Hälfte aller Arbeitsplätze in New York-City stellen. In diesem Arbeitsplatzangebot drückt sich der Tatbestand aus, daß New York-City sich in den letzten Jahrzehnten zur Zentrale des international operierenden Finanzwesens entwickelt hat, das nicht nur Standort der weltgrößten Börse ist, sondern auch der umsatzstärksten Banken überhaupt (vgl. S. 46). Dieser dominierende Finanzsektor prägt auch nachhaltig das Dienstleistungsprofil der Stadt, so daß von einem »financial/business-service-Komplex« gesprochen werden muß: »Und im Ergebnis kann festgestellt werden, daß auf dieser Basis New York-City sehr wohl eine – wenigstens quantitativ ausgedrückte – »tertiäre Restrukturierung« seiner

Ökonomie erlebt und wegen ihres spezifischen Charakters als Typ einer »global city« bezeichnet werden kann« (S. 54).

Dieser sich herausbildende »financial-business-service-Komplex« führt zu einer veränderten Arbeitsplatzstruktur. So nahmen in den letzten 16 Jahren per Saldo die professional-, technical-, manager-, service- und clerical-Tätigkeiten erheblich zu, während die blue-collar- und sale-Tätigkeiten abnahmen. So gibt es auf der einen Seite spezialisierte, hochqualifizierte und gut dotierte Arbeitsplätze und auf der anderen Seite einfache Jobs, zu deren Ausübung kaum Sprach- und Schriftkenntnisse sowie nur eine kurze Anlernzeit nötig sind. Letztere erreichen bereits Anteile von 16% in den großen Dienstleistungsreichen, 11% im Finanzwesen, 24% im Business-Service und 18% in anderen Services (S. 61). Durch diese Entwicklung wird tendenziell die lower middle class New Yorks ausgezehrt und die Armutsbevölkerung erhöht. Bereits 1984 lagen rd. 27% aller Haushalte New Yorks unterhalb der Armutsgrenze.

Mit der sog. »tertiären Rekonstruktion« über den Finanz- und Dienstleistungssektor, der polarisierenden Veränderung der Arbeitsplatzstruktur und der sozial disparitären Bewohnerschaft bildet sich auch ein neues stadträumliches Segregationsmuster aus. Aktionszentrum und Konzentrationsschwerpunkt der Stadt und Region ist Manhattan, »Manhattan Midtown das Aktionsfeld der vereinigten »business+relates professional services« im weiteren und differenzierten Sinne und mit eigenen Sub-Komplexen (Werbung / Mode / Immobilien / Versorgung) im Kontext mit Finanzwesen, Versicherungen und Unternehmensverwaltungen; Downtown dagegen stellt sich uneingeschränkt dar als Behausung eines Komplexes, dessen Schwerpunkt eindeutig auf Finanzwesen / Versicherungen / öffentlicher Verwaltung und entsprechenden Services (Computer, Nachrichten, Buchführung) liegt. Zugleich sind sich diese Gebiete aber auch ähnlich, und zwar darin, daß sie räumlich extrem begrenzt konzipiert sind, worin intensivste Kontakt-Bedürfnisse und vitale Interessen an zentralsten Standorten zum Ausdruck kommt« (S. 131 f.). Die Projekte World Financial Center /

Battery Park City können als repräsentative Beispiele intensivster Raumnutzung gelten.

Parallel mit der Ausbildung des weltmarkt-orientierten Finanz- und Dienstleistungszentrums in Manhattan läuft ein Verdrängungseffekt, der die bislang hier ansässigen nationalen Unternehmenszentralen und back-office-Abteilungen der nichtwarenproduzierenden Unternehmen und Hauptverwaltungen betrifft: sie finden im nördlichen Teil des Staates New York, im südwestlichen Connecticut und nordöstlichen New Jersey ihren neuen Standort. Gleichzeitig erhöht sich damit die Attraktivität dieser Außenbereiche als Standorte für in- und ausländische Unternehmen, deren wirtschaftliches Aktionsfeld der US-Markt selbst darstellt (vgl. S. 136).

Insgesamt ergibt sich somit ein regionales Nutzungsmuster, bestehend aus New York-City als sozioökonomisch boomendem Kern, umgeben von einer Zone abfallender Wirtschaftsstärke, an die sich als dritte Zone ein Gürtel relativ großer solitärer Cities angliedert. Auffallend dabei erscheint Brake das relative sozioökonomische Vakuum der »outer boroughs«, die nicht an der stadtökonomischen Prosperität teilhaben. Diese disparitäre Entwicklung New Yorks läßt den Autor von einer »dual City« sprechen.

Die Umstrukturierung New Yorks zur internationalen Finanz- und Dienstleistungsmetropole verlief jedoch nicht spontan, sondern erfolgte nach einer bewußten Strategie, die nach der Finanzkrise 1975 von der Municipal Assistance Corporation (MAC), einer gemischten Kommission aus Vertretern großer stadtdansässiger Banken und Stadtverwaltung, erarbeitet und verfolgt wurde. Dabei ging es im Kern darum, der Entwertung der Grundrenten in Midtown und Wall Street entgegenzuwirken. Dies erfolgte über eine »strategy of intensive development«, die die Infrastrukturmittel gezielt auf das südliche Manhattan konzentrierte, um die urbanen und metropolen Qualitäten auszubauen. Hierzu bediente man sich der »public developers«, einer Art Zweckverbände, die außerhalb des öffentlichen Haushaltgebarens agieren. Unterstützt wurden sie durch private »developers«, die das erforderliche umfangreiche Investitionskapital zusammenmanagten.

Abschließend stellt sich mir die Frage, ob und wie die zusammengetragenen umfassenden empirischen Ergebnisse zur Stadtumstrukturierung New Yorks theoretisch verallgemeinert werden können. Die Spezifik des Untersuchungsgegenstandes läßt dies jedoch nur in beschränktem Maße zu und führt letztlich zu bekannten Ergebnissen wie der Bestätigung der Substituierungsmöglichkeit gewerblicher Arbeitsplatzanteile durch Dienstleistungen (S. 197), des Bedeutungsverlustes naturbedingter Standortfaktoren und der Bedeutungszunahme kollektiv und gesellschaftlich produzierter Standortfaktoren und der Bedeutungszunahme kollektiv und gesellschaftlich produzierter Standortqualitäten für Kapitale, die mit mittelbar produktionsorientierten Dienstleistungen verbunden sind, der Führungsvorteile von Agglomerationsgebieten, der qualitativen Selektion von Kapital- und Arbeitsplatzstandorten. All dies ist aus der Stadtsoziologie und der klassischen Stadtökologie bekannt: so zeigt das von Klaus Brake ausgemachte Gebiet der »outer boroughs« große Affinität zur »Übergangszone« von Burges Stadtmodell,⁵ wenn gleich im Maßstab erheblich vergrößert. Als Schwäche empfinde ich auch, daß es Brake versäumt hat, das Verflechtungsgefüge Stadt-Region nachzuzeichnen. Erst dies erlaubt es, Aussagen zu treffen, ob die Region disparitär oder funktional arbeitsteilig aufgebaut ist. Der Autor unterließ es auch, die Erkenntnis weiter zu verfolgen, daß die sozioökonomische Rekonstruktion New Yorks sich aus einem neuen Entwicklungspotential (ausländische Investitionen, internationale Kapitalverflechtungen und neue Zirkulationsprozesse des Kapitals) nährt. Wenn sich dieses für andere großstädtische Rekonstruktionsprozesse ebenfalls nachweisen ließe – dann müßte sich ein bestimmter Stadtmodelltyp und ein internationales Städteverflechtungsmuster erstellen lassen, aus dem sich Chancen und Risiken, Planungsmöglichkeiten und Alternativen ableiten ließen.

⁵ Vgl. W. Albrecht, Stadt oder Siedlung?, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 8 (1983/3), S. 66.

Autoren

WILMA R. ALBRECHT, Dr. rer. soc. et lic. rer. reg. Mitglied im AK »Freie Planer« (BDA). Z. Zt. Lehrerin an einer Gesamthochschule in Nordrhein-Westfalen, Stadtverordnete in Bad Münsterstereifel. Seit 1980 zahlreiche Aufsätze zu stadt-historischen und stadt(teil)planerischen Fragen.

JÜRGEN HAGEL, Dr. (geb. 1925). Nach Studium der Geographie und Promotion 1956–1965 Redakteur der Zeitschrift »Kosmos«. Seit 1965 am Geographischen Institut der Universität Stuttgart, jetzt als Akademischer Direktor. Derzeitige Arbeitsgebiete: Historische Stadtgeographie, historisch-geographische Umweltforschung, historische Kartographie. Zahlreiche Aufsätze, insbesondere zur historischen Stadtgeographie Stuttgarts und über historische Karten.

JOHANN JESSEN, Dr. (geb. 1949). Nach Architekturstudium freiberufliche Tätigkeit bei der Planerwerkstatt Darmstadt, seit 1978 Durchführung von empirischen Untersuchungen an der Universität Oldenburg, Arbeitsgruppe Stadtforschung. Derzeit Hochschulassistent für das Fach »Wohnungswesen« am Studiengang Raumplanung. Zahlreiche Veröffentlichungen zu sozialwissenschaftlichen und planungsbezogenen Aspekten der Stadtentwicklung.

ERICH KONTER, Dr.-Ing., Dipl.-Soz. (geb. 1946). Hochbaustudium an der FHS Saarbrücken, Architektur und Städtebau an der TU Berlin, Soziologie, Psychologie und Geschichtswissenschaften

an der FU Berlin. Nach Tätigkeiten in Architektur- und Planungsbüros wiss. Angestellter an der RWTH Aachen. Derzeit wiss. Assistent für Gesellschafts- und Planungswissenschaft an der TU Berlin. Publikationen zur Architektur-, Stadt- und Planungsgeschichte.

VOLKER ROSCHER, Dipl.-Soz. (geb. 1948). Studium der Architektur und des Städtebaus an der HfbK Hamburg; Soziologie, Wirtschaft- und Sozialgeschichte an der Universität Hamburg. 1977–1985 wiss. Assistent an der RWTH Aachen. Seit 1985 Geschäftsführer und wiss. Mitarbeiter beim BDA Hamburg. Publikationen zur Stadtsoziologie und Stadtgeschichte. Mitherausgeber der Buchreihe »Stadt-Planung-Geschichte«.

DIRK SCHUBERT, Dr. rer. pol., Dipl.-Ing., Dipl.-Soz. Akademischer Oberrat an der TU Hamburg-Harburg. Forschungsschwerpunkte sind Stadterneuerung und Werterhaltung, Arbeitsschwerpunkte Stadterneuerung, Stadtbaugeschichte und Wohnungswesen.

WOLFGANG SITTEL-CZYPIONKA (geb. 1952). Studium der Landespflege und des Städtebaus, danach 1980–1987 wissenschaftliche Tätigkeit an der TU Berlin mit Lehr- und Forschungsaufgaben zur Stadt- und Landschaftsplanung. 1987–1989 Städtebaureferendar des Landes Niedersachsen. Derzeit Leiter des Planungsamtes der Stadt Sankt Augustin.

Zur Besprechung eingegangene Bücher

ALBERS, GERD / VON BASSEWITZ, HORST / BECKER, JÜRGEN u. a., Für Ulrich Conrads von Freunden ... und einen bewegten Inhalt so zu umfassen, daß er sich bewegend stehe. Beiträge von 65 Autoren, Braunschweig: Vieweg 1988, 58 Abb., 238 S.

AUS SIEBEN JAHRHUNDERTEN NÜRNBERGER STADTGESCHICHTE. Ausgewählte Aufsätze von Gerhard Hirschmann. Festgabe zu seinem 70. Geburtstag, hrsg. von Kuno Ulshöfer, Nürnberg: Selbstverlag des Vereins für die Geschichte der Stadt 1988, 288 S. (Nürnberger Forschungen 25)

BINDING, GÜNTHER, Kleine Kunstgeschichte des deutschen Fachwerkbbaus, 4. überarb. und erw. Aufl., Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1989, Abb., 285 u. 208 S.

BODMANN, MARIE-LUISE / RIEGER, FRANZ HERBERT, Stadterneuerung und Gewerbe. Der Erneuerungsbedarf der Gewerbebauten in Mischgebieten, Berlin: VAS 1988, Abb., 142 S.

BONN IM BOMBENKRIEG. Zeitenössische Aufzeichnungen und Erinnerungsberichte von Augenzeugen, hrsg. von Helmut Vogt, Bonn: Edition Röhrscheid 1989, 328 S. (Bonner Geschichtsblätter 38)

BOSL, KARL, Die Bayerische Stadt in Mittelalter und Neuzeit. Altbayern – Franken – Schwaben, Regensburg: Pustet 1988, 16 Abb., 405 S.

DIE COMBURG, Vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, hrsg. von Elisabeth Schraut, Katalog zur Ausstellung vom 12. 7. bis 5. 11. 1989, Sigmaringen: Thorbecke 1989, ca. 258 Abb., 280 S.

CURTIS, WILLIAM J. R., Architektur im 20. Jahrhundert, Stuttgart: DVA 1989, 440 Abb., ca. 440 S.

DENKMALPFLEGE UND TOURISMUS II. Mißtrauische Distanz oder fruchtbare Partnerschaft. Vorträge und Diskussionsergebnisse des 2. Internationalen Symposions vom 9.–12. 11. 1988 in Trier, hrsg. von Christoph Becker, Trier: Geographische Gesellschaft 1989, 193 S. (Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie 18)

DENKMALRECHT NORDRHEIN-WESTFALEN, Kommentar, 2. neubearb. und erw. Aufl. von Paul Artur Memesheimer u. a., Köln: Deutscher Gemeindeverlag 1989, 560 S.

EUROPÄISCHE STÄDTE IM ZEITALTER DES BAROCK. Gestalt – Kultur – Sozialgefüge, hrsg. von Kersten Krüger, Köln: Böhlau 1988, 70 Abb., 1 Karte, XX u. 439 S. (Städteforschung, Reihe A 28)

FRIEDRICHS, JÜRGEN (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung, Opladen: Westdeutscher Verlag 1988, 440 S. (Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 29)

GRAEFE, RAINER (Hrsg.), Zur Geschichte des Konstruierens, Stuttgart: DVA 1989, ca. 350 Abb., ca. 200 S.

DIE GRAFSCHAFTEN OLDENBURG UND DELMENHORST NACH DER STEUERERHEBUNG VON 1744, bearb. von Marlies Folkens u. a., hrsg. von Kersten Krüger, Teil 1: Berufliche Gliederung und Veranlagung der Steuerpflichtigen, Teil 2: Namenslisten der Steuerpflichtigen, Oldenburg: Holzberg 1988 (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Inventare und kleinere Schriften in Oldenburg Heft 31 und 32)

HERZIG, ARNO, Das alte Hamburg (1500–1848/49). Vergleiche – Beziehungen, Berlin: Reimer 1989, 276 S. (Hamburger Beiträge zur öffentlichen Wissenschaft 5)

HERZIG, ARNO / GÜNTER TRAUTMANN, »Der kühnen Bahn nur folgen wir...«, Bd. 1: Entstehung und Wandel der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2: Arbeiter und technischer Wandel in der Hafenstadt Hamburg, Hamburg: Reidar 1989, 354 und 342 S.

HILS, EVELYN, Johann Friedrich Christian Hess: Stadtbaumeister des Klassizismus in Frankfurt am Main von 1816–1845, Frankfurt: Kramer 1988, Abb., 293 S. (Studien zur Frankfurter Geschichte 24)

HOFFMANN, ROBERT, »Nimm Hack' und Spaten«. Siedlung und Siedlerbewegung in Österreich 1918–1933, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1987, Abb., 325 S. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 33)

HUCKE, WOLFGANG / WOLLMANN, HELLMUT (Hrsg.), Dezentrale Technologiepolitik? Technikförderung durch Bundesländer und Kommunen, Basel: Birkhäuser 1989, 673 S. (Stadtfor-schung aktuell 20)

IRION, ILSE / SIEVERTS, THOMAS, Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne, Stuttgart: DVA 1989, ca. 300 Abb., ca. 280 S.

ISENMANN, EBERHARD, Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250–1500. Stadtgestalt, Recht, Stadregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart: Ulmer 1988, 442 S. (UTB Große Reihe 1483)

EIN JAHRHUNDERT FRANKFURTER JUSTIZ; GERICHTSGEBÄUDE A: 1889–1989, hrsg. von Horst Henrichs und Karl Stephan, Frankfurt/M.: Kramer 1989, Abb., 332 S. (Studien zur Frankfurter Geschichte 27)

JAKOB, ANDREAS, Die Neustadt Erlangen. Planung und Entstehung, Erlangen: Stadtarchiv

1986, Abb., 264 S. (Erlanger Bausteine zur fränkischen Heimatforschung, Sonderband)

JUDEN IN KARLSRUHE. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hrsg. von Heinz Schmitt unter Mitwirkung von Ernst Otto Bräunche und Manfred Koch, Karlsruhe: Badenia 1988, 135 Abb., Karten, Tab., 640 S. (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs 8).

JÜNGLING, HANS JÜRGEN, Reichsstädtische Herrschaft und bäuerlicher Protest. Der Konflikt zwischen der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd und ihrem Landgebiet (1775–1792), Schwäbisch Gmünd: Einhorn 1989, Abb., 128 S. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Schwäbisch Gmünd 6)

KATER, KLAUS, Hamelner Altstadtsanierung: Konzept – Kritik – Kompromiß, Hameln: Niemayer 1989, Abb., 128 S.

KESWICK, MAGGIE, Chinesische Gärten. Geschichte, Kunst und Architektur. Unter Mitarbeit von Charles Jencks, Stuttgart: DVA 1989, ca. 220 Abb., 216 S.

KIESSLING, ROLF, Die Stadt und ihr Land. Umlandpolitik, Bürgerbesitz und Wirtschaftsgefüge in Ostschwaben vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Köln: Böhlau 1989, Abb., ca. 752 S. (Städteforschung, Reihe A, Bd. 29)

KIRCHGÄSSNER, BERNHARD / BAER, WOLFGANG (Hrsg.), Stadt und Bischof, Sigmaringen: Thorbecke 1988, 190 S. (Band 14 der Reihe »Stadt in der Geschichte«. Veröffentlichungen des südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung)

KLOTZ, HEINRICH, Architektur des 20. Jahrhunderts. Zeichnungen – Modelle – Möbel, Stuttgart: Klett-Cotta 1989, 430 Abb., 350 S.

KRIER, BOB, Über architektonische Kompositionen, Stuttgart: Klett-Cotta 1989, 500 Abb., ca. 344 S.

LENZ, RÜDIGER, Kellerei und Unteramt Dilsberg. Entwicklung einer regionalen Verwaltungsinstanz im Rahmen der kurpfälzischen Territorialpolitik am unteren Neckar, Stuttgart: Kohlhammer 1989, 239 S. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg, Reihe B 115)

LINDEMANN, HANS-ECKHARDT, Historische Ortskerne in Mainfranken. Geschichte – Struktur – Entwicklung, München: Callwey 1989, 217 Abb., 204 S.

LÜBECKISCHE GESCHICHTE, hrsg. von Antjekathrin Gaßmann, Lübeck: Schmidt-Römheld 1988, Abb. 934 S.

METHODEN ZUR ERHALTUNG VON KULTURGÜTERN: Forschungsergebnisse aus dem Nationalen Forschungsprogramm des Schweizer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, hrsg. von François Schweizer, Bern: Haupt 1989, Abb., 269 S.

MODERNE STADTGESCHICHTSFORSCHUNG IN EUROPA, USA UND JAPAN. Ein Handbuch, hrsg. von Christian Engeli und Horst Matzerath, Stuttgart: Kohlhammer 1989, 559 S. (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik 78)

MÜLLER, HERBERT, Parteien- oder Verwaltungsvorherrschaft? Die Kommunalpolitik der Stadt Kempten (Allgäu) zwischen 1929 und 1953, München: Vögel 1988, 103 Grafiken u. Tabellen, 448 S.

NIEDERSÄCHSISCHES LANDESVERWALTUNGSAMT / INSTITUT FÜR DENKMALPFLEGE (Hrsg.): Denkmaltopographie, Bundesrepublik Deutschland. Landkreis Hannover, Teil 1, bearb. von Henner Hannig, Braunschweig: Vieweg 1988, ca. 600 Abb., 130 Karten, 310 S. (Baudenkmale in Niedersachsen, Bd. 13.1)

OHLER, NORBERT (Hrsg.), Die Adelhauser Urbare von 1327 und 1423, Freiburg: Stadtarchiv 1988, 438 S. (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg 18)

RÄUME ZUM HÖREN, Band 6 der Reihe »arcus – Architektur und Wissenschaft«, Köln: Rudolf Müller 1989, Abb., 80 S.

REIDENBACH, MICHAEL / KÜHN, GERD, Die Erhaltung der städtischen Infrastruktur. Analysen – Finanzbedarf – Strategien, Stuttgart: Kohlhammer 1989, Abb., Tab., 174 S. (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik 79)

RIBHEGGE, WILHELM, Konservative Politik in Deutschland. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1989, 338 S.

RIETBERG: 700 Jahre Stadt Rietberg: 1289–1989. Beiträge zu ihrer Geschichte, hrsg. von Alwin Hanschmidt, Rietberg: Stadt Rietberg 1989, 3 Karten, Abb., 847 S.

ROTTENBURG AM NECKAR 1750–1830. Von der vorderösterreichischen Oberamtsstadt zum Sitz des württembergischen Landesbistums, hrsg. von Karlheinz Geppert und Heiner Maulhardt, Rottenburg: Stadtarchiv 1988, Abb. 120 S.

DAS SCHICKSAL DER FREIBURGER JUDEN am Beispiel des Kaufmanns Max Mayer und die Ereignisse des 9./10. November 1938. Mit Beiträgen von Rolf Böhme und Heiko Haumann, hrsg. vom Stadtarchiv Freiburg, Freiburg: Schillinger 1989, Abb., 76 S. (Stadt und Geschichte 13)

SCHILDT, AXEL / SYWOTTEK, ARNOLD (Hrsg.), Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt/M.: Campus 1988, 632 S.

SCHMITTAT, KARL-OSKAR, Denkmalschutz und gemeindliche Selbstverwaltung. Dargestellt anhand der Rechtslage in Nordrhein-Westfalen, Berlin: Duncker u. Humblot 1988, 230 S.

SKALECKI, GEORG, Deutsche Architektur zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Der Einfluß Italiens auf das deutsche Bauschaffen, Regensburg: Pustet 1989, 173 Abb., 300 S.

- STADT HERDECKE (Hrsg.), 250 Jahre Stadt Herdecke 1739–1989, Essen: Klartext 1989, Abb., 320 S.
- STADT HERDECKE (Hrsg.), Frieden in der Stadt. Stadt – Kultur – Frieden, Essen: Klartext 1989, Abb., 224 S.
- STADTERNEUERUNG IM WANDEL, Erfahrungen aus Ost und West, Internationales Symposium, Berlin-Wedding, 27.–29. 10. 1988, hrsg. von Martina Dase u. a., Basel: Birkhäuser 1989, Abb., 159 S. (Stadtforschung aktuell 22).
- STADTERNEUERUNG IN BERLIN-WEST. Perspektiven einer Bestandsentwicklung, hrsg. von der Arbeitsgruppe Stadterneuerung, Berlin: VAS 1989, Abb., 215 S.
- STADTERNEUERUNG UND ALTSTADTERHALTUNG IN LINZ, hrsg. vom Linzer Planungsinstitut Altstadt, Linz 1989, 336 S.
- TIETZ, MANFRED, Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945, Essen: Klartext 1989, Abb., ca. 250 S.
- TOPFSTEDT, THOMAS, Städtebau in der DDR 1955–1971, Leipzig: Seemann 1988, Abb., 208 S.
- URKUNDEN UND AKTEN DER OBERDEUTSCHEN STÄDTEBÜNDE, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band II: Städte- und Landfriedensbündnisse von 1347 bis 1380, 2 Bände, bearb. von Konrad Ruser, Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 1988, zus. 1382 S., DM 428,-
- VOM LEBEN BRAUNSCHWEIGER LANDLEUTE. Volkslebenbilder von Carl Schröder (1802 bis 1867), hrsg. von Gerd Spies, Braunschweig 1988, Abb., 141 S. (Braunschweiger Werkstücke, Reihe B 10)
- WAGNER, ULRICH, Das Bamberger Rechenbuch von 1483, Weinheim/Basel: VCH 1988, 311 S.
- WALTGER UND DIE GRÜNDUNG HERFORDS. Beiträge zur Geschichte des Stifts, der Stadt und des Kreises Herford, hrsg. von Rainer Pape, Herford: Maximilian 1988, 163 S.
- WEBER-KARGE, ULRIKE, »...einem irdischen Paradeiß zu vergleichen...« Das Neue Lusthaus in Stuttgart. Untersuchungen zu einer Bauaufgabe der deutschen Renaissance, Sigmaringen: Thorbecke 1989, ca. 127 Abb., ca. 224 S.
- WERNER, JOSEF, Hakenkreuz und Judensterne. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe: Badenia 1988, 315 Abb., Karten, Tab., 544 S. (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs 9)
- WOHLLEBEN, MARION, Konservieren oder restaurieren? Zur Diskussion über Aufgaben, Ziele und Probleme der Denkmalpflege um die Jahrhundertwende, Zürich: vdf 1989.
- WOLF, ERIKA, Nationalsozialismus in Leverkusen, Leverkusen: Stadtarchiv 1988, 729 S. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Leverkusen 1)
- ZIEGLER, LEOPOLD, Florentinische Introdution zu einer Theorie der Architektur und der Bildenden Künste 1911/1912, Braunschweig: Vieweg 1989, 204 S. (Bauwelt Fundamente 88)
- 1200 JAHRE HERFORD: Spuren der Geschichte, hrsg. von Theodor Helmert-Corvey und Thomas Schuler, Herford: Maximilian 1989, Abb., 700 S. (Herforder Forschungen 2)

Besprechungen

DETLEV VONDE, *Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet, Essen: Klartext 1989, 264 S., DM 29,80.*

100 000 Einwohner machen eine Großstadt – so legten Statistiker schon im 19. Jahrhundert fest. Im Ruhrgebiet übertraf Hamborn 1910 diese Marke, durfte aber nicht einmal Stadt sein, sondern wurde nach der rheinischen Landgemeindeordnung verwaltet. Die politische und soziale Problematik dieser großen Industriedörfer vor allem in der Emscherzone des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, von denen Hamborn nur das markanteste Beispiel ist, hat Detlev Vonde in dieser sehr beachtenswerten Hagener Dissertation zum ersten Mal systematisch darzustellen versucht. Unverkennbar ist dabei der Einfluss Lutz Niethammers, dessen kleine Studie über Borbeck vor zehn Jahren auf den Typus »defizienter« Urbanisierung aufmerksam gemacht hatte, der das nördliche Ruhrgebiet bis heute stark bestimmt. Die erfahrungsgeschichtlichen Dimensionen, auf die Niethammer den Schwerpunkt gelegt hatte, fehlen bei Vonde leider fast völlig; Mittelpunkt seiner Analyse sind die Stadterhebungsanträge der Industriedörfer von den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bis 1914, von denen aufgehend Stadtentwicklung und Infrastruktur der Gemeinden, die Stadterhebungspraxis der preußischen Bürokratie, die aus der Verwaltung nach den Landgemeindeordnungen sich ergebenden Probleme und nicht zuletzt die Machtstrukturen und Interessenkonflikte der verschiedenen beteiligten Gruppen untersucht werden.

Die beiden ersten Teile (S. 26–126), die Fallstudien über Altenessen, Hamborn und Wanne-Eickel enthalten, lassen allerdings gerade bezüglich des letztgenannten Gesichtspunktes viele Fra-

gen offen und sind auch oft zu oberflächlich. Die Gemeindeverwaltung agiert, ein Verein bildet sich, ohne daß man erführe, wer sich dahinter jeweils verbirgt und aus welchen Gründen welche Interessen verfolgt. Der dritte, systematisch angelegte Teil (S. 127–201) gleicht diese Defizite aber weitgehend aus. Bis zum Schluß unklar bleibt lediglich die Einstellung und das Verhalten der großen Masse der Bevölkerung: der Bergarbeiterschaft. Ausführlich und überzeugend wird dagegen dargestellt, welche Absichten Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen verfolgten, wie sich die Interessen von Bergwerksgesellschaften und Großindustrie im rheinischen und westfälischen Teil des Ruhrgebiets unterschieden; aus welchen Gründen sich die preußische Industriedorf-Politik um 1898 änderte und zu einer extrem restriktiven Praxis überging und welche Bedeutung die ungewöhnliche Sozialstruktur der Gemeinden mit dem zunächst fast völligen Fehlen eines kleinen und mittleren gewerblichen Bürgertums hatte. Als sich eine solche bürgerliche Mittelschicht am Anfang des 20. Jahrhunderts allmählich herausbildete, gehörte sie zu den stärksten Verfechtern einer Stadtrechtsverleihung. Vonde arbeitet sehr klar heraus, wer von dem »ländlichen« Rechtsstatus der Industriegemeinden profitierte und weist insbesondere auf die Auswirkungen der »Meistbegüterten-Klausel« in der rheinischen Landgemeindeordnung hin, nach der die größten Grundbesitzer automatisch Sitz und Stimme im Gemeinderat erhielten und diesen oft mit einer absoluten Mehrheit dominierten.

An dieser Stelle beginnen auch Fragen deutlich zu werden, die z. T. jedoch über die Arbeit von Vonde hinausweisen. War die rechtliche Erlangung des Stadt-Status wirklich so wichtig, wenn einerseits durchaus auf die Leistungsfähigkeit der Industriedörfer verwiesen wird, andererseits

(vgl. S. 88) die Stadterhebung offenbar auch Nachteile für die Gemeinde befürchten ließ? Gerade weil Vonde sich einer kritischen Perspektive verpflichtet weiß, die »Bruchstellen« und vertane Chancen aufdecken will, fragt man sich, wie groß diese Chancen tatsächlich waren, da doch die eigentlichen sozialräumlichen und sozialgeschichtlichen Probleme der Region – die unausgewogene gewerbliche Struktur, das Fehlen gewachsener Ortskerne, die Zerschneidung der Landschaft durch Eisenbahnlinien usw. – von dieser rechtlich-politischen Frage weitgehend unabhängig waren. Das Gewicht dieser »Basisprozesse« verliert Vonde oft zu stark aus den Augen (wie auch der Begriff »Industrialisierung« im Untertitel der Arbeit ein kleiner Etikettenschwindel ist!). Ob die »Provinzialisierung« der Region (S. 200) erst durch die schließliche Eingemeindung besiegelt wurde, kann man aus denselben Gründen bezweifeln. Aber diese Bemerkungen verweisen eher auf die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen zur Urbanisierung im Ruhrgebiet, für die diese Arbeit trotz mancher Schwächen Voraussetzungen geschaffen und viele Anregungen gegeben hat.

Bielefeld

Paul Nolte

CÄCILIA SCHMITZ, *Bergbau und Verstädterung im Ruhrgebiet. Die Rolle der Bergwerksunternehmen in der Industrialisierung am Beispiel Gelsenkirchen (Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum 39), Bochum: Deutsches Bergbau-Museum 1987, Anlagen, 104 S.*

Die Verfasserin beabsichtigt mit ihrer Arbeit, einer Hamburger Dissertation aus dem Jahre 1984, am Beispiel des Arbeitersiedlungsbaus einen wesentlichen Aspekt des Verstädterungsprozesses im Ruhrgebiet zu verdeutlichen. Sie geht zu Recht von der These aus, Urbanisierung und Industrialisierung als eigenständige Abläufe zu betrachten und vernachlässigt deshalb in ihrer Analyse legitimerweise die Rolle des Bergbaus

als Leitsektor der Industrialisierung, um seine Rolle als Städtebauer hervorzukehren.

Vf. beginnt ihre Darstellung mit einer Untersuchung des Verstädterungsprozesses, will sagen, der demographischen Entwicklung im Raum Gelsenkirchen, wobei sie wichtige Resultate der Ruhrgebietsforschung rekapituliert. In einem zweiten Schritt führt sie die bekannten Rahmenbedingungen vor (Städteordnungen, Fluchtliniengesetz, Ansiedlungsgesetz u. dgl.), mit denen es die preußische Gesetzgebung Gemeinden und Unternehmen ermöglichte, die Probleme von Industrialisierung und Urbanisierung zu bewältigen. Das Hauptgewicht der Arbeit liegt auf dem dritten Kapitel, in dem Voraussetzungen, Absichten, Möglichkeiten, Hindernisse und Kontroversen bei der Errichtung von Bergarbeitersiedlungen durch die Zechengesellschaften analysiert werden. Die Schilderung, wie sich durch solche Baumaßnahmen das Landschafts- und Stadtbild sowie die Wohnungsverhältnisse veränderten, schließt die Darstellung.

Mit ihrem Appell an die Historiker, außer demographischen, verfassungs- und verwaltungsgeschichtlichen Gesichtspunkten in der Urbanisierungsforschung auch die der Politologen, Soziologen und Stadtplaner zu berücksichtigen (S. 9 f.), rennt Vf. offene Türen ein. Die vollmundige Forderung nach einer komplexen Sichtweise kann die Vf. selbst nicht einlösen, sonst hätte sie sich auch der soziostrukturellen und sozialpsychologischen angenommen, die sich in ihrem Thema verbirgt. Die Modellstudie von Croon / Utermann (Zeche und Gemeinde, 1958) z. B. sucht man in ihrer Bibliographie vergebens. Sie scheint sich darüber (S. 90) nicht ganz im klaren zu sein, daß die Zechenkolonien vor allem für die Zuwanderer errichtet wurden, weil die einheimischen Bergleute bereits ansässig waren, und daß zwischen Einheimischen und Koloniewohnern erhebliche soziale Spannungen herrschten (»Polacken«-Problem!). Sie hätte Einwanderungsbewegung und Siedlungsbau nicht als isolierte Phänomene abhandeln dürfen; stattdessen wäre es notwendig gewesen, den engen Bezug herauszuarbeiten, in dem beide standen.

Obwohl sie die Literatur nicht voll ausschöpft – wann ist das allerdings je möglich? – kann die

Vf. ihre von G. Ipsen abgeleitete Hypothese, daß der Bergbau im Ruhrgebiet städtegründend wirkte, gut belegen und ein durchaus noch beachtliches Ergebnis liefern. Es gelingt ihr nämlich nachzuweisen, was für eine entlastende Funktion der privatwirtschaftliche Siedlungsbau für die Haushalte der durch Leistungsaufgaben überforderten Industriegemeinden besaß. Denn etwa ein Drittel der für eine Koloniegründung erforderlichen Investitionskosten wurde für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen aufgebracht, für Straßenbau und -unterhaltung, Ver- und Entsorgung, Schullasten, Polizeilasten u. dgl. Leistungen für Kirchengemeinden sowie freiwillige Sozialleistungen kamen noch hinzu. Vf. übersieht nicht die Nachteile dieses Systems für die Siedlungsbewohner, die als Arbeitnehmer und als Mieter in eine doppelte Abhängigkeit von der Zechenleitung gerieten; doch will sie diesen konfliktträchtigen Tatbestand gegenüber den effektiven Vorteilen nicht überbewerten.

Münster

Wolfgang R. Krabbe

JUAN RODRIGUEZ-LORES / GERHARD FEHL (Hrsg.), *Die Kleinwohnungsfrage. Zu den Ursprüngen des sozialen Wohnungsbaus in Europa (Stadt-Planung-Geschichte 8), Hamburg: Christians 1987, 450 Seiten, zahlreiche Abbildungen, DM 58,-.*

Die Erforschung und Darstellung der Geschichte von Urbanisierung und Verstädterung ist seit einiger Zeit keineswegs mehr nur eine Domäne der Historiker, sondern ein interdisziplinäres Geschäft mit vielseitigen innovativen Zugriffswegen. Den beiden Herausgebern des hier anzuzeigenden Sammelbandes – Ergebnis einer Tagung in der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg im Jahre 1985 – gebührt das Verdienst, mehrfach in den letzten Jahren intensiv die Aspekte von Planungstheorie und Stadtplanungsgeschichte in die fächerübergreifende Diskussion über die Elemente moderner Stadtentwicklung seit dem frühen 19. Jahrhundert, eingebracht zu

haben. Nach Bänden über Stadterweiterungen und Städtebaureform im 19. Jahrhundert sowie über den Wohnungsbau im Zweiten Weltkrieg (hrsg. zusammen mit Tilmann Harlander) zeigt auch diese Aufsatzsammlung wieder, wie fruchtbar der Austausch über die Disziplinzäune (und über nationale Grenzen) hinweg ist; er beweist aber darüber hinaus, daß im Grunde alle sogenannten Gegenwartswissenschaften von einer Historisierung ihrer Fragestellungen und methodischen Verfahren nur profitieren können: Auch diesmal haben neben historisch interessierten Stadtplanern und Architekten wieder Historiker, Denkmalpfleger, Soziologen und Geographen Beiträge geliefert und auf ihre jeweilige Weise Elemente der Entstehung des gemeinnützigen (Klein-)Wohnungsbaus aufgedeckt.

Nach einer Einleitung der Herausgeber, die einen informativen Überblick über den Forschungsstand zur Geschichte des Kleinwohnungsbaus liefert und den Fragerahmen absteckt, folgen drei Blöcke mit acht, dann je sechs Aufsätzen. Im ersten Block werden zunächst Grundfragen der Beziehungen zwischen Kleinwohnungspolitik und Städtebau/Stadtplanung in Deutschland erörtert (z. B. zeitgenössische Auffassungen und Debatten zur Wohnungsfrage sowie Fragen nach den gesetzlichen Vorgaben, der Finanzierung, den Trägern und Zielen insbesondere des Werkssiedlungs- und Arbeiterwohnungsbaus, den Verbindungslinien zwischen Nahverkehr und Wohnungsbau u. ä.). Die Beiträge des zweiten Blocks zeigen dann an deutschen Beispielen, wie, d. h. auch mit welchen handfesten Absichten, bis zum Ersten Weltkrieg konkrete Kleinwohnungspolitik »vor Ort« betrieben worden ist (so in Freiburg, Bremen, Mannheim, Braunschweig, Hamburg und Ulm). Im dritten Block von Beiträgen werden schließlich die um 1900 in anderen europäischen Staaten geschaffenen gesetzlichen Grundlagen des »Billig-«, »Volks-« bzw. »Arbeiterwohnens« vorgeführt, dies in allen sechs Fällen (Belgien, England, Holland, Italien, Spanien und Österreich) vor dem Hintergrund der jeweiligen Entstehungszusammenhänge und verfolgten Konzepte, aber auch mit Ausblicken auf die praktischen Ergebnisse. Die wichtigsten Erkenntnisse

aus allen Beiträgen haben die Herausgeber übrigens bereits in ihrer Einleitung gut lesbar vorgestellt und damit den Zugang zu dem voluminösen Band sehr erleichtert. Beigegeben sind zudem den einzelnen Aufsätzen Quellen- und Literaturverzeichnisse sowie meistens auch Abbildungen und Planskizzen, so daß dieser Sammelband – zusammen mit einem vorgesehenen Ergänzungsband, in dem die Texte der behandelten Wohnungsgesetze und wichtige Dokumente der wohnungsreformerischen Debatten abgedruckt werden sollen – durchaus mehr liefert und darstellt als nur eine Addition von exemplarischen Einzelanalysen: Er hat partiell Handbuch- und Nachschlagewerkcharakter (auch wenn leider entsprechende Register fehlen!). Insofern ragt er deutlich aus der ständig wachsenden Zahl schnell produzierter Tagungsdokumentationen heraus.

Siegen Jürgen Reulecke

TILMANN HARLANDER / KATRIN HATER / FRANZ MEIERS, *Siedeln in der Not. Umbruch von Wohnungspolitik und Siedlungsbau am Ende der Weimarer Republik (Stadt – Planung – Geschichte 10)*, Hamburg: Christians Verlag 1988, 360 S., DM 49,50.

Die »Grauzone« der Stadtrandsiedlungen zwischen großstädtischem Mietwohnungsbau und ländlichen Baustrukturen war bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Mit diesem Buch wird eine Untersuchung der 1931 mit der Brüning'schen Notverordnung eingeleiteten Stadtsiedlungsprogramme vorgelegt, die damals eine enorme Resonanz in der Öffentlichkeit fanden. Obwohl rein quantitativ betrachtet, angesichts des Millionenheers von Arbeitslosen nur ein »Tropfen auf dem heißen Stein«, war dieses Programm nicht nur propagandistisch, sondern auch in der praktischen Durchführung unbestreitbar sehr erfolgreich (S. 9).

Die Studie untersucht die Debatte um Stadtrandsiedlungen 1931, ihre Vorläufer und die

ökonomische, politische und soziale Situation als Ausgangsbedingung. Das »wilde Siedeln«, längst Realität, sollte mit diesem Programm in geordnete Bahnen gelenkt werden. Anschließend werden Ziele und Inhalt des Programms, Art und Weise der Durchführung, Kosten und Finanzierungen, Auswahl und Organisation der Siedler und schließlich die arbeitsmarktpolitischen Effekte skizziert. Anhand einer Fallstudie am Beispiel Düsseldorfs wird dann die Durchführung und Realisierung konkretisiert und mit einer empirischen Siedlerbefragung werden Bewertungen und Einschätzungen der Siedler ergänzt. Dabei wird eine erstaunliche bauliche und soziale Stabilität derartiger Stadtrandsiedlungsstrukturen deutlich.

Dem »wildem Siedeln« kommt nach Meinung der Autoren in Krisensituationen eine wichtige Ventilfunktion zu. »Gerade in diesen Zeiten wird im Rückzug des finanzschwachen Staates aus dem Sozialwohnungsbau mit all seinen Folgen deutlich, daß Mietwohnen für einkommensschwache Gruppen immer auch sozialstaatlich alimentiertes Wohnen ist. ... In der Übergangsphase von dem konkreten Handlungsdruck auslösendem Höhepunkt der Wohnungsnot und des »wildem Siedelns« bis zum Erreichen (relativer) Vollbeschäftigung übernimmt dann die staatlich geförderte und kanalisierte Selbsthilfe und Selbstversorgung in der Kleinsiedlung wohnungspolitisch wichtige Aufbau- und Legitimationsfunktionen« (S. 19).

Mit dieser Studie wird auch ein Beitrag zur Frage Kontinuität oder Bruch geleistet, ob die Stadtrandsiedlungen der Weltwirtschaftskrise als Zwittergebilde zwischen Stadt und Land eher Reformansprüchen folgten oder der konservativen Reaktion. So entsprangen die zentralen Kennzeichen der NS-Wohnungsbaupolitik nicht nationalsozialistischer Konzeption und der Zeit nach 1933, sondern sie knüpften an die wirtschaftliche Entwicklung, gebunden an das Instrumentarium von Weimar an, allerdings in eigener Akzentuierung und Intensität. »Danach war auch der Systembruch 1933 in der praktischen Wohnungspolitik eher durch Kontinuitäten, als durch Brüche gekennzeichnet« (S. 9). Im Verständnis dieser Kontinuitäten liegt auch der

Schlüssel für die Erklärung, warum viele prominente Vertreter des »neuen Bauens«, wie L. Migge, M. Wagner, B. Taut u. a. nach 1930 auf die Diskussion um Selbsthilfe und Kleinsiedlung einschwenkten. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis und ein Dokumenten-Anhang machen das Buch zu einem wichtigen Nachschlagewerk für die Siedlungstätigkeit der Weltwirtschaftskrise.

Hamburg Dirk Schubert

URSULA HENN, *Die Mustersiedlung Ramersdorf in München. Ein Siedlungskonzept zwischen Moderne und Tradition, München: Uni-Druck 1987, zahlr. Abb., 432 S., DM 28,80.*

Dieses Buch ist mehr als die Geschichte einer Siedlung: Ramersdorf steht exemplarisch für die weitgehend vergessene Richtung »gemäßigte Moderne« zwischen beiden Weltkriegen und ist besonders geeignet für eine solche Darstellung, weil dort die »Deutsche Siedlungsausstellung München 1934« stattfand. 23 Architekten haben daran mitgewirkt, die sicherlich einen repräsentativen Querschnitt der in und um München wirkenden Baumeister um 1930 darstellen, Namen wie F. Defregger, F. S. Ruf und L. Knidelberger belegen das.

Ziele der Verfasserin sind:

- Qualitäten von Alltagsarchitektur deutlich zu machen
- auf die Bedeutung der Richtung »gemäßigte Moderne« hinzuweisen, denn »Wissenschaftliche Einzeluntersuchungen ... haben die Kenntnisse über die Moderne inzwischen so erweitert, daß dies in der Architekturgeschichtsschreibung einer Überbetonung gegenüber der gleichzeitigen anderen Architektur gleichkommt« (S. 8)
- die Entstehungsbedingungen einer solchen Siedlung in der Übergangszeit zwischen Republik und NS-Staat herauszuarbeiten
- die Entwicklung/Nutzung der Siedlung bis heute darzustellen und zu werten.

Der informative Einleitungsteil der Arbeit

schildert die Entwicklung des Wohnungsbaues in Deutschland/München mit dem Schwerpunkt Kleinsiedlungswesen von etwa 1900 bis in die NS-Zeit. Dabei werden von der Verfasserin die gesetzlichen Grundlagen und die unterschiedlichen Vorstellungen beim Wechsel von der Weimarer Republik zur NS-Zeit besonders deutlich gemacht. »Die dritte Notverordnung des Reichspräsidenten möchte erreichen: Die Siedlung werde der unerwünschten Milieu- und Zellenbildung zweckmäßig begegnen, dem Radikalismus und der Staatsfeindschaft entgegenwirken, die in der Großstadt zusammengeballten Arbeitermassen auf die verschiedenen Stellen des Stadtrandes verteilen und damit die Unruheherde auflösen« (S. 46).

Nach 1933 ändern sich diese Ziele: »Alles war auf eine Wirtschaftsbelebung ausgerichtet. Der Siedlungsbau war keine Maßnahme mehr, die auf den einzelnen gerichtet war, um ihn durch Mithilfe am Bau zu binden und ihn abseits des Arbeitsprozesses auf der Siedlungsstelle wirtschaften zu lassen« (S. 129). Eigenheimbau wurde jetzt gefördert »... im Sinne der Arbeitsschlacht, weil auf diese Weise für die Arbeitsbeschaffung ein Mehrfaches der zur staatlichen Förderung angesetzten Kräfte aus Privatmitteln herangelockt werden konnte« (S. 129, Anm. 267).

Zwischen diesen beiden Polen entsteht Ramersdorf, bestimmt durch die Person des Architekten Guido Harpers, der neben seiner Arbeit im Hochbauamt als Schriftleiter der Zeitschrift »Baumeister« tätig ist. Er ist besessen von der Idee, daß »die Qualität bei alltäglichen Bauaufgaben erhöht werden müßte« (S. 98). Als er 1933 – im Zusammenhang mit der Machtergreifung Leiter des Referates für Wohnungs-, Siedlungswesen und Arbeitsbeschaffung wird, setzt er, die Gunst der Stunde nutzend, für Ramersdorf den Wettbewerb für eine Siedlungsausstellung durch. Bereits 1934 wird diese mit immerhin 192 Häusern eröffnet – und von hohen Parteistellen fast totgeschwiegen.

Die Verfasserin rekonstruiert minutiös den dramatischen Werdegang. Diese Darstellung ist besonders wertvoll, gibt sie uns doch von allen Einzelheiten der Konzeption, Finanzierung,

rechtlichen Abwicklung usw. eines damaligen Siedlungsprojektes eine konzentrierte Vorstellung. Erstaunlich ist, daß trotz der politischen Lage und des Termindruckes von Harpers ein auch noch heute beispielhaftes Konzept für eine Einfamilienhaussiedlung erarbeitet wurde, mit Prinzipien wie Aufnehmen von Blick- und Bezugspunkten, Ausbildung eines räumlich bestimmten und deutlich gefaßten hierarchischen Straßennetzes und Ordnen der Grundstücke um gemeinsame Grünräume (Anger), die durch Fußwege verknüpft sind.

Dem vorbildlichen städtebaulichen Konzept entsprechen einfache, klare und gleichbehandelte Details: »Charakteristisch für sämtliche Häuser war ihre Motivlosigkeit. Eine Charakterisierung, die Schumacher für Tessenows Arbeit in Helleran formuliert hat, als er die Entwicklung weg vom Malerischen und Dekorativen im Hausbau beschrieben hat« (S. 257). Hierbei ist die Dokumentation der 34 Haustypen (M 1:300 mit unterschiedlicher Abbildungsqualität) eine hochinteressante Mustersammlung.

Insgesamt gilt für Ramersdorf: »Es war die einheitliche Behandlung der ganzen Siedlung, die die Vielfalt zuließ und interessant machte. Oder umgekehrt, die Vielfalt war so wichtig, damit der einheitliche Duktus nicht zur Monotonie erlahmte« (S. 256). Der prägnanten Schilderung der Anlage folgt die Beschreibung der Nutzung bis heute. Ramersdorf hat den Krieg gut überstanden, wurde als schützenswertes Ensemble unter Denkmalschutz gestellt und durch einen Bebauungsplan gesichert. Aber da es natürlich einen erheblichen Veränderungsdruck gibt, sind der unverfälschten Erhaltung doch Grenzen gesetzt. Diesen Konflikt schildert die Verfasserin, sie nimmt engagiert Stellung zum Problem »Freiheit und Bindung«. Sie zeigt, was Bewohnern zumutbar ist – ohne sie unnötig einzuengen, und wie dabei Festsetzungen sinnvoller zu formulieren bzw. zu handhaben sind. Fazit: Das Buch weist überzeugend am Beispiel Ramersdorf nach, wie wertvoll und interessant Alltagsarchitektur selbst in Form einer Einfamilienhaussiedlung werden kann, wenn Planer das städtebauliche Handwerkszeug beherrschen und willens sind, »den Typ« zu variieren, Rücksichtnahme und

Angemessenheit zur Grundlage der Gestaltung zu machen. Darüber hinaus zeigt die Verfassung, »daß einerseits nicht alles, was 1934 gebaut wurde, von den Nazis gestützt wurde. Andererseits war nicht jedes Haus mit steilem Dach als ein Manifest gegen die Moderne gemeint, sondern es war nichts anderes als ein normaler Bestandteil des Wohnalltags« (S. 419). Das macht das Buch wertvoll und spannend: Es zeigt eine Alternative zu unserem – meist trostlosen – Siedlungsalltag.

Kassel

Hans Schmalscheidt

WERNER DURTH / NIELS GUTSCHOW, *Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, Braunschweig / Wiesbaden: 1988, Abb., 1070 S., DM 298,-.*

Es waren nicht nur die Träume, die in Trümmern lagen, es waren die ganz realen Häuser, Straßen und Städte. Und es war nicht, wie es eine ideale Geschichtsschreibung so gern hätte, ein Volk, das die Fesseln der Tyrannei abgeschüttelt hätte und mit dem Bild einer neuen Gesellschaft, einer Demokratie den Anfang gewagt hätte – ein Anfang, der auch in Architektur und Städtebau ablesbar wäre. Nein, es war alles viel einfacher und komplizierter, viel banaler, viel mittelmäßiger. Auf der einen Seite steht die quantitative Aufbauleistung nach 1945: ein Land baut sich (fast) neu, eine gigantische Anstrengung und eine Leistung, die kaum zu überschätzen ist. Denn nicht nur hat heute (fast) jeder eine Wohnung, sondern diese sind auch nach Ausstattung und Größe besser als alles, was es jemals als »Massenwohnung« gegeben hat – auch besser als die vielgerühmten Wohnungen des Neuen Bauens der zwanziger Jahre. Auf der anderen Seite aber steht die architektonische Leistung, die wir allenfalls mit Skepsis heute sehen, wenn auch der Neubau damals weitgehend im Einklang mit dem Willen der Bevölkerung stand. Letztlich war er das Ergebnis von Kompromissen in personeller, stilistischer und technischer Hinsicht.

Denn selbstverständlich ist die Annahme absurd, nach der Zerstörung, die Trümmer und Wohnraumnot hinterließ, würde ein neuer Stil, eine neue Architektur entstehen; die Architekten, die vertrieben wurden, würden jetzt ihre moralische und architektonische Kompetenz ausspielen und neue, bessere Planungen als die des Dritten Reiches entwickeln. Vielmehr waren sie es ja, die aus der Isolation kamen, die keine Erfahrung besaßen über 12 Jahre hinweg. Die hatten hingegen die Architekten des »Arbeitsstabes Wiederaufbauplanung zerstörter Städte«, die schließlich seit 1943 an diesem Problem arbeiteten. Und es war im Grunde nur zu verständlich, daß diese dann auch zur Wiederaufbauplanung herangezogen wurden – ganz unabhängig von einer moralischen Wertung. Es ist nicht den Architekten als Berufsstand nachzutragen (zumal ihre kommunalen Auftraggeber offenkundig genauso dachten), allenfalls den einzelnen Menschen.

In dem hier vorgelegten voluminösen, zweibändigen Werk, das sich mit der Geschichte des Wiederaufbaus befaßt – ein Begriff im übrigen, der im Verlauf der Untersuchung problematisiert wird – wird eine gewaltige Menge an Material zusammengetragen, das die verschiedenen Positionen im Rahmen des Städtebaus und der Architektur reflektiert. Das gab es bisher nicht einmal ansatzweise, weder im Umfang noch in der Genauigkeit und Tiefe der Durchdringung.

Die Verfasser gliedern den Stoff in zwei Teile: ein Band »Konzepte«, der die durchgehenden Linien zieht – die der personellen Verflechtung wie auch die der Konstanz der Ideen (auch international). Ein zweiter, ungleich umfangreicherer Band enthält Studien zu einzelnen Städten mit ihren Planungen zum Aufbau nach 1945: einer Bilanz der Schäden, einen Rückblick auf die wichtigsten Diskussionsstränge und Planungsstudien und einer vorläufigen Bilanz des Wiederaufbaus. Hinzu kommen ausführliche Anhänge mit Dokumenten und weiterführenden Hinweisen sowie den Kurzbiographien der Akteure (die aber besser zusammenhängend am Schluß stünden).

Natürlich läßt sich hier kritisch reden, und die Autoren nehmen die wichtigsten Einwände auch schon im Vorwort vorweg (eine Gemeinheit ge-

genüber den Rezensenten!). Die Auswahl der Städte ist wenig überzeugend – nicht München, nicht Berlin, keine Stadt des Ruhrgebietes. Das Buch ist in diesem Sinne als ein »work in progress« zu sehen, als Zwischenbilanz, die fortgesetzt werden muß.

Zwei andere kritische Hinweise scheinen mir aber notwendig, die an methodische Probleme rühren. Zum einen wird bei der Referierung der damaligen Positionen und des heutigen Ergebnisses durch die Autoren Stellung bezogen – sie haben eine Meinung. Das ist sicherlich richtig und notwendig – notwendig wäre aber auch, deren Grundlagen offen zu legen. So geht sie häufig unterschwellig in den Text ein; die Bewertung wird nicht immer klar von den Fakten getrennt und begründet.

Zum anderen entsteht in der Art des Schreibens die Frage, ob Begriffe, Theorien und Konzepte, die längst vor 1933 entwickelt wurden, durch deren Verwendung im Dritten Reich auch für heute tabuisiert werden müssen. Ein schwieriges Problem, keine Frage; die Autoren aber belassen es häufig bei der Verwendung nach 1933 und 1945 – ohne die Vorgeschichte: sie kritisieren mit dem Hinweis auf die frühere Verwendung die spätere. Mir scheint aber nicht so sehr die Kontinuität der Konzepte das Problem zu sein – darf man nach 1945 keine Nachbarschaftseinheiten entwickeln, weil es vorher die »Ortsgruppe als Siedlungszelle« gab? – sondern das der Personen und die ihres ungeklärten, nicht reflektierten Berufsverständnisses.

Dennoch: als Ganzes gelingt den Autoren der angestrebte und notwendige Überblick über jene Jahre, mit vielen neuen Erkenntnissen, auch über die Grenzen Deutschlands hinweg. So gibt es ja das merkwürdige Phänomen, daß sich in Deutschland 1943 der Speersche »Arbeitsstab Wiederaufbauplanung« konstituierte, und zur gleichen Zeit in Großbritannien Überlegungen über die Wohnraumversorgung im zerstörten Deutschland angestellt wurden (wie Harald Schulte in seiner Arbeit über den Wiederaufbau Hannovers berichtet). Die Art, wie der Wiederaufbaustab arbeitete (der nicht die einzige, aber die am effektivsten arbeitende Organisation war, die sich mit dieser Aufgabe befaßte), machte die

Zerstörung »handhabbar«, indem organisatorische und personelle Grundzüge der Arbeit nach dem Kriege festgelegt wurden. Das heute nachzulesen, hat etwas beinahe Gespenstisches: wie Krieg und Zerstörung kartographisch und organisatorisch erfaßt wurden, während ringsum die Städte in Trümmer sanken. Tatsächlich gingen die Planungen unmittelbar nach Kriegsende weiter, die Architekten fühlten sich »der Sache« verpflichtet und die war immer, in ihrem Selbstverständnis, unpolitisch. Helmut Hentrich, Chef eines der größten Architekturbüros der Bundesrepublik, erzählt von »14 Tagen Urlaub« nach dem 8. Mai 1945; Friedrich Tamms, Erbauer noch heute stehenden Flaktürme und »beauftragter Architekt des Generalinspektors für die Reichshauptstadt«, wurde in den sechziger Jahren einer der einflußreichsten und erfolgreichsten Stadtplaner und reflektierte 1963 schon wieder über den nächsten (Atom-)Krieg; er definierte dabei die »Normalzeit« als »Zeit eines »gemäßigten Kalten Krieges«, die der »Vorbereitung auf den Ernstfall« diene. Es war eben alles ganz normal.

Die Architektur spielte bei all diesen Planungen eine vergleichsweise geringe Rolle. Das, was spätere Historiker in einigen Bauten um 1950 eine kurze Zeit in Andeutungen entstehen sehen: eine »demokratische« Architektur, die Offenheit als Hoffnung auf gesellschaftliche Offenheit architektonisch ausdrückt, das wird wenig reflektiert. Der Aufbruch blieb isoliert und auf wenige Architekten beschränkt. Danach wurde das Bauen immer stärker zum Ausdruck nur technischer Vorgaben, zum »Vulgärfunktionalismus« (Chr. Norberg-Schulz) der sechziger und siebziger Jahre.

Der Fachmann war wieder gefragt, der Macher. Wer zweifelte, wer vorsichtig nach dem Ausdruck eines neuen Selbstverständnisses einer sich neu formierenden Gesellschaft suchte, stand bald schon am Rande. So kam es, daß vor 1945 erfolgreiche Architekten auch nachher erfolgreich blieben, während andere, die sich dem Dritten Reich entzogen hatten, auch nach dessen Ende nur selten große Erfolge erzielten.

Die Frage nach dem »Bauen in der Demokratie« wurde zwar gestellt, aber die Antwort war

eher eine Angelegenheit von Sonntagsreden; sie ging im Bauboom unter, und sie ist bis heute nicht beantwortet.

Hamburg

Gert Kähler

OLAF GIBBINS, *Großsiedlungen. Bestandspflege – Weiterentwicklung, München: Callwey 1988, 160 S., DM 88,-.*

Nach einer Phase der heftigen Auseinandersetzungen um Großsiedlungen ca. zwischen 1984 und 1986 ist es derzeit ruhiger geworden, kaum noch spektakuläre Berichte in der Presse, aber auch in den Fachzeitschriften scheint das Thema nicht mehr im Vordergrund zu stehen. Die Vermietungs- und Leerstandsprobleme scheinen nicht zuletzt durch die Aussiedler zumindest kurzfristig »gelöst« zu sein, so daß der Problemdruck sich zumindest abgeschwächt darstellt. In dieser Phase kommt ein Buch zum Thema gerade recht, bietet es doch Ansatzpunkte, sich langfristig und fundierter mit den Großsiedlungen, auf die alle einmal stolz waren, auseinanderzusetzen.

Zunächst wird eine Übersicht über den Bestand und die Struktur der Großwohnsiedlungen gegeben – eine Übersicht, die wegführt von den immer zitierten spektakulären Einzelfällen hin zu einer Vielfalt unterschiedlicher Bau- und Siedlungsformen. Während die spektakulären Einzelbeispiele nur ca. 10–15 Siedlungen ausmachen, gibt es ca. 50 Siedlungen mit »latentem« Problemdruck und eine Vielzahl von Siedlungen, die derzeit noch keine besonderen Probleme haben.¹² Da ein Großteil des Sozialwohnungsbestandes in diesen Siedlungen konzentriert ist, scheint hier besondere Aufmerksamkeit vor dem Hintergrund der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit und dem Auslaufen von Bindungen durch planmäßige und vorzeitige Rückzahlung öffentlicher Baudarlehen geboten. Die »negative Kettenreaktion«, die sich bei den »Problemsiedlungen« abzeichnen kann, wird von den Autoren in einem »Kausalmodell« idealtypisch dargestellt (19).

Den Schwerpunkt des Buches bildet dann die Aufnahme und Bewertung der baulichen, wohn-

nungsbezogenen und städtebaulichen Mängel. Hier wird ein System der Erfassung und Bewertung vorgeschlagen, das auch eine Kostenermittlung und Einschätzung der Modernisierungsfähigkeit ermöglicht.

Die baulichen Probleme in den Großsiedlungen sind nicht zu trennen von den sozialen Problemen, zumal viele Großsiedlungen zu »sozialen Brennpunkten« geworden sind, wo Mietzahlungsprobleme, Arbeitslosigkeit und einkommensschwache Haushalte gehäuft auftreten. Hier werden sozialplanerische Arbeitsansätze und Methoden vorgeschlagen, die in integrierte Maßnahmenkonzepte überführt werden können.

Dabei werden sowohl methodische Ansätze zur Planung und Durchführung als auch beispielhafte Lösungen, die schon in der Realisierungsphase sind, vorgestellt. Zur Erfassung und Bewertung bestehender baulicher Anlagen wird ein Strukturmodell (41) vorgeschlagen, das als Methode der Bestandsaufnahme für unterschiedliche Siedlungstypen gelten kann. Erst eine derartige differenzierte Bestandsaufnahme von Mängeln und Defiziten, aber auch von positiven Eigenschaften, ermöglicht sinnvolle konkrete Vorschläge für Verbesserungen.

Vor dem Hintergrund sorgfältiger Bestandsaufnahmen sollten auch die »Nachbesserungsmaßnahmen« gesehen werden, die bisher vorwiegend von den »Eigentümern »problematischer« Wohnungsbestände aufgrund wohnungswirtschaftlicher und sozialer Fehlentwicklungen sowie der Zunahme baulicher Schäden« ausgingen (92). Es geht mit diesem »Handlungskompendium« um eine langfristige Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in Großsiedlungen, bei der die Mitwirkung der Bewohner unerlässlich ist. »Radikale Lösungen wie Abriß oder Teilabriß, Rückbau oder ins Gewicht fallende Umnutzungen der Wohngebäude werden nur in wenigen Ausnahmefällen verwirklicht werden können, Routinelösungen für die Weiterentwicklung des Wohnungsbestandes in diesen Siedlungen werden allenfalls neue Monotonie erzeugen. Phantasie, Erfindungsreichtum und genaue Kenntnisse über die Mängel und deren Ursachen sowie über wirtschaftlich vertretbare Lösungsalternativen sind gefragt, um zu den für die ein-

zelne Siedlung angemessenen und bewohnergerechten Lösungen zu kommen« (7). Das Buch bietet eine gute Grundlage, weg von den Schlagworten wie »die Giganten liegen im Koma« oder »einfach in die Luft jagen« und hin zu einem fundierten, zukunftsorientierten Umgang mit den Großsiedlungen zu kommen.

Hamburg

Dirk Schubert

VERONIKA DARIUS, *Der Architekt Gottfried Böhm. Bauten der sechziger Jahre, Düsseldorf: Beton-Verlag 1988, Abb., 112 S., DM 80,-.*

Adel verpflichtet. Wer den Nobelpreis der Architektur, den Pritzker-Preis, erhält, der muß es sich gefallen lassen, mit der Elle kunsthistorischer Methodik gemessen zu werden. Das gilt auch für Gottfried Böhm, dessen Unlust an öffentlicher Selbstdarstellung und architektonischer Theoriebildung bekannt ist, und dessen oeuvre um so mehr nach theoretischer Aufhellung verlangt.

Dieser Aufgabe hat sich Veronika Darius unterzogen, in ihrer kunsthistorischen Dissertation an der Universität Bonn, die schon 1983 fertiggestellt wurde, aber erst jetzt als Buch erscheint. Sie hat sich in erster Linie des Frühwerks des Architekten angenommen und beschreibt methodisch sicher und einwandfrei alles, was zum Verständnis des Themas notwendig ist: Biographie, Werkübersicht, Baubeschreibung ausgewählter Bauten der sechziger Jahre und die Grundzüge der damaligen Architektur Böhms. Sie hat sich mit diesem Zeitabschnitt die »expressive« Phase seines Werkes ausgewählt, die einige seiner spektakulärsten und eindrucksvollsten Bauten umfaßt, wie z. B. die wunderschöne Wallfahrtskirche in Neviges. Sie stellt damit das Werk Böhms in den Zusammenhang einer Architektorentwicklung, die seit dem Expressionismus der zwanziger Jahre immer parallel zum »Internationalen Stil« der Moderne verlief: architektonisch äußerte sich das im Gegensatz einer Auffassung von Architektur als Unikat, als individuelle Lösung eines Problems, gegenüber einer, die den Typus (und damit sehr schnell die orthogonale

Einpaßbarkeit in einen vorgegebenen Zusammenhang) zum Ziel hatte.

Interessant wäre gewesen zu ergründen, ob sich bei Böhm auch etwas von den gesellschaftlichen Grundlagen des Expressionismus gehalten hat. Aber die Autorin bleibt konsequent auf dem Pfad der reinen kunsthistorischen Lehre und klammert diesen Bereich weitgehend aus. Insofern ist das Buch »rund«, abgeschlossen in sich, stilistisch sicher, etwas temperamentlos, wenn auch gut lesbar – eine wichtige und erhellende Arbeit. Die Methode der kunsthistorischen Betrachtung, angelegt an das Werk eines Architekten der Gegenwart, ist zwar ungewöhnlich, bewährt sich aber in hohem Maße.

Ein kritischer Einwand muß dennoch gemacht werden. Es zeigt sich nämlich, daß die methodische Qualität ihre Schattenseiten da hat, wo der tätige Architekt gefragt wäre. Mit anderen Worten: die Verfasserin hat vermutlich (was man ihr als Kunsthistorikerin kaum vorwerfen kann) nicht allzuviel Ahnung vom praktischen Bauen – von den technischen und finanziellen Voraussetzungen. Sie verweist zwar auf Bauschäden wie auch auf Unzufriedenheiten der Benutzer der Bauten, auch auf Unverträglichkeiten bei möglichen Veränderungen in der Nutzung. Aber der interessierte Architekt hätte dennoch gern etwas mehr über diese praktische Seite der Bauten gewußt, gerade weil sie erst zwanzig Jahre alt sind und gerade weil sie »etwas Besonderes« sind. Wie ist das technische Detail des Wandaufbaus in Neviges tatsächlich gelöst, und warum muß die Kirche schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit saniert werden? Wie sind die Grundrisse und Innenräume einer Wohnung in Köln-Chorweiler (die Abbildungen sind durchwegs von höchst mäßiger Qualität)? Was haben die Wohnbauten dort gekostet im Vergleich zu denen der Nachbarbauten, so daß damals der Vorwurf entstehen konnte, die Baugesellschaft habe die anderen Bauten sehr »billig« bauen müssen, um insgesamt eine tragbare Kostenmiete erreichen zu können?

Das sind Fragen, die nicht auf eine Kritik an der Architektur hinauslaufen, sondern deren Voraussetzungen und Veränderungen im Laufe der Zeit reflektieren. Das »Abgehobene« des Bu-

ches von Frau Darius ist so methodisch ein Vorteil und ein Nachteil, der noch Fragen offen läßt.

Hamburg

Gert Kähler

STADTENTWICKLUNG UND STRUKTURWANDEL, hrsg. von Edwin von Böventer (*Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge 168*), Berlin: Duncker & Humblot 1987, 137 S.

Die Zukunft der Städte ist unklar. Peripherien entfalten eine hohe Anziehungskraft, manche Innenstädte kämpfen ums Überleben als Zentren. Das Verhältnis von Innenstadtentwicklung und Suburbanisationsprozessen untersuchen Detlef Marx und Otto Ruchty. Sie sehen den bisherigen Vorzug des Umlandes gegenüber der Stadt in dessen höherem Umwelt- und Wohnwert. Der steigende Flächenverbrauch zwingt jedoch dazu, eine Eindämmung dieser Tendenz einzuleiten. Die bisher sichtbaren Konzepte zur Revitalisierung der Innenstädte und zum Verzicht auf eine Verbesserung der Infrastruktur im Umland, um dessen Sog-Effekt zu mindern, beurteilen die Autoren allerdings skeptisch. Horst Todt kann immerhin am Beispiel Hamburgs darstellen, daß die Innenstadt dann neue Attraktivität gewinnt, wenn sie ein breit gefächertes Angebot an Konsumgütern und Dienstleistungen vorzuweisen hat. Dabei sei es vonnöten, Händlern mit geringer Mietzahlungsfähigkeit durch Kooperation mit anderen und durch differenzierte Mieten zu unterstützen.

Dieter Bökemann zeigt, daß in Wien – und das dürfte für viele Städte gelten – lange Zeit in der Stadterweiterung die beste Lösung der Probleme gesehen wurde, die Stadterneuerung als das politisch unbequeme und mühsame Vorgehen wurde hingegen vernachlässigt. Dies habe sich inzwischen gerächt. Heute müsse man mit um so höheren Mitteln eingreifen, ohne daß schon angemessene gesetzliche Instrumentarien bereit stünden. In einem Simulationsmodell »SANSTRAT-Wien« (Sanierungsstrategien für Wien), das ausführlich beschrieben wird, sollen jetzt die Vor-

aussetzungen für eine konsequente Stadterneuerungspolitik verbessert werden.

Andere Gesichtspunkte bringen J. Hampe und E. von Böventer ins Spiel. Hampe leistet einen Beitrag zur Dynamisierung der Standorttheorie, indem er Stadtentwicklung und Städtensystem im sektoralen Strukturwandel betrachtet. Städte sind für ihn besonders wichtig als unternehmerische Entscheidungsfaktoren. Dabei sei zu unterscheiden zwischen dem »trägen« historisch gewachsenen Städtensystem, das durch den Strukturwandel höchstens langfristig verändert werde, und eben diesem Strukturwandel selbst. Das von ihm entwickelte dynamische Modell des sektoralen Strukturwandels will plötzliche und drastische – »chaotische« – Veränderungen in der Sektoralstruktur miteinbeziehen. Dies bedingt, daß bestenfalls kurzfristige Voraussagen möglich sind, nicht jedoch Prognosen für einzelne Standorte. Immerhin werden Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Faktoren deutlich.

Auch von Böventers Beitrag über städtische Agglomerationen und regionale Wachstumszyklen – vertikale und quer verlaufende Wellen – sollten keine »griffigen« Ergebnisse erwartet werden. Dazu sind die Agglomerationsvor- und -nachteile der Städte für Unternehmen und Haushalte – dies zeigt der Vergleich – viel zu unterschiedlich. Einige Bedingungen für das Wachstum kleinerer oder größerer Städte, auch unterlegt an historischen Entwicklungen, lassen sich hingegen bestimmen. Auf diese Weise kann einiges zur Entstehung des Nord-Süd-Gefälles und zur Verstärkung des West-Ost-Gefälles im Deutschland des 19. Jahrhunderts sowie zur steigenden Bedeutung Süddeutschlands im 20. Jahrhundert ausgesagt werden.

Der Band geht auf eine 1985 veranstaltete Tagung des Ausschusses für Regionaltheorie und Regionalpolitik im Verein für Socialpolitik zurück. Er vermittelt wesentliche Einblicke in die Entwicklungsprozesse von Stadt und Umland. Insbesondere aus der Vielzahl der erörterten Fragestellungen und Untersuchungsmethoden sowie der Offenlegung ungeklärter Probleme wird die weitere Forschung Gewinn ziehen können.

Freiburg i. Br.

Heiko Haumann

MEDET TEYMUR / TH. A. MARKUS / T. WOLLEY, *Rehumanizing Housing, Butterworth / London 1988, 194 S., £ 30,-*

Aktuelle Probleme des englischen Wohnungsbaus sind Gegenstand dieses Sammelbandes, der Beiträge und Diskussionen einer Konferenz von 1987 in London dokumentiert. Der Wohnungsbau in England läßt sich grob in drei verschiedene Sektoren einteilen: den privaten Mietwohnungsbau (private rented housing), den Eigenheimsektor (owner occupation) und den kommunalen Wohnungsbau (council housing). Vor allem um den kommunalen Wohnungsbau, seine Strukturen, Finanzierung, Architektur, Bauweise, Bewohner und Mieten, drehen sich die Beiträge dieses Buches. Dabei werden drei Schwerpunkte gesetzt: architektonisch-gestalterische Aspekte, städtebaulich-wirtschaftliche Aspekte und Fragen von der Vergangenheit bis zur Zukunft des Wohnungsbaus. »Rehumanizing the dehumanized« ist der Ausgangspunkt, der Wohnungsversorgungsprobleme als wichtiges derzeitiges Problem bezeichnet. »It is inextricably associated with a range of others – homeless, poverty, crime, vandalism, unrest and riots, unemployment, educational deprivation and ill-health« (S. 1).

Ein Großteil des derzeit aktuell kritisierten Wohnungsbestandes entstand aufgrund von Vorschlägen, die von zwei unabhängigen Kommissionen erarbeitet wurden: »Report of the local Government Boards for England, Wales and Scotland Dwellings for the working class« (Tudor Walters report 1918) – nach dem Vorsitzenden dieser Kommission und des Berichtes »Homes for Today and Tomorrow« (Parker-Morris Report, 1961). In diesen Berichten wurden Standards und Minimalausstattungen für Wohnungen festgeschrieben und gestalterische Vorschläge entwickelt, die zu vereinheitlichtem monotonen, aber auch teilweise bautechnisch problematischem Wohnungsbau führten (Th. A. Markus).

Soziale Probleme, die sich eher in unattraktiven Wohnungsbeständen kumulieren, sind Thema der Beiträge von M. Jones und T. Woolley. Hier wird die Frage aufgeworfen, ob eine

andere Form des Managements und der Wohnungsverwaltung gesellschaftliche Probleme lösen oder zumindest abschwächen kann, oder ob eine stärkere Beteiligung und Einschaltung der Bewohner und Mieter Verbesserungen erbringen kann.

Die zukünftige Entwicklung, wie sie im Teil III des Bandes thematisiert wird, ist natürlich vor dem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund (P. Malpass, J. Carter) Englands zu sehen. Mehr als andere Bereiche war vor allem der öffentliche Wohnungsbau von den Kürzungen öffentlicher Ausgaben betroffen und die derzeitige Neubauproduktion im kommunalen Wohnungsbau ist auf dem niedrigsten Stand seit den 20er Jahren angelangt. Die derzeitige Wohnungspolitik versucht eine Stärkung des Eigentumssektors und hofft auf den »Sickereffekt«, der davon ausgeht, daß bei der Förderung der oberen Einkommenssektoren bei den unteren Einkommensgruppen durch Sickereffekte Verbesserungen der Wohnraumversorgung entstehen. Zwar ist die englische Wohnungsverorgungssituation nicht ohne weiteres vergleichbar mit der in der BRD, aber perspektivisch gibt es eine Reihe ähnlicher Entwicklungen. In diesem Kontext sind internationale Vergleiche immer sinnvoll und nützlich.

Hamburg

Dirk Schubert

ARON TÄNZER, *Die Geschichte der Juden in Jebenhausen und Göppingen. Mit erweiternden Beiträgen über Schicksal und Ende der Göppinger Judengemeinde 1927–1945 neu herausgegeben von Karl-Heinz Rueß, (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Göppingen 23), Weissenhorn: Anton H. Konrad 1988, 662 S., zahlr. Abb. und Tabellen, DM 68,-.*

Das Buch A. Tänzers erschien erstmals anlässlich des 150. Jahrestages der Gründung der jüdischen Gemeinde in Jebenhausen und im 60. Jahr des Bestehens der israelitischen Gemeinde in Göppingen im Jahre 1927. Geschrieben im Blick auf

diese Jubiläen und zu einer Zeit, als die Juden in Deutschland völlig integriert zu sein schienen, neigt der Vf. im Rückblick zu einer die Probleme und Konflikte, die Kämpfe um die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung und Gleichstellung zu sehr harmonisierenden Darstellung. Zentriert auf Entstehung und Entwicklung der beiden Gemeinden und ihrer Einrichtungen geraten gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen mitunter etwas an den unscharfen Rand des Blickfeldes. Man vermißt insbesondere auch Hinweise auf binnenjüdische Kontroversen, z. B. zwischen jüdischer Selbstbewahrung und Assimilation, zwischen Traditionalisten, Liberalen und Zionisten, zwischen Arm und Reich, Fabrikanten und Lohnabhängigen. Hinweise auf parteipolitische Orientierungen und Aktivitäten fehlen vollständig. Auch hätte eine stärkere Einbindung der jüdischen Geschichte in die Ortsgeschichte und die Herausarbeitung der wirtschaftlichen Bedeutung der Juden für die beiden Orte das Buch noch informativer gemacht. Hervorgehoben werden muß die Fülle an Aufzählungen, Tabellen, Statistiken, die weiterführende Untersuchungen unter sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen geradezu herausfordert.

Die Beschreibung der Entwicklung vom Jebenhausener Schutzjuden zum deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens gehört mit zum Interessantesten in Tänzers Buch. Als 1777 die jüdische Gemeinde in Jebenhausen gegründet wurde, galten die Juden in Deutschland im allgemeinen als Fremde. Ihre Lebensbedingungen hingen ab vom »Schutz«, den ihnen die jeweiligen Herrschaften gewährten. Der Jebenhausener Schutzbrief hebt sich wohlthuend von ähnlichen Dokumenten aus demselben Jahrhundert ab. Die bemerkenswerte Urkunde, die der Vf. in vollem Wortlaut wiedergibt, ist geprägt vom Geschäftssinn der Schutzherrn, aber auch vom toleranten, humanen Geist des aufgeklärten 18. Jahrhunderts. (Den Juden wird ungestörte Religionsausübung erlaubt!) Der Kompromiß zwischen Geschäftssinn und Toleranz erwies sich anscheinend für beide Vertragspartner als vorteilhaft. Die Zahl der Juden in Jebenhausen verdoppelte sich binnen zweier Jahre. Und dieselben Schutzherrn nahmen zehn

Jahre später in ihrem Dorf Buttenhausen zu ganz ähnlichen Bedingungen erneut Juden auf. Der Vf. vergleicht die beiden Schutzbriefe miteinander, er unterläßt es aber leider, die Entwicklung der beiden Judengemeinden zu verfolgen und Unterschiede wie Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.

1805/06 fiel Jebenhausen (mit vielen anderen jüdischen Gemeinden) an Württemberg, die Juden blieben weiterhin Fremde, jedoch trat der württembergische Staat an die Stelle des persönlichen Schutzherrn. Nach und nach wurden den Juden die üblichen Untertanenpflichten (Militärdienst, Frondienst, neue Abgaben u. a. m.) auferlegt, ohne daß sich ihr Rechtsstatus wesentlich änderte. Erst mit dem »Israelitengesetz« von 1828 wurden sie in Württemberg Staatsbürger, freilich minderen Rechts. Die Enttäuschung der Juden über die Härten des Gesetzes war groß, bei Tänzer liegt der Schwerpunkt der Darstellung auf den (wenigen) Vorteilen, vor allem der Anerkennung der Staatsbürgerschaft und der Schaffung einer israelitischen landeskirchlichen Behörde (die beim Innenministerium ressortierte). Mit der Schaffung der Staatskirche ging die religiöse Autonomie der jüdischen Gemeinden verloren. Erstaunlicherweise gab es dagegen kaum Widerstand. Die dem Gesetz innewohnende »Erziehungstendenz« hielt der Vf. für verfehlt.

Die Blütezeit der jüdischen Gemeinde Jebenhausen fiel in die Jahrzehnte des Kampfes um die volle Gleichberechtigung. Kurz vor der Jahrhundertmitte wurde die größte Zahl an Gemeindegliedern erreicht; die Jebenhausener Juden, von denen um 1825 noch $\frac{1}{3}$ als arm galten, hatten es zu Wohlstand gebracht. Der Vf. bringt eine Aufstellung der Wirtschaftsunternehmen von Juden aus Jebenhausen. Die Liste ist schon durch ihren Umfang beeindruckend und weist als Schwerpunkte des Erwerbslebens im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts den Viehhandel und die Textilindustrie aus, während Geld- und Kredithandel kaum vertreten sind. Leider fehlen Vergleiche, z. B. mit anderen jüdischen Gemeinden oder mit nichtjüdischen Bevölkerungsgruppen.

Als Göppingen kurz vor der Jahrhundertmitte einen Eisenbahnanschluß erhielt, setzte die Ab-

wanderung nach dort ein. Genau 500 Jahre nach der mittelalterlichen Vertreibung ließen sich 1849 erstmals wieder Juden in Göppingen nieder, sie kamen aus Jebenhausen, ihrem Beispiel folgten zahlreiche Glaubensgenossen. Nach und nach verlegten die jüdischen Handels- und Gewerbebetriebe aus Jebenhausen ihren Standort nach Göppingen, neue kamen hinzu. Hier war es besonders die Textilindustrie, die jüdische Unternehmer anzog. Bald lebten in der Oberamtsstadt mehr Juden als in Jebenhausen, so daß die Gründung einer eigenen Gemeinde (1867) ein folgerichtiger Schritt war. 1881 konnte die neue, prächtige Synagoge inmitten der Stadt eingeweiht werden. Zur Jahrhundertwende wurde die jüdische Gemeinde Jebenhausen aufgelöst. Mit der Gründung des Reichs 1870/71 erreichten die Juden in ganz Deutschland die völlige staatsbürgerliche Gleichberechtigung.

In Tänzers Darstellung markiert die Gründung der selbständigen jüdischen Gemeinde in Göppingen die Zäsur. Der Staat zog sich in zwei Etappen (1912 und 1924) aus den inneren Angelegenheiten der jüdischen Religionsgemeinschaft zurück, die rechtliche Stellung der Juden änderte sich zwischen Reichsgründung und 60. Jubiläum nicht. Allerdings hatte sich etwa seit der Reichsgründung in Deutschland ein rassistisch fundierter Antisemitismus etabliert, der in der Gesellschaft, quer durch alle Schichten, unterschwellig virulent blieb und von Politikern bei Bedarf instrumentalisiert wurde. Im allgemeinen – sagt Tänzer – seien Christen und Juden in Jebenhausen gut und friedfertig miteinander ausgekommen. Auch in Göppingen sei der konfessionelle Friede niemals gestört worden. Erst in der Zeit nach dem Weltkrieg schlug den Juden eine Welle von Haß entgegen, man machte sie für die Niederlage verantwortlich und jüdenfeindliche Bestrebungen breiteten sich auch in Göppingen aus.

Uns begnadeten Spätgeborenen, die wir jüdische Religion, jüdische Kultur, jüdisches Leben in Deutschland nurmehr aus Büchern und Ausstellungen und – neustens – aus Museen kennenlernen können, ermöglicht das Werk Tänzers einen sehr detaillierten Einblick in Aufbau und Entwicklung einer jüdischen Landgemeinde und ihrer Einrichtungen in Deutschland zur Zeit der

Emanzipation und ihrer Auszehrung im Zuge des um die Jahrhundertmitte einsetzenden rapiden Urbanisierungsprozesses, wie ihn so kenntnisreich kaum eine andere einschlägige Publikation gewährt. Da mögen die erwähnten Mängel nicht so ins Gewicht fallen.

Sehr instruktiv sind die ergänzenden Beiträge von K.-H. Rueß über Schicksal und Ende der Göppinger Judengemeinde 1927 bis 1945 und seine einfühlsame Würdigung Aron Tänzers. Als beispielhaft kann die Ausstattung des Werkes bezeichnet werden.

Stuttgart

G. F. Volkmer

SIEGFRIED GERLACH, *Das Warenhaus in Deutschland. Seine Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg in historisch-geographischer Sicht (Erdkundliches Wissen 93)*, Wiesbaden / Stuttgart: Steiner 1988, DM 48,—.

Dieser Band aus der Reihe Erdkundliches Wissen ist eine relativ kurze und prägnante, aber dennoch umfassende Darstellung des Warenhauses in Deutschland während der Kaiserzeit mit gelegentlichen Seitenblicken auf internationale Strömungen. Umfassend ist sie insofern, als es der Autor unternimmt, die verschiedenen Aspekte des Warenhausbaus, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, zu behandeln. Dem Text sind ein umfangreicher Anmerkungsapparat, ein ausführliches Literaturverzeichnis und ein Anhang von 33 Bildern beigegeben.

Die Hälfte des Textes ist dem Warenhaus als wirtschaftlicher Betriebsform, seinen gesellschaftlich-ökonomischen Voraussetzungen und Wesensmerkmalen gewidmet. Kürzer kommen der Aspekt der Standortbedingungen und räumlichen Verflechtungen und der Aspekt der Warenhausarchitektur weg, die zusammen die andere Hälfte des Textes ergeben. Im ersten Teil werden die Veränderungen von Warenangebot und -nachfrage auf dem Hintergrund von Industrialisierung und beginnender Massenproduk-

tion sowie der Kaufkraftentwicklung und dem Konsumverhalten der wachsenden städtischen Bevölkerung dargelegt. Im zweiten Teil wird die Bedeutung des Warenhauses für die Citybildung der Großstadt und das Ausmaß seiner Verflechtungen mit den ökonomischen Ergänzungsräumen hinsichtlich Warenbezug, Rekrutierung der Belegschaft und Kundeneinzugsbereich herausgearbeitet. Im dritten und kürzesten Teil kommen die Tendenzen der architektonischen Gestaltung von Warenhäusern und ihre Erscheinung im Stadtbild zur Sprache. In dieser Zusammenschau der drei Aspekte liegt das hauptsächliche Verdienst der vorliegenden Arbeit.

Ein paar kritische Bemerkungen seien aber angebracht. An zwei Textstellen erweist sich die Gliederung als ungünstig: im Unterkapitel B IV »Das Verbreitungsmuster« und wenige Seiten später im Kapitel C I 2 »Die Bedingungen im lokalen und regionalen Standortraum« steht praktisch zweimal dasselbe über die bevölkerungsstarken Gebiete des Reiches als Gunstfaktor für das frühe Aufkommen des Warenhauses. In der Diskussion über die Passage im Unterkapitel A III 4 vermißt man die Ausführungen von Hantschk über die Passagen der Münchner City auf dem Godesberger Geographentag, abgedruckt in dem betreffenden Verhandlungsband. Im Unterkapitel A III 5 über die Horizontal- und Vertikalentwicklung des Stadtkerns fehlt bei der Erörterung der Voraussetzungen die Nennung des elektrischen Aufzuges, der erst viel später im Kapitel C III, aber auch dort nur in einem Nebensatz, erwähnt wird. Ebenso wird im Unterkapitel A IV über neue Handelsformen die vor allem in Preußen besonders spät aufgekommene Organisationsform der Aktiengesellschaft nur in einem Nebensatz erwähnt. Im Unterkapitel C V 2 ist von dem »wilhelminischen Wohngürtel« deutscher Großstädte die Rede; zumindest auf den Wilhelminischen Ring Berlins trifft angesichts der dortigen engen Verzahnung von Wohnen und Arbeitsstätten die Bezeichnung »Wohngürtel« nicht zu. Das sind aber kleine Einwände, die den Wert dieser schönen und gut lesbaren Arbeit nicht schmälern.

Berlin

Burkhard Hofmeister

ÖSTERREICHISCHES STÄDTBUCH, *Die Städte Niederösterreichs. 1. Teil (A–G) mit Landesgeschichte und Bibliographie*, hrsg. von Othmar Pickl, Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften 1988, 456 S., 21 Tafeln, Ln. DM 110,—.

In der gleichen Reihe wurden bereits Bände der folgenden Bundesländer publiziert: Oberösterreich, Vorarlberg, Burgenland und Tirol. Den Hauptteil dieses Buches stellen nun die einzelnen Städte Niederösterreichs dar, die sehr umfassend behandelt werden. Zuvor jedoch erhält man eine Einführung in die Geschichte Niederösterreichs mit ausführlichen Literaturhinweisen für diejenigen, denen das nicht reicht. Karl Gutkas bringt dabei viele Zahlen, geschichtliche Persönlichkeiten aber auch Anekdoten. In der gleichen Weise bespricht er auch das Städtewesen in Niederösterreich.

Alphabetisch geordnet werden dann die Städte Allentsteig, Amstetten, Baden, Bad Vöslau, Berndorf, Bruck an der Leitha, Deutsch-Wagram, Drosendorf-Zissersdorf, Dürnstein, Ebenfurth, Eggenburg, Gänserndorf, Geras, Gloggnitz, Gmünd, Groß-Enzersdorf, Groß-Gerungs, Groß-Siegharts und als Nachtrag zum 3. Teil Pulkau und St. Valentin behandelt. Dies geschieht sehr übersichtlich und äußerst detailliert. Es wird dabei jeweils nach 20 Hauptpunkten gegliedert: Name, Lage, Vorstädtische Siedlung, Stadtherr, Stadtwerdung, Stadterhebung, Die Stadt als Siedlung, Bevölkerung, Sprache, Wirtschaft, Verfassung und Verwaltung, Landesherrschaft, Rolle in der Staats- und Landesverwaltung, Wehrwesen und kriegerische Ereignisse, Siegel, Wappen, Stadtfarben, Finanzwesen, Gebiet der Stadt, Kirchenwesen, Wohlfahrtspflege, Bildungswesen, Buchdruckereien, Zeitungen, Buchhandlungen, Quellen und Darstellungen zur Stadtgeschichte, Sammlungen und andere wissenschaftliche Einrichtungen. Fast alle Punkte sind nochmals in Unterpunkte untergliedert.

Die Ausführungen zu den einzelnen Städten sind sehr minutiös. Die Betrachtung aus der historischen Sicht überwiegt. Genauer und vielseitiger kann man sich wohl in einem Nachschlagewerk nicht über eine dieser Städte informieren. Es ist wirklich kaum ein Gesichtspunkt außer acht gelassen. Vom Jahr der ersten Straßenbeleuchtung über die bedeutenden Familien bis zum Bau der Kanalisation erfährt man alles. Die Punkte sind meist sehr knapp formuliert, was sich aber keinesfalls negativ auf die Informationsfülle auswirkt. Wer jedoch nur oberflächlich in die Materie einsteigen möchte, kann in dem Buch auch einfach nur so blättern.

Im Anschluß an den Textteil ist von jeder Stadt eine Karte im Maßstab 1:5000 enthalten. Sie zeigt den Baubestand in vier Altersstufen (vor 13. Jh., 13.–18. Jh., 19. Jh., 20. Jh.) klassifiziert und weist die öffentlichen Gebäude aus. Die Karten zeigen nur die Grundstücksgrenzen und sind sehr übersichtlich. Die Beschriftung beschränkt sich auf die wichtigsten Straßen und Plätze, bzw. topographischen Gegebenheiten, die zur Orientierung nötig sind. Auf einer weiteren Karte sind die Lage und Klassifikation aller niederösterreichischen Städte dargestellt.

Besonders erwähnt werden muß die außerordentlich umfangreiche Bibliographie (70 Seiten = 1286 Titel) von Werner Berthold. Sie ist in folgende 16 Rubriken gegliedert: Bibliographien, Zeitschriften, Periodika, Reihenwerke, Quellenwerke, Karten, Atlanten, Statistik, Amtliche Verzeichnisse, Landesbeschreibung und Landeskunde, Geschichte des Landes, Wirtschafts- und Sozialgeschichte (die den größten Teil einnimmt), Städtewesen, Kirchenwesen, Kunst-, Musik-, Theater- und Literaturgeschichte, Wissenschaftspflege und Bildungswesen, Biographie, Genealogie, Mundart- und Ortsnamenkunde, Wappen-, Siegel- und Münzkunde, Archivkunde, Bibliotheks- und Musealwesen, Burgen und Schlösser. Der Bibliographie schließt sich ein eigenes Autoren- bzw. Titelregister an. Außerdem erläutert Erika Kühn für den sprachwissenschaftlich Vorgebildeten die Entwicklung des niederösterreichischen Dialektes.

Will man eine allgemeine Beurteilung dieses Werkes vornehmen, muß man zu der Aussage

kommen, daß es außerordentlich gründlich recherchiert ist und alle möglichen Quellen ausge-

schöpft wurden, wodurch ein sehr informatives Nachschlagewerk entstanden ist.

Tübingen

Daniela Parenzan

